

Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

# GI aktuell

## Inhalt

Editorial  
GI News  
GI Entscheidungen  
GI Literaturhinweise

### Steuerberaterhaftung

Geldstrafe, Geldbuße / Strafbefehl gegen Mandanten /  
Beratungspflicht / Schaden / Schutzzweck  
(BGH, Urt. v. 15.4.2010 – IX ZR 189/09)

### Rechtsanwalt

Berufsverbot / Berufungseinlegung / Fristwahrung? /  
Rechtssicherheit  
(BGH, Beschl. v. 22.2.2010 – II ZB 8/09)

### Anwaltsvertrag

Mandatsinhalt / Vollmachtsformular / Einholung der  
Deckungszusage des Rechtsschutzversicherers / Tätigwerden  
vor Deckungszusage / Überhöhter Schmerzensgeldanspruch  
(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 27.5.2010 – I-24 U 21/09)

### Anwaltshaftung

Informationen des Mandanten / Vertrauen auf Richtigkeit und  
Vollständigkeit / Vermutung des beratungskonformen Verhaltens  
des Mandanten / Verjährung gemäß § 51b BRAO a.F. /  
Verhandlungen, § 203 BGB / Meldung der Sache bei der Haft-  
pflichtversicherung / Vollmacht des Haftpflichtversicherers,  
§ 5 Nr. 7 AHB  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.5.2010 – I-5 U 101/09)

### Anwaltshaftung

Beratung / Vertragsrisiken / General-/Vorsorgevollmacht /  
Grundstückschenkung / Auftrag an Vollmachtnehmer  
(OLG Stuttgart, Urt. v. 4.5.2010 – 12 U 178/09)

### Honorarvereinbarung des Anwalts

Stundensatz / Unangemessenheit / Prüfungsmaßstäbe /  
Stundenzahl / Besprechungen / Überprüfbarkeit  
(OLG Koblenz, Beschl. v. 26.4.2010 – 5 U 1409/09)

### Haftpflichtversicherung

Schadenbearbeitung / Bearbeitungsdauer / Massengeschäft? /  
Schadenkonkretisierung  
(OLG Stuttgart, Beschl. v. 26.4.2010 – 3 W 15/10)

### Anwaltshaftung

Kündigungsschutzverfahren / Betriebsbedingte Kündigung /  
Innerbetriebliche Umstände  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 15.4.2010 – I-24 U 98/09)

83

89

91

92

65

66

67

96

67

69

71

74

Neu: 30 Jahre GI  
Urteilssuche kostenlos unter  
[www.hdi-gerling.de/giurteilssuche](http://www.hdi-gerling.de/giurteilssuche)

## Die berufliche Haftung des Steuerberaters

### Strategien zur Haftungsvermeidung und -bewältigung aus Sicht des Berufshaftpflichtversicherers!

Die Zahl der unscharfen Steuergesetze und Erlasse nimmt trotz vieler Versprechungen von Seiten der Politik nicht ab, sondern eher zu. Gleichzeitig steigt die Anspruchsmoralität der Mandanten. Da verwundert es nicht, dass kaum ein Steuerberater ohne einen Regress durch das Berufsleben kommt.

Trotz oder wegen dieser Ausgangslage ist das Risikobewusstsein für die eigenen Haftungsrisiken entweder nicht vorhanden oder wird von den Berufsträgern verdrängt. Hierbei wird übersehen, dass die negativen Folgen einer haftungsrechtlichen Inanspruchnahme, selbst wenn diese zu Unrecht erfolgt, nicht nur finanziell, sondern auch persönlich erheblich sein können. Bereits ein "kleiner" Fehler bei der Lohnabrechnung oder der Deklaration kann zu großem Ärger bei dem betroffenen Mandanten und zur Beendigung eines langjährigen und umsatzstarken Dauermandats führen. Ein "großer" Fehler bei einer Gestaltungsberatung kann bei nicht ausreichendem Versicherungsschutz sogar die berufliche und private Existenz gefährden.

Ein aktives Risikomanagement in der Steuerberaterpraxis muss daher die Sensibilität für Haftungsgefahren schärfen und durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass Beratungsfehler weitestgehend vermieden werden. Kommt es trotzdem zum Schadenfall, muss gewährleistet sein, dass dieser ohne Inanspruchnahme des Privatvermögens bewältigt werden kann.

#### Themen:

- Risikomanagement in der Steuerberaterpraxis
- Haftung und Versicherungsschutz in der Sozietät und Partnerschaftsgesellschaft
- Vertragliche und gesetzliche Haftungsbegrenzung
- Fallstricke in der Berufshaftpflichtversicherung
- Aktuelle Rechtsprechung zur Haftung des steuerlichen Beraters

#### Ihre Referenten:



**Dr. jur. Dirk Lange**  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Steuerrecht  
Kanzlei FOERSTER+RUTOW Nürnberg



**Michael Brügge**  
Rechtsanwalt  
Schadenmanagement Berufshaftpflicht  
HDI-Gerling



#### Dialogseminare online Vorteile und Leistungsmerkmale:

- Kompakte Schulungsinhalte von max. 2,5 Stunden **live** über Internet-PC
- Beantworten von Fragen durch den Referenten während des Seminars
- Wegfall von Reisezeiten und -kosten durch Lernen direkt am Arbeitsplatz
- Mehrere Mitarbeiter können z. B. über Lautsprecher und Beamer teilnehmen

#### Semindauer:

ca. 2 - 2,5 Stunden

#### Seminarpreis:

**95,00 Euro zzgl. USt**

(inkl. Begleitunterlage in Papierform)

#### Technische Voraussetzungen:

- PC mit Internetzugang
- Installierte Soundkarte
- Headset (Kopfhörer mit Mikrofon)

#### Hinweise:

Für die Internetnutzung entstehen Gebühren, die Ihnen von Ihrem Provider in Rechnung gestellt werden

Bitte melden Sie sich spätestens sechs Arbeitstage vor Ihrem gewünschten Seminartermin an.

Die Seminarbestätigung mit Ihren persönlichen Zugangsdaten erhalten Sie rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn.

Wir bitten Sie, sich etwa 15 - 30 Minuten vor Beginn des Seminars im Seminarraum im Internet einzufinden.

**Seminaranmeldung: Fax 0911 319-4517**

| Teilnehmer<br>Vor- und Zuname | Termine<br>Bitte ankreuzen          | Uhrzeit       | Seminar-Nr. |
|-------------------------------|-------------------------------------|---------------|-------------|
|                               | <input type="checkbox"/> 13.07.2011 | 09:30 – 11:30 | 76086.0001  |
|                               | <input type="checkbox"/> 22.09.2011 | 09:30 – 11:30 | 76086.0002  |
|                               | <input type="checkbox"/> 09.11.2011 | 09:30 – 11:30 | 76086.0003  |

**Informationen über weitere Termine und Buchungsmöglichkeiten  
unter: [www.teletax.de](http://www.teletax.de)**

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|

DATEV-Beraternummer  
(falls vorhanden)

E-Mail

Stempel

Datum, Unterschrift

Editorial

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Dr. Jürgen Gräfe  
Rechtsanwalt



das Ihnen vorliegende Heft enthält einige interessante Urteile, die Sie kennen sollten.

Wenn Ihr Mandant nach einer Betriebsprüfung einen **Strafbefehl** erhält, ist es nach Auffassung des Bundesgerichtshofs ausnahmsweise möglich, dass Sie für die **verhängte Geldstrafe** haften. Es steht fest, dass die **Folgen vorsätzlicher Steuerhinterziehung nicht** auf den Steuerberater abgewälzt werden können. In dem BGH-Sachverhalt waren private Kosten als Betriebsausgaben verbucht worden. Der Mandant hatte die Kenntnis der falschen Angaben bestritten. Die Strafsachenstelle glaubte ihm nicht und erließ einen Strafbefehl. Rechtsmittel legte er nicht ein. Somit wurde sein Inhalt nicht gerichtlich überprüft. Der BGH, der durch den Strafbefehl nicht gebunden war, sah es deshalb als offen an, ob der Mandant tatsächlich vorsätzlich falsche Angaben gemacht hatte und hielt eine Haftung des Steuerberaters für möglich.

Das OLG Stuttgart befasst sich mit einer anwaltlichen Beratung, die im Vorfeld einer unwirksamen Grundstücksübertragung erfolgte. Eine **General-/Vorsorgevollmacht** der Mutter zugunsten der Tochter diente Letzterer als Grundlage für eine **Grundstücksschenkung** von der Mutter auf sich und ihr Kind/Enkel. Das OLG hält dem Anwalt vor, es reiche nicht aus, der Mandantin zu erklären, diese Vorgehensweise halte er für „höchst problematisch“ und es werde mit Sicherheit zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der Mutter kommen, sobald sie von der Schenkung erfahre. Es sei seine Aufgabe gewesen, **die rechtlichen Risiken der Grundstücksübertragung zu benennen**. Das Risiko familiärer Auseinandersetzungen war den Mandanten ohnehin bekannt gewesen. Hierzu bedurfte sie keines Rates.

Zur Verjährung eines Haftungsanspruchs stellt das OLG Düsseldorf fest, dass eine **Verjährungshemmung durch Verhandlung** (§ 203 Satz 1 BGB) nicht eintrete, wenn der Anwalt dem Mandanten nur erklärt, er sei bereit, die Sache seiner Haftpflichtversicherung vorzulegen. Denn diese Mitteilung lasse keine Verhandlungsbereitschaft erkennen.

Lesenswert ist ein Urteil des OLG Koblenz zur **Angemessenheit eines Stundensatzes** für ein Anwaltshonorar von 250 EUR und zum **Tätigkeitsnachweis**. Es befasst sich mit praktischen Problemen der Aufzeichnungen und der Beweispflicht.

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Jürgen Gräfe

## GI News

### **BFH – 3 Grundsatzurteile zum Vorsteuerabzug (I): Kein Vorsteuerabzug beim Beteiligungsverkauf**

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat zeitgleich drei Grundsatzurteile zum Verhältnis von Vorsteuerabzug und Entnahmebesteuerung bei der Umsatzsteuer veröffentlicht. In den drei Entscheidungen betont der BFH, dass das Recht auf Vorsteuerabzug nur besteht, wenn der Unternehmer die bezogene Leistung für bestimmte Ausgangsumsätze verwendet. Es muss sich um Ausgangsumsätze handeln, die der Unternehmer gegen Entgelt erbringt und die entweder steuerpflichtig oder wie z.B. Ausfuhrlieferungen einer steuerpflichtigen Lieferung gleichgestellt sind. Darüber hinaus muss zwischen der Eingangsleistung und diesen Ausgangsumsätzen ein direkter und unmittelbarer Zusammenhang bestehen; nur mittelbar verfolgte Zwecke sind demgegenüber unerheblich.

Das Urteil vom 27.1.2011 – V R 38/09 betrifft den Fall eines Industrieunternehmens, das im Allgemeinen steuerpflichtige Umsätze ausführt, die zum Vorsteuerabzug berechtigten, und daneben eine Beteiligung an einer Tochtergesellschaft steuerfrei veräußert. Strittig war, ob das Unternehmen aus den Beratungsleistungen, die es für die Beteiligungsveräußerung bezogen hat, im Hinblick auf seine allgemeine Unternehmenstätigkeit zum Vorsteuerabzug berechtigt war oder ob dieses Recht aufgrund der Steuerfreiheit der Beteiligungsveräußerung nicht in Anspruch genommen werden kann.

Der BFH verneinte den Vorsteuerabzug. Nach Auffassung des BFH besteht der maßgebliche direkte und unmittelbare Zusammenhang zur steuerfreien Beteiligungsveräußerung. Dass das Industrieunternehmen die Beteiligung veräußerte, um den hierdurch erzielten Erlös für seine steuerpflichtige Umsatzstätigkeit zu verwenden, rechtfertigt als nur mittelbar verfolgter Zweck keine abweichende Beurteilung. (BFH, Urt. v. 27.1.2011 – V R 38/09)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.3.2011 ■

### **BFH – 3 Grundsatzurteile zum Vorsteuerabzug (II): Kein Vorsteuerabzug beim Betriebsausflug**

(...)

Das Urteil vom 9.12.2010 – V R 17/10 betrifft die Frage des Vorsteuerabzugs bei Betriebsausflügen durch Unternehmer, die – wie der Steuerberater des Streitfalls – nach ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit zum Vorsteuerabzug berechtigt sind. Bei Betriebsausflügen besteht eine Freigrenze von 110 EUR je Arbeitnehmer, bei deren Einhaltung eine private Mitveranlassung typisierend verneint wird. Der Unternehmer ist dann zum Vorsteuerabzug berechtigt, ohne dass eine Entnahme zu versteuern ist.

Übersteigen die Aufwendungen für den Betriebsausflug die Freigrenze von 110 EUR, ist von einer Mitveranlassung durch die Privatsphäre der Arbeitnehmer auszugehen. Nach der bisherigen Rechtsprechung war der Unternehmer dann zum Vorsteuerabzug berechtigt, hatte aber eine Entnahme zu versteuern. Diese Rechtsprechung hat der BFH jetzt aufgegeben.

Anders als bisher besteht bei Überschreiten der Freigrenze für den Unternehmer kein Anspruch auf Vorsteuerabzug mehr; dementsprechend unterbleibt die bisherige Entnahmebesteuerung. Maßgeblich ist hierfür, dass sich Entnahme für unternehmensfremde Privatzwecke und Leistungsbezug für das Unternehmen gegenseitig ausschließen. Der nur mittelbar verfolgte Zweck, das Betriebsklima zu fördern, ändert hieran nichts. Die neue Rechtsprechung kann sich beim Bezug steuerfreier Leistungen wie z.B. Theaterbesuchen als vorteilhaft erweisen. Die Sache wurde an das Finanzgericht zur Aufklärung weiterer Umstände des Einzelfalls zurückverwiesen.

(BFH, Urt. v. 9.12.2010 – V R 17/10)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.3.2011 ■

### **BFH – 3 Grundsatzurteile zum Vorsteuerabzug (III): Kein Vorsteuerabzug für Erschließungskosten**

(...)

Das Urteil vom 13.1.2011 – V R 12/08 betrifft den Vorsteuerabzug aus Erschließungskosten. Die GmbH einer Gemeinde hatte sich gegenüber der Gemeinde verpflichtet, öffentliche Anlagen für die Erschließung eines Gewerbegebiets wie z.B. Straßen unentgeltlich herzustellen. Die GmbH ging davon aus, dass sie im Hinblick auf die beabsichtigte umsatzsteuerpflichtige Veräußerung der erschlossenen Grundstücke aus den von ihr bezogenen Bauleistungen für die Herstellung von Erschließungsanlagen zum Vorsteuerabzug berechtigt sei.

Demgegenüber verneinte der BFH den Vorsteuerabzug. Die GmbH hatte während der Bauphase die einzelnen Grundstücke als öffentlich „erschlossen“ verkauft. Aus den Vereinbarungen der GmbH mit der Gemeinde und den Grundstückskäufern ergab sich nach Auffassung des BFH, dass die GmbH beabsichtigte, die von ihr hergestellten Erschließungsanlagen einer öffentlich-rechtlichen Widmung zugänglich zu machen und sie hierdurch unentgeltlich an die Gemeinde zu liefern. Da die unentgeltliche Lieferung einer Entnahme gleichsteht, bestand der maßgebliche direkte und unmittelbare Zusammenhang zwischen den bezogenen Bauleistungen und einer Entnahme als unentgeltlicher Umsatz, so dass der Vorsteuerabzug zu versagen war. Der nur mittelbar verfolgte Zweck, die Grundstücke des Erschließungsgebiets steuerpflichtig zu liefern, ändert hieran nichts.

(BFH, Urt. v. 13.1.2011 – V R 12/08)

Pressemitteilung d. BFH v. 9.3.2011 ■

## Steuerberaterhaftung

- Geldstrafe, Geldbuße
- Strafbefehl gegen Mandanten
- Beratungspflicht
- Schaden
- Schutzzweck

(BGH, Urt. v. 15.4.2010 – IX ZR 189/09)

### Leitsatz:

Lassen sich hinsichtlich einer im Strafbefehlsverfahren verhängten Geldstrafe wegen vorsätzlicher Steuerhinterziehung des Mandanten keine konkreten Feststellungen zur subjektiven Tatbestandsseite treffen, so kann der Steuerberater, der unrichtige Angaben bei der Steuererklärung gemacht hat, verpflichtet sein, den durch die verhängte Geldstrafe entstandenen Vermögensschaden zu ersetzen. ■

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger ist Inhaber eines Einzelunternehmens für Sicherheitstechnik, das in seinem Wohnhaus untergebracht ist. Der betrieblich genutzte Teil macht etwa 40% aus; die übrige Nutzung ist privater Art. Der beklagte Steuerberater fertigte seit 1997 die privaten und gewerblichen Steuererklärungen des Klägers an. Ende 2004 führte die Finanzbehörde beim Kläger eine Betriebsprüfung für die Veranlagungszeiträume 2000 bis 2002 durch. Hierbei wurde festgestellt, dass der Kläger die private Nutzung eines Pkw sowie den privaten Anteil der Kosten für Heizung und Strom seines Anwesens nicht angegeben hatte. Die hierdurch verursachten Fehlbeträge an Einkommen- und Umsatzsteuer beliefen sich für das Jahr 2000 auf 8.192 DM, für 2001 auf 7.174 DM und für 2002 auf 4.257 EUR.

Die entsprechenden Steuernachzahlungen erbrachte der Kläger. Gegen ihn wurde ein Steuerstrafverfahren eingeleitet, das mit dem Erlass eines Strafbefehls abgeschlossen wurde. Unter Bezugnahme auf die Feststellungen des Finanzamts wurde gegen den Kläger wegen Hinterziehung von Einkommen- und Umsatzsteuer eine Gesamtgeldstrafe von 65 Tagessätzen festgesetzt. Die Höhe des einzelnen Tagessatzes wurde mit 110 EUR in Ansatz gebracht. Einschließlich der Kosten für das Strafbefehlsverfahren entrichtete der Kläger insgesamt 7.218,93 EUR an die Staatskasse. Ferner zahlte er auf die hinterzogenen Steuern einen Zinsbetrag in Höhe von 1.021 EUR an die Finanzkasse.

Der Kläger nimmt den Beklagten wegen fehlerhafter Beratung auf Zahlung beider Beträge, insgesamt 8.239,93 EUR, in Anspruch. Das Landgericht hat der Klage – unter Berücksichtigung eines Mitverschuldensanteils von einem Drittel – in Höhe von 5.493,28 EUR stattgegeben. Die Berufung des Beklagten ist ohne Erfolg geblieben. Mit seiner vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt der Beklagte seinen Klageabweisungsantrag weiter.

Die Revision des Beklagten hat keinen Erfolg. ■

### Aus den Gründen:

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, bei den vom Kläger geltend gemachten Beträgen handele es sich um einen erstattungsfähigen Schaden. Es sei grundsätzlich anerkannt, dass ein derartiger Schaden auch in einer staatlich verhängten Strafe bestehen könne. Soweit vertreten werde, dies gelte nicht für eine Verurteilung wegen vorsätzlicher Begehung, überzeuge dies nicht in Fällen, in denen weder im Ermittlungsverfahren noch im Strafbefehl tatsächliche Feststellungen zum subjektiven Tatbestand getroffen worden seien.

Dass der Kläger nicht bloß fahrlässig auf die Richtigkeit der Angaben des Steuerberaters vertraut, sondern er die Unrichtigkeit gekannt habe und Steuern habe hinterziehen wollen, könne nicht nachvollzogen werden. Selbst wenn das ungeprüfte Unterschreiben der vom Beklagten falsch ausgefüllten Steuererklärungen durch den Kläger als billigende Inkaufnahme einer Steuerverkürzung anzusehen sei, könne hierdurch die Kausalität der Pflichtverletzung des Beklagten nicht entfallen.

Die Bewertung des Mitverschuldensanteils des Klägers durch das Landgericht mit einem Drittel erweise sich als beanstandungsfrei. Das Gewicht der Verletzung eigener Kontrollpflichten seitens des Klägers bleibe hinter dem der Verletzung der vertraglichen Pflicht des Steuerberaters zurück.

II. Diese Ausführungen halten rechtlicher Prüfung stand.

Die Ansicht des Berufungsgerichts, der geltend gemachte **Schaden werde vom Schutzzweck der verletzten Beratungsverpflichtung des Beklagten erfasst**, ist rechtlich zutreffend. Eine Abänderung der vom Berufungsgericht in Ansatz gebrachten Mitverschuldensquote zulasten des Klägers ist entgegen der Auffassung der Revision nicht gerechtfertigt.

1. In der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist für die Beraterhaftung anerkannt, dass ein Anspruch des Mandanten auf **Erstattung einer gegen ihn festgesetzten Geldbuße oder Geldstrafe** in Betracht kommen kann (RGZ 169, 267, 269 f; BGHZ 23, 222, 225; BGH, Urt. v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95, WM 1997, 328, 329).

Wer eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begangen hat, muss zwar die deswegen gegen ihn verhängte Sanktion nach deren Sinn und Zweck in eigener Person tragen und damit auch eine ihm auferlegte Geldstrafe oder -buße aus seinem eigenen Vermögen aufbringen. Das schließt indessen für sich allein einen Anspruch gegen einen anderen auf Ersatz für einen solchen Vermögensnachteil nicht aus. Die Erstattung einer vom Täter schon gezahlten Geldstrafe ist nicht verboten; sie ist **nicht als Begünstigung** (§ 257 StGB) strafbar (RGZ 169, 267 f). Selbst derjenige, der dem Täter im Voraus die zur Zahlung der Strafe erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellt, macht sich, wie der Bundesgerichtshof entschieden hat, **nicht wegen Strafvereitelung** (§ 258 StGB) strafbar (BGHSt 37, 226). Es kann deshalb, wie das Berufungsgericht zutreffend angenommen hat, für die Frage eines Ersatzanspruchs allein darauf ankommen, ob ein solcher sich aus den allgemeinen Regeln des bürgerlichen Rechts ergibt.



Der Umstand, dass eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit von mehreren Tätern begangen wird, bietet freilich noch keine Grundlage für einen Ersatzanspruch eines der Täter gegen einen anderen; die §§ 830, 840, 426 BGB sind, soweit es um die den einzelnen Tätern auferlegten Sanktionen geht, nicht anwendbar. **Das schließt aber eine Einstandspflicht desjenigen, der vertraglich verpflichtet war, den Täter vor der Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit und deren Folgen zu schützen, nicht aus** (BGHZ 23, 222, 225; BGH, Urt. v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95, a.a.O.).

2. Eine solche vertragliche Verpflichtung besteht grundsätzlich auch für den Steuerberater im Verhältnis zu seinem Mandanten, soweit es um die richtige Darstellung der steuerlich bedeutsamen Vorgänge gegenüber dem Finanzamt geht. Er kann insbesondere seinem Mandanten gegenüber – vertraglich – verpflichtet sein, diesen davor zu bewahren, dass er seine eigenen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen dem Finanzamt gegenüber vernachlässigt. Dies gilt namentlich dann, wenn sich der Steuerpflichtige eines steuerlichen Fachberaters bedient, weil die steuerrechtliche Lage vielschichtig und für einen Laien undurchsichtig ist.

**In diesem Fall besteht die Aufgabe des Beraters nicht nur darin, die seinem Mandanten zustehenden Steuervorteile auszuschöpfen, sondern er hat ihn auch davor zu bewahren, sich durch Überschreitung des zulässigen Rahmens der steuerstrafrechtlichen Verfolgung auszusetzen.**

Diese Schutzpflicht gilt regelmäßig auch bei leichtfertigerem Verhalten des Mandanten. Ist er sich allerdings über die Rechtswidrigkeit eines bestimmten Vorgehens im Klaren, dann bedarf er keiner Aufklärung seitens des Beraters. Begeht der Mandant – allein oder gemeinsam mit dem Steuerberater oder von diesem angestiftet – eine vorsätzliche Steuerhinterziehung, so kann er die sein Vermögen treffenden steuerstrafrechtlichen Folgen also nicht auf seinen Berater abwälzen (BGH, Urt. v. 14.11.1996 – IX ZR 215/95, a.a.O., 330).

3. Das Berufungsgericht ist aufgrund der von ihm festgestellten besonderen Umstände zu Recht davon ausgegangen, dass die gegen den Kläger im Wege des Strafbefehlsverfahrens verhängte Geldstrafe gemäß § 249 BGB erstattungsfähig ist. Das Berufungsgericht vermochte hinsichtlich des subjektiven Tatbestands der dem Kläger angelasteten Steuerhinterziehung keine Feststellungen zu treffen, die darauf schließen lassen, dass sich der Kläger über die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens im Klaren gewesen ist.

Aus den vorgelegten Unterlagen der zuständigen Finanzbehörden sowie aus der **summarischen Tatumschreibung im Strafbefehl** vom 28.8.2007 ergeben sich hierzu, wie das Berufungsgericht im Anschluss an die Ausführungen des Landgerichts dargelegt hat, keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der Kläger davon ausgegangen sein könnte, die vom Beklagten in den Steuererklärungen aufgeführten Angaben könnten sachlich unzutreffend sein. Auch die Prozessparteien haben hierzu keine weiterführenden Umstände vorzutragen vermocht.

**Bleibt offen, ob der Mandant vorsätzlich gehandelt hat, gereicht dies dem Steuerberater zum Nachteil, weil er die Voraussetzungen für die Einschränkung der ihn grundsätzlich treffenden Schutzpflicht darlegen und beweisen muss.**

Die Ausführungen des Berufungsgerichts „Selbst wenn man das ungeprüfte Unterschreiben der falsch ausgefüllten Steuererklärungen durch den Kläger als billigendes Inkaufnehmen der Steuerverkürzung ansieht, kann hierdurch die Kausalität der Pflichtverletzung des Steuerberaters für die Falschangaben nicht entfallen“ könnten allerdings darauf hindeuten, dass das Berufungsgericht das Vorliegen eines bedingten Vorsatzes unterstellt hat. Dabei handelt es sich jedoch um eine nicht tragende Hilferwägung

4. Auch zum Mitverschulden ist das Berufungsurteil rechtsfehlerfrei.

a) Prozessual ist der **Einwand des Mitverschuldens** keine Einrede, sondern nach einhelliger Ansicht eine von Amts wegen zu beachtende Einwendung (BGH, Urt. v. 20.7.1999 – X ZR 139/96, NJW 2000, 217, 219), sofern sich die entsprechenden Tatsachen aus dem Vortrag auch nur einer Partei ergeben. Die Frage des mitwirkenden Verschuldens ist daher von Amts wegen auch noch in der Revisionsinstanz zu prüfen (BAG, NJW 1998, 2923, 2924).

Die Haftungsverteilung des Tatrichters ist allerdings mit der Revision nur begrenzt angreifbar. Das Revisionsgericht kann nur nachprüfen, ob der Abwägung rechtlich zulässige Erwägungen zugrunde liegen und der Tatrichter dabei alle in Betracht kommenden Umstände vollständig und richtig berücksichtigt und nicht gegen Denk- und Erfahrungssätze verstoßen hat (BGH, Urt. v. 30.9.1982 – III ZR 110/81, NJW 1983, 622, 623; Beschl. v. 21.12.1988 – III ZR 54/88, NJW-RR 1989, 676, 677). **Die Abwägung darf insbesondere nicht schematisch erfolgen**, sondern muss alle festgestellten Umstände des Einzelfalls berücksichtigen (BGH, Urt. v. 28.9.2006 – I ZR 198/03, NJW-RR 2007, 1282, 1285 Rdnr. 32; v. 3.7.2008 – I ZR 183/06; NJW-RR 2009, 46, 48 Rdnr. 24).

b) Im Fall eines Beratungsvertrages kann dem zu Beratenen regelmäßig nicht als mitwirkendes Verschulden vorgehalten werden, er hätte das, worüber ihn sein Berater hätte aufklären oder unterrichten sollen, **bei entsprechenden Bemühungen auch ohne fremde Hilfe erkennen können** (BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 41/91, NJW 1992, 820; v. 24.6.1993 – IX ZR 216/92, NJW 1993, 2747, 2750; v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96, WM 1998, 301, 304; v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, NJW 2000, 1263, 1265; v. 6.2.2003 – IX ZR 77/02, WM 2003, 1138, 1141; v. 20.3.2008 – IX ZR 238/06, WM 2008, 950, 952 Rdnr. 17; Zugehör, in: Zugehör/Fischer/Siegl/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft 2. Aufl., Rdnr. 1235). Dies gilt auch im Verhältnis des steuerlichen Beraters zu seinem Mandanten (Zugehör, a.a.O., Rdnr. 1235).

Die steuerliche Bearbeitung eines ihm anvertrauten Mandats obliegt allein dem Steuerberater. Selbst wenn ein Mandant über steuerrechtliche Kenntnisse verfügt, muss er darauf ver-

trauen können, dass der beauftragte Berater die anstehenden steuerrechtlichen Fragen fehlerfrei bearbeitet, ohne dass eine Kontrolle notwendig ist (vgl. BGH, Urt. v. 24.6.1993 – IX ZR 216/92, a.a.O.; v. 9.12.1999 – IX ZR 129/99, a.a.O.; v. 18.12.2008 – IX ZR 12/05, NJW 2009, 1141, 1143 Rdnr. 21). Der Berater, der seine Vertragspflicht zur sachgerechten Beratung verletzt hat, kann deshalb gegenüber dem Schadenersatzanspruch des geschädigten Mandanten nach Treu und Glauben nicht geltend machen, diesen treffe ein Mitverschulden, weil er sich auf die Beratung verlassen und dadurch einen Mangel an Sorgfalt gezeigt habe (BGH, Urt. v. 4.5.2000 – IX ZR 142/99, WM 2000, 1591, 1595 unter Bezugnahme auf BGHZ 134, 100, 114 f).

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze kann dem Kläger hinsichtlich der von den Instanzgerichten für maßgeblich erachteten Gesichtspunkte ersichtlich keine höhere Mitverschuldensquote angelastet werden.

c) Ein anrechenbares Mitverschulden des geschädigten Mandanten kann sich ferner daraus ergeben, dass er es in vorwerfbarer Weise versäumt hat, den durch die Verletzungshandlung entstandenen **Schaden durch Einlegung zulässiger, aussichtsreicher und zumutbarer Rechtsbehelfe oder Rechtsmittel abzuwenden oder zu mindern** (BGH, Urt. v. 20.2.2003 – IX ZR 384/99, WM 2003, 1623, 1625; Zugehör, a.a.O., Rdnr. 1236; Gräfe in: Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 4. Aufl., Rdnr. 753). Wer dagegen einen aussichtslosen Rechtsbehelf nicht einlegt, handelt seinen eigenen Interessen niemals zuwider, so dass bei einer derartigen Fallgestaltung ein Mitverschulden des Mandanten von vornherein ausscheidet (BGH, Urt. v. 6.10.2005 – IX ZR 111/02, NJW 2006, 288, 289 Rdnr. 12).

Im Streitfall wäre Raum für den Mitverschuldenseinwand nur dann, wenn der Kläger **mit Aussicht auf Erfolg Einspruch gegen den Strafbefehl hätte einlegen können**. Schon dies ist fraglich. Da der Schädiger für die Voraussetzungen des Mitverschuldens darlegungs- und beweispflichtig ist (ständige Rechtsprechung, vgl. BGH, Urt. v. 21.7.2005 – IX ZR 6/02, WM 2005, 1904, 1907; v. 11.1.2007 – III ZR 116/06, NJW 2007, 1063 Rdnr. 14), hätte der Beklagte dartun müssen, dass im Einspruchsverfahren der Vorwurf des Vorsatzes hätte entkräftet werden können.

Hinzu kommt, dass die Berücksichtigung eines Mitverschuldens letztlich auf dem Grundsatz von Treu und Glauben beruht (BGHZ 34, 355, 363 ff; 135, 235, 240). Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt Bedeutung, worauf die Revisionserwiderung zutreffend hinweist, dass es Sache des Beklagten gewesen wäre, auf etwaige Erfolgsaussichten eines Rechtsbehelfs hinzuweisen, nachdem er die Schadenverursachung zu verantworten und im Ermittlungsverfahren ausdrücklich im Namen des Klägers eine schriftsätzliche Stellungnahme gegenüber der Bußgeld- und Strafsachenstelle des zuständigen Finanzamts abgegeben hatte, in der eine vorsätzliche Begehungsweise in Abrede gestellt wurde. ■

## Rechtsanwalt

- Berufsverbot
  - Berufungseinlegung
  - Fristwahrung?
  - Rechtssicherheit
- (BGH, Beschl. v. 22.2.2010 – II ZB 8/09)

### Leitsatz:

Wegen des eindeutigen, einer Auslegung nicht zugänglichen Wortlauts des § 155 Abs. 5 Satz 1 BRAO und des darin zum Ausdruck kommenden Willens des Gesetzgebers, aus Gründen der Rechtssicherheit Rechtsbehandlungen eines Rechtsanwalts auch dann als wirksam zu behandeln, wenn der Rechtsanwalt damit einem ihm gegenüber verhängten Berufsverbot zuwiderhandelt, muss – ungeachtet der damit verbundenen, den Rechtsanwalt unbillig begünstigenden Rechtsfolgen – auch die fristgerechte Einlegung der Berufung durch einen sich selbst vertretenden Rechtsanwalt, der in Kenntnis des gegen ihn verhängten Berufsverbots und unter Verstoß gegen § 155 Abs. 2 i.V.m. § 155 Abs. 4 letzter Halbs. BRAO handelt, als fristwahrende, wirksame Berufung behandelt werden. ■

### Aus den Gründen:

I. Die Parteien streiten um die Wirksamkeit des Ausschlusses des Klägers aus dem beklagten Verein und einigen damit verbundenen Folgen.

Das Amtsgericht hat am 7.5.2008 die Klage des damals zur Rechtsanwaltschaft zugelassenen, sich selbst vertretenden Klägers auf Feststellung der Unwirksamkeit des Ausschlusses durch Versäumnisurteil abgewiesen. Hiergegen hat der Kläger fristgerecht Einspruch eingelegt und die Klage um einige Folgeansprüche erweitert. Mit Urteil vom 1.10.2008 hat das Amtsgericht das Versäumnisurteil aufrechterhalten und die weitergehende Klage abgewiesen. Hiergegen hat der Kläger mit beim Berufungsgericht am 24.10.2008 eingegangener Schriftsatz **Berufung** eingelegt und mit Schriftsatz vom 17.12.2008 eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist beantragt, die ihm bis zum 22.1.2009 bewilligt wurde. Mit am 14.1.2009 bei dem Berufungsgericht eingegangener Schriftsatz bestellte sich Rechtsanwältin N. für den Kläger und begründete die Berufung. Am 6.2.2009 teilten die Prozessvertreter des Beklagten mit, dass der Kläger seit dem 21.6.2008 mit einem Berufsverbot belegt sei.

Das Berufungsgericht hat mit Beschluss vom 26.2.2009 die Berufung des Klägers gemäß § 522 Abs. 1 ZPO als unzulässig verworfen, weil sie nicht fristgerecht eingelegt worden sei. Die bei Gericht am 24.10.2008 eingegangene Berufungsschrift habe die Frist nicht gewahrt, weil der Kläger wegen des Berufsverbots die Berufung nicht wirksam habe einlegen können.

Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Rechtsbeschwerde.

II. Die Rechtsbeschwerde ist zulässig und hat in der Sache Erfolg.

1. Die Rechtsbeschwerde ist gemäß § 574 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 522 Abs. 1 Satz 4 ZPO statthaft. Dem steht nicht entgegen, dass die Wertgrenze des § 26 Nr. 8 EGZPO nicht erreicht ist (BGH, Beschl. v. 21.5.2003 – VIII ZB 133/02, NJW-RR 2003, 1580 m.w.N.).

Die statthafte **Rechtsbeschwerde** ist zulässig, weil die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert (§ 574 Abs. 2 Nr. 2 Alt. ZPO). Die Annahme des Berufungsgerichts, der Kläger habe die Berufungsfrist des § 517 i.V.m. § 519 ZPO versäumt, verletzt den Kläger in seinem Verfahrensgrundrecht auf Gewährung wirkungsvollen Rechtsschutzes (Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. dem Rechtsstaatsprinzip). **Dieses Verfahrensgrundrecht verbietet es den Gerichten, den Parteien den Zugang zu einer in der Verfahrensordnung eingeräumten Instanz in unzumutbarer, aus Sachgründen nicht zu rechtfertigender Weise zu erschweren** (BGHZ 151, 221, 227 m.w.N.).

2. Die Rechtsbeschwerde hat auch in der Sache Erfolg, so dass die angefochtene Entscheidung aufzuheben und die Sache zur erneuten Entscheidung zurückzuverweisen ist (§ 577 Abs. 4 Satz 1 ZPO). Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts ist die Berufungsfrist durch die am 24.10.2008 von dem Kläger eingelegte Berufung gewahrt worden. Dies folgt aus § 155 Abs. 5 Satz 1 BRAO. **Danach wird die Wirksamkeit von Rechtshandlungen des Rechtsanwalts, die dieser unter Verstoß gegen das gegen ihn verhängte Berufsverbot vornimmt, durch das bestehende Verbot nicht berührt. Dies gilt bis zu seiner Zurückweisung nach § 156 Abs. 2 BRAO.**

a) § 155 Abs. 5 BRAO greift vorliegend ein. **Der Prozess war durch die Verhängung des Berufsverbots nicht gemäß § 244 Abs. 1 ZPO unterbrochen.**

aa) Der Kläger durfte das erstinstanzliche Verfahren betreiben. Ein Rechtsanwalt, gegen den ein Berufsverbot verhängt ist, behält die Eigenschaft als Rechtsanwalt und auch seine Zulassung wird durch die vorläufige Maßnahme nicht berührt (BGHZ 111, 104, 106). **Er ist aber gemäß § 155 Abs. 2 BRAO nicht mehr befugt, den Beruf auszuüben.** Eine Ausnahme hiervon bildet der vorliegende Fall, in dem der Rechtsanwalt eine eigene Angelegenheit vertritt (§ 155 Abs. 4 BRAO). **Danach ist der Rechtsanwalt im Verfahren ohne Anwaltszwang, also im hier erstinstanzlich vor dem Amtsgericht geführten Verfahren, weiterhin zur Wahrnehmung u.a. seiner eigenen Angelegenheiten befugt.**

bb) Das von dem Kläger nach Verhängung des Berufsverbots bis zur Urteilszustellung zulässigerweise weiterbetriebene amtsgerichtliche Verfahren ist **nicht gemäß § 244 Abs. 1 ZPO unterbrochen** worden. **Diese Vorschrift findet im Parteiprozess – selbst bei Anwaltsvertretung – keine Anwendung** (BGH, Beschl. v. 18.9.1991 – XII ZB 51/91, FamRZ 1992, 48, 49; Musielak/Musielak, ZPO 7. Aufl., § 244 Rdnr. 1 m.w.N.).

Unterliegt – wie hier – nur das zweitinstanzliche Verfahren dem Anwaltszwang (§ 78 Abs. 1 ZPO), greift § 244 ZPO, der ansonsten auch für den sich selbst vertretenden Rechtsanwalt (§ 78 Abs. 6 ZPO) gilt (BGHZ 111, 104, 107; BGH, Urt. v. 7.3.2002 – XI ZR 235/01, NJW 2002, 2107; Musielak, a.a.O., m.w.N.) nur, wenn bei Anwaltsverlust bereits Berufung eingelegt worden war (BGH, Urt. v. 18.9.1991, a.a.O.).

b) Zu Unrecht hat das Berufungsgericht der Berufungseinlegung durch den Kläger die fristwahrende Wirksamkeit abgesprochen.

aa) Das Berufungsgericht hat zwar zutreffend erkannt, dass sich der Kläger wegen des im Berufungsverfahren bestehenden Anwaltszwangs (§ 78 Abs. 1 ZPO) nicht mehr selbst vertreten konnte (§ 155 Abs. 4 letzter Halbs. BRAO). Es hat jedoch übersehen, dass die Berufungseinlegung gemäß § 155 Abs. 5 Satz 1 BRAO gleichwohl als wirksam und damit fristwährend zu behandeln ist.

**Nach dem Willen des Gesetzgebers soll zur Wahrung der Rechtssicherheit der Rechtsverkehr generell nicht mit der Prüfung belastet werden, ob gegen den Rechtsanwalt ein Berufs- oder Vertretungsverbot besteht** (BGHZ 111, 104, 106; OLG Karlsruhe, NJW-RR 1995, 626, 627; Johnigk in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, § 155 Rdnr. 8 unter Hinweis auf die amtliche Begründung; Feuerich/Weyland, BRAO 7. Aufl., § 155 Rdnr. 9; Henssler/Dittmann, BRAO 3. Aufl., § 155 Rdnr. 7). Die Wirksamkeit der von dem Rechtsanwalt oder der gegen ihn vorgenommenen Rechtshandlungen ist deshalb auch unabhängig davon, ob der Teilnehmer an dieser Rechtshandlung – damit auch der unter Verstoß gegen das Berufsverbot handelnde Rechtsanwalt selbst – bösgläubig ist (Feuerich/Weyland, a.a.O., Rdnr. 10 m.w.N.).

bb) Der Senat verkennt nicht, dass diese Verabsolutierung des Schutzes der Rechtssicherheit **bösgläubige Teilnehmer am Rechtsverkehr**, insbesondere – wie hier – den Rechtsanwalt, der unter Verstoß gegen das ihm bekannte Berufsverbot tätig wird und damit einen erneuten Widerrufgrund verwirklicht (§ 156 Abs. 1 BRAO), **unangemessen begünstigt**. Ebenso wie gutgläubige Teilnehmer am Rechtsverkehr, die an eine für sie nachteilige Rechtshandlung ihres mit einem Berufsverbot belegten Prozessvertreters (z.B. Erklärung der Berufungsrücknahme) gebunden werden, benachteiligt werden (*kritisch insoweit deshalb auch Johnigk, a.a.O., Rdnr. 2, 9 m.w.N.; die Wirksamkeit der Berufungsrücknahme in einem solchen Fall ablehnend OLG Karlsruhe, NJW 1997, 672, 673*).

Der Senat sieht sich jedoch – trotz des seiner Ansicht nach bedenklchen Ergebnisses in einem Fall wie dem vorliegenden – angesichts des eindeutigen, einer Auslegung nicht zugänglichen Wortlauts des § 155 Abs. 5 Satz 1 BRAO an den Willen des Gesetzgebers gebunden, **berufsverbotswidrige Rechtshandlungen stets zur Wahrung der Rechtssicherheit bis zur Zurückweisung des Rechtsanwalts als wirksam zu behandeln.** ■



## Anwaltsvertrag

- Mandatsinhalt
- Vollmachtsformular
- Einholung der Deckungszusage des Rechtsschutzversicherers
- Tätigwerden vor Deckungszusage
- Überhöhter Schmerzensgeldanspruch  
(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 27.5.2010 – I-24 U 21/09)

### Leitsätze:

1. Aus dem Umfang einer standardisierten Formularvollmacht lässt sich nicht auf den Inhalt des Mandats schließen.
2. Hat sich der Mandant vereinbarungsgemäß selbst um die Deckungszusage eines Rechtsschutzversicherers zu bemühen, kann der Rechtsanwalt für die Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer Gebühren nur beanspruchen, wenn er sich ausdrücklich unter Hinweis auf auch insoweit entstehende Gebühren hat beauftragen lassen.
3. Der Rechtsanwalt darf, abgesehen von Eilfällen, erst dann tätig werden, wenn entweder die entsprechende Deckungszusage des Rechtsschutzversicherers vorliegt oder der Mandant in Kenntnis seiner Verpflichtung, die Kosten selbst übernehmen zu müssen, eindeutig den Auftrag erteilt hat.
4. Lässt sich der Rechtsanwalt mit der Durchsetzung eines Schmerzensgeldanspruchs beauftragen, dessen Höhe frühere Rechtsprechungserkenntnisse deutlich übersteigt, hat er den Mandanten auch auf die damit verbundenen Gebührenrisiken hinzuweisen. ■

### Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin hat keine Aussicht auf Erfolg. Das Landgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen und der Widerklage überwiegend stattgegeben. Das Vorbringen der Klägerin in der Berufungsbegründung vom 8.2.2010 rechtfertigt keine abweichende Beurteilung.

I. Der klagenden Rechtsanwaltsgesellschaft steht aus ihrer anwaltlichen Tätigkeit für die Beklagte im Zusammenhang mit der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen aus ärztlicher Aufklärungspflichtverletzung kein über die bereits von der Beklagten geleistete Zahlung von 1.196,42 EUR hinausgehender Honoraranspruch zu. Die Klageabweisung erfolgte somit zu Recht.

1. Das Landgericht ist zutreffend davon ausgegangen, dass die Klägerin von der Beklagten zur Geltendmachung von Verdienstausfallschäden und einem Haushaltsführungsschaden nicht mandatiert worden war. Schon aus diesem Grund haben die dafür von der Klägerin angesetzten Beträge bei der Bemessung des für die anwaltliche Honorierung maßgebenden Gegenstandswerts außer Betracht zu bleiben.

a) Unstreitig indes ist, dass zwischen den Parteien unter dem 18.12.2008 ein Anwaltsdienstvertrag zustande gekommen ist. Die Klägerin hat mit einem Schreiben von diesem Tag das Angebot der Beklagten zum Abschluss eines solchen angenommen, nachdem die Beklagte ihr unter dem 16.12.2008 eine unterzeichnete Vollmacht und die ebenfalls unterzeichneten Mandatsbedingungen der Klägerin übersandt hatte.

b) Dieser **Anwaltsdienstvertrag** berechnete die Klägerin aber nicht, nach eigenem Gutdünken und ohne Rücksprache und entsprechende Beauftragung durch die Beklagte zu agieren. Vielmehr muss der Rechtsanwalt innerhalb des erteilten Auftrags für den Mandanten tätig werden, wobei sich der Vertragsinhalt maßgebend nach den Vereinbarungen der Parteien richtet (vgl. BGH, NJOZ 2004, 3624; Zugehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft 2. Aufl., Rdnr. 42 m.w.N., im Folgenden zitiert: „Zugehör, a.a.O., Rdnr.“). Deshalb – und dies verkennt die Klägerin – **lässt sich grundsätzlich aus dem Umfang einer schriftlich erteilten Vollmacht (sofern dies – wie hier – auf dem standardisierten Formular des Rechtsanwalts beruht) kein Rückschluss auf den Inhalt des Mandats ziehen** (vgl. Zugehör, a.a.O., Rdnr. 42).

aa) Hier ist schon aus den unstreitigen Umständen zu folgern, dass der Klägerin bei der Auftragserteilung am 18.12.2008 **kein unbeschränktes Mandat** erteilt worden war. Zu diesem Zeitpunkt war zwischen den Parteien nämlich noch kein persönlicher Kontakt in Form einer Besprechung erfolgt. Die Beklagte hat unwidersprochen und nachvollziehbar vorgetragen, dass ein solches Gespräch mit einhergehender Beratung für sie unabdingbar war, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Bis zu diesem Gespräch hatte die Beklagte lediglich einen von der Klägerin vorformulierten Fragebogen betreffend ärztliche Behandlungsfehler ausgefüllt. Dieser enthielt indes keine Angaben darüber, in welchem Umfang mögliche Ansprüche durch die Klägerin verfolgt werden sollten, sondern er diente lediglich der Aufklärung des Sachverhalts und der Information der Klägerin. Soweit die Klägerin bereits unter dem 18.12.2008 eine **umfängliche Haftungsanerkennung von Dr. H., St.-Krankenhaus, forderte**, konnte diese Tätigkeit nicht von einem etwaigen Mandat umfasst sein, denn **der Beklagten war ein solches Vorgehen weder zuvor mitgeteilt worden noch war es mit ihr abgestimmt**.

bb) Insbesondere ist nicht ersichtlich, dass die Beklagte die Klägerin anlässlich des ersten Besprechungstermins am 19.1.2009 mit der Verfolgung ihrer **Verdienstausfallschäden** beauftragte. Vielmehr muss entsprechend dem Vorbringen der Beklagten davon ausgegangen werden, dass sie eine **Verfolgung dieser Ansprüche von einer dahingehenden Deckungszusage ihrer Rechtsschutzversicherung abhängig machte**. Eine solche lag indes bei dem Besprechungstermin nicht vor und wurde während der Dauer des Mandats auch nicht erteilt.

Darüber hinaus hat die Beklagte unwidersprochen vorgetragen, Rechtsanwalt Dr. C. habe sie aufgefordert, sich selbst mit der Rechtsschutzversicherung in Verbindung zu setzen

und herauszufinden, ob diese vollumfänglich die Kosten übernehme. Hierfür spricht auch die von der Beklagten an Dr. C. am 20.1.2009, also dem Folgetag des Gesprächs, gesandte E-Mail, in der zum Ausdruck kommt, dass die fehlende Kostendeckung durch die Rechtsschutzversicherung bekannt war und das Mandat insoweit beschränkt war. Denn die Beklagte schrieb: „... Da die Versicherung nun aber telefonisch pauschal bereits mitgeteilt hat, dass sie eine Verdienstausfallklage nicht übernimmt, stellt sich die Frage, ob man diesen Weg nun überhaupt wagen kann.“

**Somit durfte die Klägerin mit der dahingehenden Rechtsverfolgung erst dann tätig werden, wenn entweder die Deckungszusage vorlag oder die Beklagte – in Kenntnis ihrer Verpflichtung, die Kosten selbst übernehmen zu müssen – ausdrücklich den Auftrag hierzu erteilte (vgl. hierzu auch OLG Düsseldorf, VersR 1976, 892; OLG Celle, OLGR 2008, 438 ff; Zugehör, a.a.O., Rdnr. 652).** Beides war indes nicht der Fall.

cc) Entsprechendes gilt für den von der Klägerin in Ansatz gebrachten **Haushaltsführungsschaden**. Hier hat die Beklagte sogar ausdrücklich angegeben, dass ein solcher nicht entstanden ist. Die Klägerin hat keine Umstände dargelegt, die darauf schließen ließen, dass die Beklagte gleichwohl eine dahingehende Rechtsverfolgung in Auftrag gegeben hat.

2. Den **Gegenstandswert** für die Verfolgung von **Schmerzensgeldansprüchen** hat das Landgericht zutreffend mit einem Betrag bis 16.000 EUR bemessen.

a) Ein Schmerzensgeldanspruch der Beklagten in Höhe von 30.000 EUR war unrealistisch und wäre nicht durchsetzbar gewesen. Dies folgt aus einem Vergleich von Urteilen, denen als Schadenfolge gleichfalls eine Stimmbandlähmung der geschädigten Partei zugrunde lag.

aa) So hat das OLG Köln einem Rechtsanwalt, der beruflich ebenfalls auf die ordnungsgemäße Funktion seiner Stimme angewiesen ist, für die Schädigung des *nervus recurrens* mit nachfolgender Minderung der Stimmkraft für 13 Monate einen Betrag von 5.000 DM (= 2.556 EUR) (vgl. OLG Köln, VersR 1998, 1510; Hacks/Ring/Böhm, Schmerzensgeldbeträge 2009, 27. Aufl., Nr. 790) zugesprochen. Das OLG Stuttgart (VersR 1995, 661) bestätigte ein Urteil über einen Schmerzensgeldbetrag von 20.000 DM (= 10.225 EUR), der einer Patientin nach einer Stimmbandlähmung als Schadenersatz für ihren Dauerschaden (sie konnte sich in der mündlichen Verhandlung zwei Jahre nach dem schädigenden Eingriff nur mit „schwacher Stimme artikulieren“) zugesprochen worden war. Es bezeichnete diesen Betrag indes als „Obergrenze“.

Darüber hinausgehende Schmerzensgeldbeträge wurden von Gerichten nur in Fällen zugesprochen, die zu deutlich gravierenderen Schäden bei den Patienten geführt hatten und mit der Verletzung der Beklagten nicht vergleichbar sind. Auffällig ist auch, dass die genannten Entscheidungen keinen immateriellen Vorbehalt zugunsten der Patienten ausgesprochen haben. So hat das OLG Düsseldorf (NJW-

VHR 1997, 184; Hacks/Ring/Böhm, Schmerzensgeldbeträge 2009, 27. Aufl., Nr. 1911) einer Patientin, die aufgrund eines ärztlichen Behandlungsfehlers eine Perforation der Speiseröhre mit einer Stimmbandlähmung als Dauerschaden davongetragen hatte, einen Betrag in Höhe von 30.000 DM (= 15.338 EUR) zuerkannt. Einer Patientin, die nach einer Operation eine Schädigung des linken Stimmbandnervs mit dauerhafter Heiserkeit erlitt, hat das OLG Köln (Urt. v. 10.4.1991 – 27 U 152/90; Hacks/Ring/Böhm, a.a.O., Nr. 1793) einen Betrag von 25.000 DM (entspricht ca. 12.782 EUR) zuerkannt. Demgegenüber hat das LG Lüneburg einem Mann, der durch einen ärztlichen Behandlungsfehler den Verlust des Kehlkopfes und der Stimmbänder und dadurch den Verlust des natürlichen Sprachvermögens zu beklagen hatte, einen Betrag von 45.000 DM (= 23.008 EUR, ebenfalls ohne immateriellen Vorbehalt!) zugesprochen (Urt. v. 22.11.1995 – 2 O 271/94; Hacks/Ring/Böhm, a.a.O., Nr. 2185).

Soweit die Klägerin auf die Entscheidung des LG Bielefeld (Urt. v. 27.11.2002 – 4 O 556/01, Hacks/Ring/Böhm, a.a.O., Nr. 2905) verweist, ist auch dieses mit dem bei der Beklagten vorhandenen Schadenbild nicht zu vergleichen. Die dortige Patientin litt wegen einer Stimmlippenparese und anhaltender Atemprobleme an rezidivierenden Infektionen im Bereich der Atemwege. Nach 11 Monaten musste eine Luftröhrenöffnung gemacht und mit der Anlage einer Trachealkanüle durchgeführt werden. Diese muss mehrfach täglich gesäubert werden, zudem sind regelmäßige Inhalationen notwendig. Demgegenüber hat die Beklagte keine Folgeschäden, die damit auch nur annähernd vergleichbar wären. Vielmehr hat sie in dem Fragebogen angegeben, dass sie zum Sprechen mehr Kraft als früher benötige und ihre Stimme zeitweise „springt“. Die „Singstimme“ halte nur 5 bis 10 Minuten durch, sie klinge dünner, manche Frequenzen fehlten. Jedoch äußert die Beklagte ausdrücklich: „Auch wenn alles noch ‚weit entfernt vom Normalzustand‘ ist, bin ich zuversichtlich, in der Zukunft irgendwann wieder mit der Stimme arbeiten zu können.“

bb) Somit wird deutlich, dass selbst unter Berücksichtigung eines Streitwertanteils für die Geltendmachung eines immateriellen Vorbehalts und diverser zusätzlicher Kosten als materielle Schäden kein über 16.000 EUR hinausgehender Gegenstandswert angemessen ist.

**b) Auch wenn die Beklagte mit der Geltendmachung des von der Klägerin mit 30.000 EUR bezifferten Schmerzensgeldanspruchs einverstanden war, so folgt daraus gleichwohl nicht, dass dieser hier in Ansatz zu bringen ist.** Zwar kann grundsätzlich auch ein in nicht durchsetzbarer Höhe bezifferter Anspruch in die Gegenstandswertberechnung eines Rechtsanwalts Eingang finden und der Abrechnung zugrunde gelegt werden. Wenn der risikobereite Mandant eine Verfolgung seiner Ansprüche in dieser Höhe wünscht und bereit ist, gegebenenfalls die Kosten bei teilweiser Zurückweisung der Ansprüche zu tragen, ist selbstverständlich der für ihn tätige Rechtsanwalt auf Grundlage dieses Wertes zu honorieren. **Dies setzt jedoch voraus, dass der Mandant vom Rechtsanwalt darüber aufgeklärt wurde, dass der verlangte**

**Betrag deutlich über dem liegt, was von der Rechtsprechung in vergleichbaren Fällen zuerkannt wurde** (vgl. Senat, MDR 2005, 1140 sub II. 2. b) dd)). Dass die Beklagte darüber von der Klägerin aber nicht in Kenntnis gesetzt wurde, hat das Landgericht zutreffend festgestellt, ohne dass die Klägerin dies mit ihrer Berufung durch die Darlegung entsprechender Tatsachen angegriffen hätte. Die Klägerin hat sich deshalb gemäß § 280 BGB schadenersatzpflichtig gemacht. Dies hat zur Folge, dass die Beklagte von den Kosten freizustellen ist, die auf einem über 16.000 EUR liegenden Gegenstandswert beruhen (Senat, a.a.O.). Auch insoweit verweist der Senat auf die zutreffenden Ausführungen des angefochtenen Urteils.

3. Entsprechendes gilt für den von der Klägerin in Ansatz gebrachten **Wert für den immateriellen Vorbehalt**. Aus den unter I. 2. a) genannten Gründen ist nicht ersichtlich, dass die Beklagte mit Erfolg einen solchen überhaupt hätte geltend machen können und hierauf von der Klägerin hingewiesen worden war. Doch selbst wenn man einen solchen berücksichtigen würde, wäre ein über 16.000 EUR anzusetzender Gegenstandswert nicht gerechtfertigt.

4. Es bedarf keiner Entscheidung und deshalb auch nicht der Einholung eines Gutachtens der Rechtsanwaltskammer gemäß § 14 Abs. 2 RVG, ob der von der Klägerin angesetzte Gebührenrahmen von 1,7 überhöht ist oder nicht. Denn auch bei Heranziehung dieses Gebührenrahmens hat die Beklagte durch die Zahlung von 1.196,42 EUR noch mehr gezahlt, als sie schuldete.

Dies ergibt sich aus folgender Abrechnung:

|                              |              |
|------------------------------|--------------|
| Geschäftswert: 16.000,00 EUR |              |
| 1,7 Geschäftsgebühr          |              |
| gemäß Nr. 2300 VV RVG        | 962,20 EUR   |
| Auslagenpauschale            |              |
| gemäß Nr. 7002 VV RVG        | 20,00 EUR    |
| Nettobetrag                  | 982,20 EUR   |
| 19 % Umsatzsteuer            |              |
| gemäß Nr. 7008 VV RVG        | 189,62 EUR   |
| Gesamtbetrag                 | 1.168,82 EUR |

**5. Die Klägerin hat nicht dargelegt, von der Beklagten zur Durchsetzung einer Deckungszusage gegenüber der Rechtsschutzversicherung mandatiert worden zu sein. Infolgedessen kann sie hierfür auch kein Honorar beanspruchen.** Vielmehr hat die Beklagte – dies ist unstreitig – noch vor der Mandatierung selbst mit der Rechtsschutzversicherung Kontakt aufgenommen und um Deckung gebeten. Diese wurde – ohne entsprechendes Tätigwerden der Klägerin – auch erteilt, allerdings nur in dem Umfang des Schreibens vom 26.1.2009. Soweit die Klägerin sich in dem Schreiben vom 30.1.2009 an die Rechtsschutzversicherung dazu äußerte, dass „auch die Ausfälle, die die Mandantin erlitten hat, natürlich in den privaten Bereich zu ziehen sind, soweit sie ihre normale Tätigkeit als Freiberuflerin und Gesellschafterin nicht mehr wahrnehmen kann. Es sind zivilrechtlich private Schäden.“, ist ebenfalls nicht ersichtlich, dass dieses auf einer entsprechenden Mandatierung der Beklagten beruhte.

Denn die Beklagte hat unwidersprochen vorgetragen, bei dem Gespräch am 19.1.2009 sei besprochen worden, dass sie sich selbst um die Deckungszusage kümmere. Dies entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise, die die Klägerin in ihren Mandatsbedingungen unter Ziffer 7, vorsieht.

Diese Klausel lautet wie folgt: „Sofern der Auftraggeber rechtsschutzversichert ist, muss er seine Pflichten gegenüber der Rechtsschutzversicherung grundsätzlich selbst wahrnehmen, damit der Versicherungsschutz besteht. Werden die Rechtsanwälte C. mit der Führung der Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung beauftragt, so handelt es sich hierbei um eine gesonderte Angelegenheit, für die gesonderte Gebührenansprüche entstehen. Diese Gebühren werden von der Rechtsschutzversicherung nicht getragen. (C. verzichtet in der Regel aus Kulanzgründen auf Abrechnung dieser Position. Dieser Passus gilt lediglich für diejenigen Fälle, in denen ein umfangreicher problematischer Schriftverkehr mit Rechtsschutzversicherungen notwendig ist, um einen Deckungsschutz zu erhalten.)“

Berücksichtigt man diese Vereinbarung und den unstreitigen Sachverhalt, so ist weder vorgetragen noch ersichtlich, dass die Beklagte die Klägerin mit der Einholung einer umfangreichen Deckungszusage beauftragte. Nach dem genannten Schreiben vom 30.1.2009 hatte die Klägerin mit der Rechtsschutzversicherung auch nur insoweit Kontakt, als sie ihr unter dem 4.2.2009 eine Vorschussrechnung übersandte. Auf den Umfang des Deckungsschutzes ging sie darin nicht ein.

Bis zur Mandatsentziehung am 18.2.2009 fand keine weitere Korrespondenz mehr statt. Daraus folgt auch, dass kein umfangreicher problematischer Schriftverkehr mit der Rechtsschutzversicherung erforderlich wurde und die Beklagte deshalb auch aufgrund der Regelung in den Mandatsbedingungen nicht vom Entstehen eines zusätzlichen Honoraranspruchs ausgehen musste.

6. Das Landgericht ist ebenfalls zutreffend davon ausgegangen, dass die Klägerin **keine Verzugsschäden** geltend machen kann. Denn ein Verzug der Beklagten lag bereits aufgrund der **unverhältnismäßig hohen Zuvielforderung** der Klägerin nicht vor. Den unter dem 20.3.2009 geltend gemachten Honoraransprüchen über insgesamt 8.263,12 EUR steht nämlich ein Anspruch der Klägerin von allenfalls 1.168,82 EUR gegenüber. Dies sind 14 % des geltend gemachten Betrages.

Diese unverhältnismäßig hohe Zuvielforderung lässt den zu Recht angemahnten Teil so in den Hintergrund treten, dass der Beklagten kein Schuldvorwurf zu machen ist, wenn sie sich nicht als wirksam gemahnt ansah (vgl. hierzu auch BGH, NJW 1991, 1286 ff; BGHR, BGB § 284 Abs. 1 – Mahnung 1; Senat, AGS 2008, 432; ferner FD-RVG 2008, 264339 (beck-online), juris und NRWE; OLGR 2009, 265 ff).

Die vom Landgericht aufgeworfene Frage, ob die Beklagte Anlass zur Klageerhebung gegeben hat, bedarf deshalb keiner Entscheidung. (...) ■

## Anwaltshaftung

- Informationen des Mandanten
- Vertrauen auf Richtigkeit und Vollständigkeit
- Vermutung des beratungskonformen Verhaltens des Mandanten
- Verjährung gemäß § 51b BRAO a.F.
- Verhandlungen, § 203 BGB
- Meldung der Sache bei der Haftpflichtversicherung
- Vollmacht des Haftpflichtversicherers, § 5 Nr. 7 AHB (OLG Düsseldorf, Urt. v. 20.5.2010 – I-5 U 101/09)

### Leitsätze:

1. Der Rechtsanwalt darf grundsätzlich auf die Richtigkeit und die Vollständigkeit der tatsächlichen Angaben seines Auftraggebers vertrauen, ohne eigene Nachforschungen anstellen zu müssen. Lediglich dann, wenn nach den Umständen für eine zutreffende rechtliche Einordnung die Kenntnis weiterer Tatsachen erforderlich und deren Bedeutung für den Mandanten nicht ohne Weiteres ersichtlich ist, muss sich der Rechtsanwalt um weitere Aufklärung bemühen.

2. Im Anwaltshaftpflichtprozess hat der Geschädigte den Ursachenzusammenhang zwischen der Vertragsverletzung (Pflichtwidrigkeit) und dem Schaden darzutun und nachzuweisen. Bei Verstößen gegen die Beratungspflicht spricht zugunsten des Mandanten die – widerlegliche – Vermutung, dieser hätte sich bei vertragsgerechtem Handeln des Beauftragten Beratungsgemäß verhalten.

3. Die Verjährungsregeln des § 51b BRAO a.F. ist weiter anzuwenden, falls der primäre Schadenersatzanspruch vor dem 15.12.2004 entstanden ist.

4. Liegt das Anwaltsverschulden darin, den Mandanten zu einer von vornherein aussichtslosen Klage geraten zu haben, beginnt die Verjährung eines sich auf die unnütz aufgewandten Prozesskosten beziehenden Regressanspruchs § 51b BRAO a.F. bereits mit der Einreichung der Klage unterlässt.

5. Unterlässt der Rechtsanwalt die erforderliche Überprüfung seines eigenen Verhaltens oder erkennt er dabei nicht seinen Fehler und gibt er infolgedessen nicht an seinen Mandanten den erforderlichen Hinweis auf § 51b BRAO, kann dies den sog. Sekundäranspruch auslösen. Der Sekundäranspruch entsteht nur, wenn eine weitere Pflichtwidrigkeit zu einer Zeit begangen wird, zu der der Regressanspruch noch durchgesetzt werden kann, also insbesondere noch nicht verjährt ist.

6. Verhandlungen i.S.d. § 203 Satz 1 BGB schweben schon dann, wenn der in Anspruch Genommene Erklärungen abgibt, die dem Geschädigten die Annahme gestatten, der Verpflichtete lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein.

7. Die Erklärung des Anwalts, er sei bereit, die Sache seiner Haftpflichtversicherung vorzulegen, kann von dem Geschädigten dann nicht als ein Bekunden einer Verhandlungsbereitschaft i.S.d. § 203 BGB aufgefasst werden, wenn der Rechtsanwalt ausdrücklich darauf verweist, dass er zur Haftungssituation keine Erklärungen abgebe (*Abgrenzung zu BGH, Urt. v. 1.2.2007 – IX ZR 180/04, NJW-RR 2007, 1358, 1360*).

8. Der Haftpflichtversicherer des Rechtsanwalts ist aufgrund der Regulierungsvollmacht nach § 5 Nr. 7 AHB bevollmächtigt, Erklärungen abzugeben oder Handlungen vorzunehmen, die zulasten des Rechtsanwalts zu einer Verjährungshemmenden oder sonst wie den Lauf der Verjährungsfrist berührenden Wirkung führen konnten. ■

### Aus den Gründen:

A. Die Klägerin ist eine gewerbliche Immobiliengesellschaft. Für ein Objekt Grundstück H. 2, das sie 1987 erworben hatte, beauftragte sie den Architekten S. mit Architektenleistungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Sanierungsarbeiten.

Mit der Geltendmachung von ihr angeblich gegenüber dem Architekten zustehenden Ansprüchen hatte sie die Beklagte zu 1) beauftragt, bei der der Beklagte zu 2) stets der sachbearbeitende Rechtsanwalt war. Der zunächst durch die Beklagten als Verfahrensbevollmächtigte im Mahnbescheidverfahren Mitte 2000 geltend gemachte Zahlungsanspruch in Höhe eines Teilbetrages von 527.393,94 EUR wurde, nachdem der Architekt am 10.9.2000 Widerspruch gegen den Mahnbescheid eingelegt hatte, im September 2002 nach entsprechendem Antrag der Klägerin und Abgabe an das Landgericht Düsseldorf dort als Klageverfahren weitergeführt. Das Landgericht wies die Klage mit Urteil vom 26.2.2004 mit der Begründung ab, der geltend gemachte Schaden sei nicht ausreichend substantiiert vorgetragen worden. Der Senat wies die von der Klägerin, weiterhin vertreten durch die Beklagten, gegen dieses Urteil eingelegte Berufung mit Urteil vom 17.3.2005 zurück, wobei er primär darauf abstellte, dass die Ansprüche gegen den Architekten spätestens Ende 1999 verjährt seien. Die hiergegen eingelegte Nichtzulassungsbeschwerde wies der BGH mit Beschluss vom 10.11.2005 zurück.

Mit dem Vorwurf der Verletzung der ihnen aus dem Mandatsverhältnis zu der Klägerin erwachsenen anwaltlichen Pflichten macht die Klägerin Regressforderungen gegen ihre ehemaligen Prozessbevollmächtigten und Rechtsanwälte geltend. Der ihr entstandene Schaden solle zum einen in dem Verlust der Ansprüche gegen den Architekten, die sich aus von diesem verursachte Mehrkosten in Höhe von 867.914,66 EUR sowie Zinsschäden in Höhe von 732.567,90 EUR zusammensetzten, und zum anderen aus den Prozesskosten des Vorverfahrens in Höhe von 63.491 EUR für die drei Instanzen bestehen. Die Klageforderung belief sich – erstinstanzlich – auf insgesamt 1.663.973,56 EUR. (...)



Das Landgericht hat die Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung von 63.491 EUR verurteilt und im Übrigen die Klage abgewiesen. Soweit es die Beklagten verurteilt hat, hat es sich auf folgende Erwägungen gestützt:

Der Klägerin stehe ein Schadenersatzanspruch gemäß § 280 Abs. 1 BGB in Verbindung mit dem zwischen den Parteien geschlossenen Rechtsanwaltsvertrag in Höhe von 63.491 EUR zu, da der Beklagte zu 2) pflichtwidrig die Durchführung des letztlich erfolglosen Rechtsstreits über drei Instanzen veranlasst habe, ohne die Klägerin über die mögliche Verjährung der geltend gemachten Ansprüche aufgeklärt und/oder mit der Gegenseite über einen etwaigen Verzicht auf die Verjährungseinrede Rücksprache genommen zu haben. Für diesen Schaden hafte die Beklagte zu 1) gemäß § 8 Abs. 1, 2 PartGG. Ein Verschulden der Pflichtverletzung werde vermutet. Diese Vermutung hätten die Beklagten nicht widerlegen können. Ohne Erfolg hätten sie sich darauf gestützt, der Beklagte zu 2) sei davon ausgegangen, dass weder eine den Beginn der Verjährung begründende Abnahme des Wertes des Architekten noch eine Kündigung des Vertrages stattgefunden hätten. Indes sei dem Beklagten zu 2) vorzuwerfen, die Verjährung gar nicht erst in Betracht gezogen und nicht aus Vorsicht bis Ende 1999 verjährungshemmende Maßnahmen ergriffen zu haben.

Vor dem Hintergrund eines ihm – dem Beklagten zu 2) – seitens der Klägerin bei Mandatsantritt übergebenen „Protokolls zum Bauzustand bei Übergabe des Objekts von Herrn S. an Bauherren und Büro K.“ (datiert auf den 25.10.1994) und eines an den Architekten gerichteten – wenngleich nicht abgeschickten – Kündigungsschreibens hätte der Beklagte zu 2) aus äußerster Vorsicht die Möglichkeit eines Verjährungsbeginns spätestens Ende 1999 in Betracht ziehen und damit vor Ablauf der Verjährung Ende 1999 den Mahnbescheid beantragen müssen. Nachdem er diesen Zeitpunkt schuldhaft verpasst gehabt habe, hätte er nicht einfach ein Mahn- bzw. ein sich daran anschließendes Klageverfahren initiieren dürfen, da dieses Verfahren von vornherein mit dem erheblichen Risiko behaftet gewesen sei, wegen Verjährung der Ansprüche erfolglos zu bleiben. Die Beklagten hätten die Klägerin über die diesbezüglichen Risiken aufklären und bei der Gegenseite auf einen Verzicht der Verjährungseinrede hinwirken müssen.

Durch diese schuldhaftige Pflichtverletzung seien adäquat kausal die geltend gemachten Verfahrenskosten in Höhe von insgesamt 63.491 EUR entstanden. Dies gelte auch für die Kosten des Berufungs- und Nichtzulassungsbeschwerdeverfahren. Der Klägerin komme insgesamt die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens zugute, die die Beklagten nicht durch ihren Vortrag zu widerlegen vermocht hätten.

Hinsichtlich der diesbezüglichen Primäransprüche sei indes Verjährung gemäß § 51b BRAO eingetreten. Maßgeblicher Zeitpunkt des Entstehens des Anspruchs sei derjenige des Schadeneintritts. Der Regressanspruch sei mit der Zustellung des Mahnbescheides am 18.9.2000 entstanden. Die Verjährung habe gemäß § 51b BRAO drei Jahre später am 18.9.2003 geendet. An die Primärverjährung habe sich je-

doch eine dreijährige Sekundärverjährung angeschlossen, die vor der Zustellung der Klage am 11.12.2006 noch nicht abgelaufen sei. Eine solche Sekundärverjährung resultiere aus einer sekundären Pflichtverletzung. Der Beklagte zu 2) habe Anlass gehabt, auf mögliche Regressansprüche hinzuweisen. In seinem Schreiben vom 17.9.2002 an die Klägerin habe der Beklagte zu 2) selbst davon gesprochen, dass der Architektenvertrag mit S. bereits gekündigt gewesen sei. Dem Beklagten habe sich ersichtlich zu diesem Zeitpunkt ein neuer Umstand offenbart, der ihm Anlass hätte geben müssen, erneut über die Frage der Verjährung nachzudenken und die Klägerin auf die Erfolglosigkeit etwaiger Verfahren sowie mögliche Regressansprüche gegen sich hinzuweisen. Auch habe sich der Architekt in seiner Klageerwidderung vom 19.12.2002 auf eine Verjährung berufen, so dass spätestens dann – also zu einem Zeitpunkt als die Primärverjährung noch nicht abgelaufen gewesen sei – eine Hinweispflicht des Beklagten bestanden habe.

Dieser Sekundäranspruch sei nicht verjährt. Er ende, sofern zum Zeitpunkt der Verjährung des Primäranspruchs das Mandatverhältnis noch fortbestehe, drei Jahre nach der Verjährung desselben, hier also an sich am 18.9.2006 und damit vor Zustellung der Klage am 11.12.2006. Die Verjährungsfrist sei jedoch wegen der vom 15.4.2005 bis zum 24.1.2006 geführten Verhandlungen mit den Beklagten und ihrer Haftpflichtversicherung gemäß § 203 BGB n.F. gehemmt gewesen, so dass die – eine erneute Hemmung gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB auslösende – Klageerhebung in nicht verjährter Zeit erfolgt sei.

Weitere Regressansprüche (in Bezug auf die verjährten Ansprüchen gegen den Architekten in Höhe von insgesamt 867.914,66 EUR zzgl. entstandener Zinslast in Höhe von 732.567,90 EUR) hat das Landgericht mit der Begründung abgelehnt, dass die insoweit in Betracht kommenden Regressansprüche – sowohl in Bezug auf Primär- wie Sekundäransprüche – verjährt seien.

Gegen diese Entscheidung richtet sich die Berufung der Beklagten, mit der sie die Abweisung der Klage erstreben, auch soweit sie verurteilt worden sind. Zur Begründung führen sie an: Entgegen der landgerichtlichen Entscheidung fehle es an einer schuldhaften Pflichtverletzung des Beklagten zu 2). In Hinblick auf das erforderliche Verschulden habe das Landgericht übersehen, dass der Beklagte zu 2) auf die Erklärung der Klägerin, der Architektenvertrag mit dem Architekten S. sei nicht gekündigt worden, habe vertrauen dürfen und deshalb nicht von einem Beginn der Verjährung zum Ende des Jahres 1994 ausgehen müssen. Gerade weil die Klägerin dem Beklagten zu 2) ausdrücklich erklärt habe, dass keine Kündigung des Architektenvertrages erfolgt sei, insbesondere das Kündigungsschreiben vom 9.1.1995 nicht abgesandt worden sei, habe der Beklagte zu 2) sich auf die Richtigkeit des von der Klägerin mitgeteilten Sachverhalts verlassen dürfen. Der Beklagte zu 2) habe auf die Richtigkeit dieser Sachverhaltsinformationen vertrauen dürfen und habe verjährungsunterbrechende bzw. -hemmende Maßnahmen daher Ende 1999 nicht zu veranlassen brauchen.

Auch müsse berücksichtigt werden, dass der Senat den Verjährungsbeginn Ende 1994 nicht lediglich an das Übergabeprotokoll vom 25.10.1994 angeknüpft habe, sondern vielmehr an die überraschende erstinstanzliche Aussage des Zeugen W., wonach sich die Klägerin im Jahr 1994 von S. getrennt habe. Die Klägerin habe ausweislich des als Anlage zu den Akten gereichten Telefaxes vom 8.3.2005 an den Beklagten zu 2) erklärt, diese Aussage von W. bezüglich einer evtl. Kündigung des Vertragsverhältnisses müsse korrigiert werden. Diese Auffassung der Klägerin, die Zeugen aussage W. sei falsch, das OLG müsse auf diesen Fehler hingewiesen, der Zeuge W. noch einmal vernommen werden, belege, dass die Klägerin vor Einleitung des Mahnverfahrens gegenüber dem Beklagten zu 2) stets darauf hingewiesen habe, dass der Architektenvertrag noch bis 1996 Bestand gehabt habe.

Eine – insoweit unterstellte – schuldhaftige Pflichtverletzung der Beklagten sei für die Prozesskosten aus dem Vorverfahren jedenfalls nicht kausal geworden. Zu Unrecht sei das Landgericht davon ausgegangen, dass die Beklagten die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens nicht widerlegt hätten. Vorliegend sei der Anscheinsbeweis erschüttert, weil die Klägerin zahlreiche Bedenken des Beklagten zu 2) gegen die Durchführung des Vorverfahrens in den Wind geschlagen habe. Obwohl der Beklagte zu 2) ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass der Anspruch nicht substantiiert dargelegt sei und das Verfahren außerordentlich risikoreich sei, habe die Klägerin sich über all diese Bedenken hinweggesetzt und auf der Durchführung des Verfahrens bestanden.

Die Klägerin habe entgegen dem deutlichen Hinweis durch die Beklagten auf die fehlende Erfolgsaussicht ausdrücklich die Durchführung des Verfahrens gewünscht. Vor diesem Hintergrund könne die Klägerin, die sich als beratungsresistent erwiesen habe, die Vermutung beratungsgemäßen Verhaltens nicht für sich in Anspruch nehmen. Demnach habe die Klägerin die Kausalität, also den Umstand, dass die Klägerin bei Hinweisen auf die Verjährung von der Einleitung und Durchführung des Verfahrens Abstand genommen hätte, in vollem Umfang darzulegen und zu beweisen.

Zumindest sei zu prüfen, ob bei dieser Sachlage die Kosten der Berufung und insbesondere die der Revisionsinstanz noch voll zugerechnet werden könnten. Es sei im Hinblick auf die Kosten der Berufungsinstanz und zumindest der Revisionsinstanz von einer Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs auszugehen, diese Kosten den Beklagten damit nicht mehr zuzurechnen.

Die Beklagten halten die Verjährungseinrede aufrecht. Den Beginn der Verjährung des Regressanspruchs habe das Landgericht fehlerhaft mit der Zustellung des Mahnbescheides und nicht mit dessen Antragstellung angenommen. Dies führe zum Ablauf der Primärverjährung am 4.7.2003 und einer etwaigen Sekundärverjährung am 4.7.2006. Das vom Landgericht herangezogene Schreiben der Beklagten vom 17.9.2002 habe keine Veranlassung gegeben, die Klägerin auf die Erfolglosigkeit etwaiger Verfahren sowie mögliche Regressansprüche hinzuweisen.

Evtl. Sekundäransprüche wären bei Klageerhebung verjährt gewesen. Die Verjährung solcher Sekundäransprüche sei am 4.7.2006, also vor der Klagezustellung am 11.12.2006, erfolgt. Entgegen der Auffassung des Landgerichts sei die Verjährung nicht über mehr als 5 Monate durch Verhandlungen gehemmt gewesen. Die Aufforderung der Klägerin im Schreiben vom 15.4.2005, die Sache dem Haftpflichtversicherer zu übergeben, sei nicht als Verhandlung zu sehen. Eine – unterstellte – Reaktion der Beklagten, z.B. die Erklärung, die Sache an den Haftpflichtversicherer weitergeben zu wollen, sei nichts als die Erfüllung einer Obliegenheit aus dem Haftpflichtversicherungsvertrag und stelle im Verhältnis zur Geschädigten weder eine Verhandlung noch einen Meinungsaustausch dar. Auch aus dem Schreiben der Beklagten vom 15.12.2006 ergebe sich, dass solche Verhandlungen nicht stattgefunden hätten.

Die Klägerin bittet um Zurückweisung der Berufung. Sie verteidigt unter Wiederholung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vorbringens die angefochtene Entscheidung gegen die Angriffe der Berufung und trägt im Wesentlichen Folgendes vor: Die Beklagten hätten bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt im Hinblick auf die Überprüfung etwaiger Verjährungsfristen zumindest den für die Klägerin sichersten Weg empfehlen und einschlagen müssen, der darin bestanden hätte, die in diesem Falle kürzere Verjährungsfrist von fünf Jahren zu beachten. Der Beklagte zu 2) sei zudem schon im Rahmen der Vorbereitung des Klage- bzw. des Mahnverfahrens davon ausgegangen, dass man zumindest aus Sicherheitsgründen die Klage innerhalb der fünfjährigen Verjährungsfrist einreichen müsse. Die Klägerin wiederholt insoweit ihr erstinstanzliches Vorbringen, wonach die Beklagte in einem Gespräch zwischen Herrn E., dem Zeugen T. und dem Beklagten zu 2) im ersten Halbjahr 1999 positiv bestätigt habe, dass im Zweifel von einer fünfjährigen Verjährungsfrist ausgegangen werden müsse.

Zu Recht habe das Landgericht angenommen, dass die Beklagten davon hätten ausgehen können und müssen, dass das Vertragsverhältnis mit dem Architekten S. schon im Jahr 1994 beendet worden sei. In der besagten Besprechung im Jahr 1999 sei auch die Frage der Beendigung des Vertragsverhältnisses mit dem Architekten erörtert worden. Bereits erstinstanzlich sei hierzu vorgetragen worden, dass der Beklagte zu 2) in dem Gespräch davon ausgegangen sei, dass mit Übergabe des Objekts an einen neuen Architekten am 25.10.1994 der Architektenvertrag mit S. als gekündigt angesehen werden müsse. Vor diesem Hintergrund hätten die Beklagten den für die Klägerin sichersten Weg wählen müssen und rein vorsorglich den Beginn der Verjährungsfrist zum 31.12.1994 annehmen müssen.

Entgegen den Angriffen der Beklagten sei das Landgericht richtigerweise davon ausgegangen, dass die Klägerin, wenn die Beklagten sie eindeutig darauf hingewiesen hätten, dass die Schadenersatzforderungen verjährt seien, das Klageverfahren nicht durchgeführt, sich vielmehr beratungskonform verhalten und von einer Klage abgesehen hätte. Tatsächlich hätte die Klägerin im Hinblick auf die extrem hohen Prozesskosten den Schadenersatzprozess gegen S. nicht geführt,

wenn die Beklagten ihr erklärt hätten, der Anspruch sei wegen der eingetretenen Verjährung nicht mehr durchsetzbar. (...)

B. Die zulässige, insbesondere form- und fristgemäß eingelegte Berufung der Beklagten hat auch in der Sache Erfolg. Sie ist begründet (§ 513 ZPO), da das landgerichtliche Urteil Rechtsfehler i.S.d. § 546 ZPO aufweist und nach den vom Senat zu berücksichtigenden Tatsachen (§ 529 ZPO) eine vom Landgericht abweichende Beurteilung der Sach- und Rechtslage im Sinne einer Klageabweisung auch im Hinblick auf die durch das angefochtene Urteil der Klägerin zuerkannten Schadenersatzansprüche gerechtfertigt ist.

Die Klägerin meint, die Beklagten als Gesamtschuldner aus anwaltlicher Pflichtverletzung in Anspruch nehmen zu können. Sie hat im Wesentlichen zwei Pflichtverstöße bei der Wahrnehmung des dem Beklagten zu 2) übertragenen Mandats vorgebracht, für die die Beklagte zu 1) als Partnerschaftsgesellschaft, der der Beklagte zu 2) angehört, zu haften habe. Zum einen hat die Klägerin den Beklagten vorgeworfen, der Beklagte zu 2) habe zu verantworten, dass der bzw. die Schadenersatzansprüche gegen den Architekten S., mit deren Geltendmachung der Beklagte zu 2) mandatiert worden sei, verjährt seien und sie – die Klägerin – diese Ansprüche nicht mehr durchsetzen könne, was der Senat in seinem Urteil vom 18.3.2005 so entschieden hat. Zum anderen habe der Beklagte zu 2) die in dem letztlich gegen den Architekten S. in drei Instanzen verlorenen Prozess entstandenen Verfahrenskosten zu verantworten, da er sie – die Klägerin – nicht über die einer gerichtlichen Durchsetzbarkeit entgegenstehende Verjährung aufgeklärt habe.

Das Landgericht hat in dem angefochtenen Urteil den auf ein Verjährenlassen der Ansprüche gegen den Architekten S. gestützten Regressanspruch nicht durchgreifen lassen, da ein solcher Anspruch seinerseits verjährt sei. Soweit es um die Haftung für die Prozesskosten des Verfahrens gegen den Architekten S. geht, hat das Landgericht die tatbestandlichen Voraussetzungen für eine Anwaltshaftung der Beklagten bejaht, die von den Beklagten erhobene Verjährungseinrede als im Ergebnis nicht durchgreifend erachtet und die Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung der Prozesskosten der drei Instanzen des Vorprozesses in Höhe von insgesamt 63.491 EUR verurteilt. Mit ihrer Berufung wenden die Beklagten hiergegen ein, es fehle an der erforderlichen anwaltlichen Pflichtverletzung, die notwendige Kausalität zwischen einer etwaigen Pflichtverletzung und dem Schaden sei nicht gegeben und schließlich die von ihnen erhobene Verjährungseinrede greife entgegen der Auffassung des Landgerichts durch. Die Beklagten dringen zumindest mit dem zuletzt genannten Berufungsangriff durch.

I. Die Wertung des Landgerichts, der Beklagte zu 2) habe schuldhaft seine anwaltlichen Pflichten bei der Wahrung der Vermögensinteressen der Klägerin im Zusammenhang mit der Durchführung des ihm übertragenen Mandats der Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gegen den Rechtsanwalt S. verletzt, ist nicht frei von Rechtsfehlern. Erheblicher Tatsachenvortrag der Parteien wurde übergangen.

Ob sich dieser Rechtsfehler letztlich zulasten der Beklagten ausgewirkt hat, braucht der Senat nicht zu entscheiden.

Der nach dem zutreffenden Ansatz des Landgerichts in Betracht kommende Schadenersatzanspruch aus §§ 280 Abs. 1, 675 BGB setzt eine Verletzung der Vertragspflichten, die den Rechtsanwalt aus dem mit dem Mandanten (Klägerin) geschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrag treffen, voraus.

1. Der Rechtsanwalt ist seinem Auftraggeber grundsätzlich aufgrund eines Dienstvertrages zu einer **umfassenden und erschöpfenden Beratung** verpflichtet (vgl. BGH, Urt. v. 29.4.2003 – IX 54/02, NJW-RR 2003, 1212). Hierbei muss der Anwalt prüfen, ob der ihm vorgetragene **Sachverhalt geeignet** ist, den vom Auftraggeber erstrebten Erfolg herbeizuführen (vgl. BGH, Urt. v. 22.9.2005 – IX ZR 23/04, NJW 2006, 501). Den Mandanten muss der Rechtsanwalt vor Nachteilen bewahren, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind. Gibt die Sachlage für den Rechtsanwalt bei bzw. nach ordnungsgemäßer Prüfung und Wertung der ihm zur Verfügung stehenden Informationen **Anlass zu Bedenken und Zweifeln**, so muss der Anwalt diese darlegen und mit seinem Mandanten erörtern (vgl. BGH, Urt. v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, NJW 1996, 2929 ff = WM 1996, 1832 ff m.w.N.; Urt. v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96, NJW 1997, 2168 ff = WM 1997, 1392 ff = MDR 1997, 894 f). Erscheint nach pflichtgemäßer Prüfung der Sach- und Rechtslage eine **beabsichtigte Klage nahezu sicher oder jedenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit als aussichtslos**, so muss der Anwalt auf den damit verbundenen Grad der Gefahr eines Prozessverlustes hinweisen (vgl. BGH Urt. v. 12.3.1997 – IX ZR 81/96, NJW 1997, 2168, 2169; Urt. v. 13.11.2008 – IX ZR 69/07, WM 2009, 283 ff zitiert nach juris Tz 5).

2. Nach diesen Kriterien kommt als haftungsauslösender Pflichtverstoß in Betracht, dass der Beklagte zu 2) vor Einleitung des gerichtlichen Verfahrens im Namen der Klägerin zur Geltendmachung der Schadenersatzansprüche, derer sich die Klägerin gegen den Architekten S. berühmt hat, im Rahmen der Prüfung der Rechts- und Sachlage pflichtwidrig verkannt bzw. übersehen hat, dass zu diesem Zeitpunkt diese Ansprüche bereits verjährt waren und bei zu erwartender Erhebung der Verjährungseinrede durch den Architekten der Prozess vor diesem Hintergrund verloren gehen würde.

a) Der Beklagte zu 2) musste bei der ihm obliegenden sorgfältigen Prüfung der Rechtslage zu der Erkenntnis kommen bzw. in Erwägung ziehen, dass der in Rede stehende Schadenersatzanspruch, den gerichtlich zu verfolgen er von der Klägerin beauftragt wurde, innerhalb einer Frist von 5 Jahren verjähre.

Dass die hier in Betracht gekommenen **Schadenersatzansprüche wegen Bausummenüberschreitung** – ebenso wie solche wegen Verletzung der Bauüberwachung oder Planungs- und Koordinierungspflichten des Architekten – **der fünfjährigen Gewährleistungspflicht des § 638 BGB a.F.** unterliegen und nicht der 30-jährigen Verjährung, wie sie

bei einer positiven Vertragsverletzung regelmäßig eingreift, hat der Senat hat im Vorprozess in seinem Urteil vom 17.3.2005 – I-5 U 75/04 (*veröffentlicht in BauR 2006, 547 ff*) dort u.a. 13 ff unter Bezugnahme auf seine Entscheidung vom 6.12.2002 – 5 U 28/02 (*veröffentlicht in BauR 2003, 1604 = IBR 2003, 613 mit zustimmender Anmerkung Büchner*) näher ausgeführt und begründet. Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen wird wegen der Einzelheiten auf diese Darlegungen verwiesen.

Wie insbesondere die vom Senat (*a.a.O.*) herangezogene Literatuffassung aus Hesse/Korbion/Mantscheff/Vygen und Locher/Koeble/Frik sowie die ebenfalls zitierte Entscheidung des OLG Stuttgart vom 30.3.1987 belegen, hätte sich dem Beklagten zu 2) zum Zeitpunkt, als er die Erfolgsaussichten einer gerichtlichen Inanspruchnahme des Architekten S. und hierbei auch die Frage einer in Betracht kommenden Verjährung der in Rede stehenden Schadenersatzansprüche einer rechtlichen Prüfung zu unterziehen hatte, die Rechtslage bei sorgfältiger Sichtung der Kommentarliteratur und der zu der Verjährungsfrage ergangenen obergerichtlichen Rechtsprechung derart dargestellt, dass **eine zweifelsfreie und eindeutige, auf höchstrichterlichen Entscheidungen basierende Wertung nicht möglich war**.

Soweit der BGH in seinem Nichtzulassungsbeschluss in dieser Sache vom 10.11.2005 darauf verwiesen hatte, dass die Frage der Dauer der Verjährung bereits durch Urteil vom 13.2.2003 – VIII ZR 395/03 (*BauR 2003, 1061*) geklärt sei, lag diese Entscheidung im Jahr 2000 zwar noch nicht vor. Der Beklagte zu 2) hätte bei sorgfältiger Prüfung aber zu der Erkenntnis gelangen müssen, dass **gewichtige Stimmen und erhebliche Argumente** vorgebracht wurden, die für eine (im Vergleich zu der nach damaligen Verjährungsrecht § 195 BGB a.F. für Ansprüche aus positiver Vertragsverletzung geltenden langen 30-jährigen Verjährungsfrist) kurze Verjährungsfrist von 5 Jahren sprachen.

Der Rechtsanwalt muss eine umfassende Einschätzung der Rechtslage vornehmen und hat hierbei den sichersten Weg zu nehmen (*vgl. BGH, Beschl. v. 17.7.2002 – IX ZR 418/98, NJW 2002, 1417; kritisch hierzu Borgmann/Jungk/Grams, Anwaltschaft 4, Aufl. 2005, S. 160 m.w.N.*). Mithin hätte der Beklagte zu 2) bei der Rechtsprüfung der Verjährungsfrage die für seine Mandantschaft (Klägerin) ungünstigere Auffassung von der Dauer der Verjährungsfrist, also eine solche von 5 Jahren, in seine Überlegungen zu den Erfolgsaussichten einer Schadenersatzklage gegen den Architekten S. einbeziehen müssen.

b) Der Beklagte zu 2) hätte sich bei sorgsamer Prüfung der Erfolgsaussichten der gerichtlichen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den Architekten und der hierbei in Erwägung zu ziehenden Verjährung eines solchen Anspruchs mit der **Frage nach dem Beginn des Laufes** der nach den vorstehenden Ausführungen mit 5 Jahren einzukalkulierenden Verjährungsfrist befassen müssen. Ob dem Beklagten zu 2) hierbei ein zu einem Pflichtenverstoß führender Fehler bei der Rechtsanwendung unterlaufen ist, kann auf der Grundlage der lückenhaften Feststellungen des

Landgerichts vom Senat nicht entschieden werden. Einer Aufklärung des insoweit widerstreitenden Sachverhalts der Parteien zu diesem Punkt bedarf es indessen nicht.

aa) Der Senat hat hierzu im Vorprozess folgende tragenden Erwägungen angestellt:

„Nach § 638 Abs. 1 Satz 2 BGB a.F beginnt die Verjährung mit der Abnahme des Werkes, hier also der Architektenleistung, oder wenn eine solche ausgeschlossen ist, mit der Vollendung des Architektenwerkes (*vgl. BGH, Urt. v. 25.2.1999 – VII ZR 190/97, NJW 1999, 2112*). Unabhängig hiervon beginnt die Verjährungsfrist auch mit dem Zeitpunkt der Kündigung des Vertrages durch eine der Vertragsparteien zu laufen, falls der Architekt – sei es berechtigt oder nicht berechtigt – seine Tätigkeit eingestellt hat (*vgl. BGH, Urt. v. 24.06.1971 – VII ZR 254/69, NJW 1971, 1840 f; OLG Stuttgart, Beschl. v. 30.3.1987, NJW-RR 1987, 913*). Mit der Kündigung ist für den Bauherrn klar, dass das Architektenwerk künftig endgültig in dem Zustand verbleiben soll, den es zu diesem Zeitpunkt erreicht hat. Der Bauherr kann und muss sich darauf einstellen, dass eine vertraglich vereinbarte oder die gesetzliche Verjährungsfrist nach Ablauf des Jahres zu laufen beginnt, in dem die Kündigung erfolgt ist (*vgl. BGH, a.a.O.*).“

Von diesem rechtlichen Ansatz bezüglich des Beginns des Laufs der Verjährungsfrist hätte auch der Beklagte zu 2) bei sorgsamer Prüfung der Rechtslage ausgehen müssen.

bb) Der Senat ist in seiner Entscheidung im Vorprozess zu dem Ergebnis gelangt, dass unabhängig von einer evtl. erfolgten Abnahme des Architektenwerks des dortigen Beklagten S. die fünfjährige Verjährungsfrist spätestens Ende 1994 zu laufen begonnen habe, da das Vertragsverhältnis zwischen den Parteien des dortigen Verfahrens im Zusammenhang mit diesem Termin im Oktober 1994 geendet habe. (...)

cc) Eine Pflichtverletzung des Beklagten zu 2) wäre zu bejahen, wenn dieser auf der Grundlage der ihm von der Klägerin gegebenen Unterlagen und Informationen in Bezug auf den Beginn der Verjährung zu demselben Ergebnis wie der Senat hätte gelangen müssen. Dem stünde es gleich, wenn der Beklagte zu 2) bei sorgfältiger Auswertung und Prüfung die Möglichkeit, dass im Rahmen der gerichtlichen Geltendmachung des Schadenersatzanspruchs das diese Frage zu beurteilende Gericht zu dem vom Senat gefundenen Ergebnis gelangen würde, in seine Überlegungen hätte einbeziehen müssen. **Denn dann hätte er das Risiko eines Verlusts des Prozesses im Fall, dass sich der Architekt S. auf die Verjährungseinrede beruft, hoch einschätzen müssen und die Klägerin insoweit über diese Risikolage vor der Entscheidung über die gerichtliche Geltendmachung aufklären müssen.**

Das Landgericht ist von Letzterem ausgegangen und hat hierbei darauf abgestellt, dass zu den dem Beklagten zu 2) übergebenen Unterlagen unstreitig auch das Dokument



„Protokoll zum Bauzustand bei Übergabe des Objekts von Herrn S. an Bauherr und Büro K.“ vom 25.10.1994 und des Weiteren ein an den Architekten gerichtetes Kündigungsschreiben (datiert auf den 9.1.1995) gehört hätten. Zwar sind die Erwägungen des Landgerichts insoweit zutreffend, als bei isolierter Betrachtung dieser beiden erwähnten Unterlagen für den Beklagten zu 2) Anlass bestanden hätte, mit Blick auf einen hieraus möglichen Rückschluss auf eine **Beendigung des Vertragsverhältnisses zwischen der Klägerin und dem Architekten S. bei der Klägerin wegen des tatsächlichen Sinngehalts und der Bedeutung dieser Dokumente nachzuhaken.**

Indessen rügt die Berufung in diesem Zusammenhang zu Recht, dass das Landgericht relevanten Sachvortrag der Beklagten nicht beachtet und unberücksichtigt gelassen hat. Die Beklagten haben bereits erstinstanzlich vorgetragen, der Beklagte zu 2) habe sich nach Durchsicht der ihm von der Klägerin am 18.9.1998 überlassenen Unterlagen an den Geschäftsführer der Klägerin E. gewandt und diesen u.a. gefragt, wie weit der Architekt S. den Architektenvertrag überhaupt erfüllt habe. Herr E. habe erklärt, Herr S. sei zu keinem Zeitpunkt aus den Verpflichtungen aus dem Architektenvertrag entlassen worden. Ihm sei lediglich der Architekt B. zur Seite gestellt worden, um die Arbeiten des Architekten S. zu unterstützen. Weder am 25.10.1994 noch später habe eine Abnahme der Leistungen von S. stattgefunden. An dem Bauvorhaben sei noch im Jahr 1996 gearbeitet worden. Die Pflichten von S. aus dem Architektenvertrag hätten bis dahin bestanden. Rechtsanwalt T. könne bestätigen, dass am 25.10.1994 keineswegs eine Abnahme der Leistungen von S. stattgefunden habe. Bei dieser Gelegenheit sei entgegen der Angabe im Aktenvermerk vom 25.10.1994 des Architekten K. auch keine Übergabe des Objekts von Herrn S. an den Bauherrn oder das Büro K. erfolgt. Die Kündigung (vom 9.1.1995) des Architektenvertrages sei niemals abgeschickt worden.

Dieses Tatsachenvorbringen der Beklagten wäre für die Feststellung einer Pflichtverletzung des Beklagten zu 2) erheblich. Denn die vom Senat im Urteil vom 17.3.2005 angestellten Beweismäßigkeitsüberlegungen basierten – was den Sinngehalt und die Bedeutung des Protokolls vom 25.10.1994 anbelangt – auf der prozessual gerechtfertigten Annahme, dass bei dem Termin am 25.10.1994 die Übergabe der Unterlagen und des Objekts/Bauvorhabens durch den Architekten S. an den Architekten B. erfolgte und der Architekt S. hiernach für die Klägerin keine vertragliche Leistungen mehr erbracht hatte.

Falls die Klägerin den Beklagten – entsprechend deren Berufungsangriff – jedoch genau konträre Informationen erteilt haben sollte, hatte der Beklagte zu 2) auf dieser Grundlage keine konkreten Anhaltspunkte für die Annahme, das Vertragsverhältnis zwischen der Klägerin und dem Architekten S. sei bereits im Jahr 1994 beendet worden. Zu berücksichtigen wäre in diesem Zusammenhang, dass der Rechtsanwalt grundsätzlich auf die Richtigkeit und die Vollständigkeit der tatsächlichen Angaben seines Auftraggebers vertrauen darf, ohne eigene Nachforschungen anstellen zu

müssen. Lediglich dann, wenn nach den Umständen für eine zutreffende rechtliche Einordnung die Kenntnis weiterer Tatsachen erforderlich und deren Bedeutung für den Mandanten nicht ohne Weiteres ersichtlich ist, muss sich der Rechtsanwalt um weitere Aufklärung bemühen (vgl. BGH, Urt. v. 22.9.2005 – IX ZR 23/04, NJW 2006, 501, 502). Bei den seitens der Klägerin – nach der Behauptung der Beklagten – dem Beklagten zu 2) erteilten Informationen handelte es sich um nicht um komplexe juristische Einordnungen, die der Rechtsanwalt nicht dem Mandanten überlassen darf und die er deshalb immer kritisch hinterfragen muss, sondern um reine Tatsachendarstellungen, auf deren Richtigkeit der Beklagte zu 2) vertrauen durfte.

Ob diese Sachverhaltsdarstellung der Beklagten über den Umfang und den Inhalt der dem Beklagten zu 2) gleich zu Beginn des Mandats seitens der Klägerin gegebenen Informationen zutreffend ist oder die dies bestreitende Behauptung der Klägerin, der Beklagte zu 2) sei in einem Gespräch mit der Klägerin im Zusammenhang mit der Übergabe der Unterlagen davon ausgegangen, dass mit Übergabe des Objekts an einen neuen Architekten am 25.10.1994 der Architektenvertrag mit Herrn S. als gekündigt angesehen werden müsse, braucht der Senat nicht aufzuklären; insbesondere braucht er nicht Beweis durch Vernehmung des von der – insoweit darlegungs- und beweisbelasteten – Klägerin benannten Zeugen, ihres jetzigen Prozessbevollmächtigten Rechtsanwalt T., zu erheben. Denn selbst wenn nach Beweisaufnahme eine Pflichtverletzung durch den Beklagten zu 2) bejaht werden könnte, wäre ein möglicher Schadenersatzanspruch der Klägerin, gerichtet auf die Erstattung der unnütz aufgewandten Prozesskosten aus den nachfolgend darzulegenden Gründen verjährt.

II. Vor diesem Hintergrund kann letztlich auch die weitere für einen Regressanspruch relevante Frage nach dem **Ursachenzusammenhang** zwischen der nach den Ausführungen zu 1) in Betracht kommenden Pflichtwidrigkeit des Beklagten und dem der Klägerin entstandenen Schaden in Form der unnützen aufgewandten Prozesskosten offenbleiben.

Grundsätzlich hat der Geschädigte den Ursachenzusammenhang zwischen der Vertragsverletzung (Pflichtwidrigkeit) und dem Schaden darzutun und nachzuweisen, da es sich um eine anspruchsbegründende Voraussetzung handelt (vgl. Fischer in: Zuehör (Hrsg.), Handbuch der Anwaltschaft, 1999, Rz. 1042, S. 515). Die **Beweisanforderungen**, denen der Geschädigte für den Nachweis der haftungsausfüllenden Kausalität ausgesetzt ist, unterliegen zwar bereits den nach § 287 ZPO bestehenden Beweiserleichterungen, da insoweit § 286 ZPO nicht gilt (vgl. BGH, Urt. v. 22.2.2001 – IX ZR 293/99, BGHR 2001, 434 = NJW-RR 2001, 1351, 1353 = WM 2001, 741, 743 m.w.N.; OLG Düsseldorf, 23. Zivilsenat, Urt. v. 20.12.2002 – 23 U 39/02, OLGR 2003, 106, 108 m.w.N.). Für das **Anwalts- und Steuerberaterhaftungsrecht** wurde von der Rechtsprechung darüber hinaus die Regel entwickelt, bei Verstößen gegen die Beratungspflicht spreche zugunsten des Mandanten die **Vermutung, dieser hätte sich bei vertragsgrechtem Handeln des Beauftragten beratungsgemäß verhalten** (vgl. BGH, Urt. v. 6.2.1992 – IX ZR 95/91,

NJW 1992, 1159, 1160; Urt. v. 30.9.1993 – IX ZR 73/93, BGHZ 123, 311, 314 = NJW 1993, 3259 f; Urt. v. 22.2.2001 – IX ZR 293/99, a.a.O.; Urt. v. 4.5.2000 – IX ZR 42/99, NJW-RR 2001, 201, 203; Urt. v. 23.11.2006, IX ZR 21/03, NJW-RR 2007, 569, 571, Tz. 21 ff; eingehend Zugehör, WM-Sonderbeilage Nr. 11/20100, S. 17 f m.w.N.; Fahrendorf in: Rinsche/Fahrendorf/Terbille, Die Haftung des Rechtsanwalts, 7. Aufl. 2005, S. 254 Rz. 719 ff).

Auf diesen Anscheinsbeweis hat das Landgericht im angefochtenen Urteil zurückgegriffen und die Auffassung vertreten, dass durch die schuldhaft Pflichtverletzung adäquat kausal die Verfahrenskosten entstanden seien und dass der Klägerin die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens zugutekomme, die die Beklagten durch ihren Vortrag nicht zu widerlegen vermocht hätten.

Hiergegen wenden sich die Beklagten mit der Berufung und tragen vor, unter Berücksichtigung des Verhaltens der Klägerin in Reaktion auf die von dem Beklagten zu 2) zu verschiedenen Zeitpunkten des Mandats erteilten Hinweise und Warnungen vor der (wg. mangelnder Substantiiertheit des eigenen Vorbringens) erfolglosen Klage und der vielfach offenbarten Beratungsresistenz der Klägerin sei der Anscheinsbeweis erschüttert.

Ob die von den Beklagten vorgebrachten Umstände bei der angezeigten Gesamtwürdigung ausreichend wären für die Annahme der ernsthaften Möglichkeit, die Klägerin hätte auch bei pflichtgemäßem Handeln, also bei sachgerechter Aufklärung und Beratung durch den Beklagten zu 2), diesen zu der gerichtlichen Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den Architekten S. angewiesen, so dass der Anscheinsbeweis beratungsgerechten Verhaltens des Mandanten erschüttert würde, ist durchaus in Erwägung zu ziehen und kann vom Senat nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Indessen braucht sich der Senat auch an dieser Stelle nicht festzulegen, da wegen der durchgreifenden Verjährungseinrede die Frage nach der Kausalität letztlich offenbleiben kann.

III. Entgegen der Auffassung des Landgerichts ist die Berufung der Beklagten auf die **Verjährung** des gegen sie gerichteten Schadenersatzanspruches im Ergebnis erfolgreich. Ein evtl. Schadenersatzanspruch wäre verjährt.

1. Einschlägige Verjährungsvorschrift ist § 51b BRAO a.F. Hiernach verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Rechtsanwalt bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, spätestens jedoch in drei Jahren nach der Beendigung des Auftrags. Das Landgericht hat zutreffend darauf verwiesen, dass die Regelung des § 51b BRAO a.F., die durch das Verjährungsanpassungsgesetz mit Wirkung vom 15.12.2004 aufgehoben wurde, gemäß Art 229 § 12 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Art 229 § 6 Abs. 1 Satz 2 EGBGB weiter anzuwenden ist, falls der primäre Schadenersatzanspruch vor dem 15.12.2004 entstanden ist (vgl. hierzu BGH, Urt. v. 13.11.2008 – IX ZR 69/07, WM 2009, 283 f zit. nach juris Tz. 8 m.w.N.).

2. Der – hypothetisch unterstellte – Schadenersatzanspruch der Klägerin ist mit Einleitung des gerichtlichen Mahnverfahrens durch Eingang des Antrags beim Mahngericht am 5.7.2000 entstanden i.S.d. § 51b Alt. 1 BRAO a.F. Wenn das Anwaltsverschulden darin liegt, den Mandanten zu einer von vornherein aussichtslosen Klage geraten zu haben, **beginnt die Verjährung eines sich auf die unnütz aufgewandten Prozesskosten beziehenden Regressanspruchs bereits mit der Einreichung der Klage, weil dadurch der Kläger Schuldner der Gerichtskosten geworden ist und damit der erste Teil des Kostenschadens entstanden ist** (vgl. BGH, Urt. v. 21.6.2001 – IX ZR 73/00, NJW 2001, 3543, 3545 unter 2.; Urt. v. 13.11.2008 – IX ZR 69/07, NJW 2009, 1350 ff, zitiert nach juris Tz. 9, Zugehör, a.a.O., S. 25 unter Verweis auf OLG Koblenz, Urt. v. 16.2.2006 – 5 U 271/05, NJW 2006, 3150, 3151 f).

Diese Grundsätze hat das Landgericht zwar richtig erkannt, ist dennoch zu der Auffassung gelangt, dass nicht mit der Beantragung des Mahnbescheids am 5.7.2000 (Eingang des Mahnbescheidsantrags beim Mahngericht), sondern erst mit der am 18.9.2000 erfolgten Zustellung des Mahnbescheids der Regressanspruch entstanden sei.

Die dem zugrunde liegende Annahme der Kammer, nicht bereits mit der Beantragung des Mahnbescheids, sondern erst mit der Zustellung des erstellten Mahnbescheids falle die entsprechende Gebühr an, ist – worauf die Beklagten richtig hingewiesen haben – fehlerhaft (vgl. Zimmermann in: Binz/Dörndorfer/Petzold/Zimmermann, GKG 2. Aufl. 2009, Rz. 4 zu KN Nr. 1100). **Vielmehr fällt die Gebühr KV Nr. 1100 mit dem Eingang des Antrags bei Gericht an**, und zwar auch dann, wenn der Mahnantrag nach Eingang beim Mahngericht (und vor Entscheidung) zurückgenommen wird. Dies folgt daraus, dass es sich insoweit um eine Verfahrensgebühr und nicht um eine Entscheidungsgebühr handelt (Zimmermann, a.a.O.).

Damit entstand der Schadenersatzanspruch in Hinblick auf die unnütz entstandenen Verfahrenskosten bei Eingang des Mahnantrags beim Mahngericht am 5.7.2000. In Anwendung des § 51b BRAO lief die Verjährungsfrist hinsichtlich des Primäranspruchs damit am 5.7.2003, also vor Zustellung der Klage am 11.12.2006 ab.

3. Den Beklagten ist es auch nicht verwehrt, sich auf den Eintritt der Primärverjährung zu berufen.

Für den Anwalt kann sich bei der Wahrnehmung des Mandats ein begründeter Anlass ergeben **zu prüfen, ob er dem Mandanten durch einen Fehler einen Schaden zugefügt hat**. Unterlässt er die erforderliche Überprüfung seines eigenen Verhaltens oder erkennt er dabei nicht seinen Fehler und gibt er infolgedessen nicht den erforderlichen Hinweis auf § 51b BRAO, kann dies den sog. Sekundäranspruch auslösen (vgl. BGH, Urt. v. 23.5.1985 – IX ZR 102/84 = NJW 1985, 2250 ff, zitiert nach juris Tz. 33).

Der Sekundäranspruch setzt also eine neue, schuldhaft Pflichtverletzung voraus. Die den Regressfall auslösende

Pflichtwidrigkeit kann nicht gleichzeitig die Nichterfüllung einer Pflicht zur Aufdeckung des **Primäranspruchs** darstellen. Der **Sekundäranspruch** entsteht vielmehr nur, wenn eine weitere **Pflichtwidrigkeit** zu einer **Zeit** begangen wird, zu der der Regressanspruch noch durchgesetzt werden kann, also insbesondere noch nicht verjährt ist (vgl. BGH, Urt. v. 23.5.1985, a.a.O.; Urt. v. 23.11.2008 – IX ZR 69/07, Tz. 11). Hatte der Anwalt während des Laufs der Verjährung des Regressanspruchs keinen Anlass, eine durch seine Pflichtwidrigkeit verursachte Schädigung des Mandanten zu erkennen und diesem die Durchsetzbarkeit des Regressanspruchs zu ermöglichen, so beruht die eingetretene Verjährung nicht auf dem Verhalten des Anwalts und kann ihm nicht als Verletzung seines Auftrags zugerechnet werden (vgl. BGH, Urt. v. 23.5.1985 – IX ZR 102/84, NJW 1985, 2250 ff, zitiert nach juris Tz. 35).

Eine solche **Veranlassung**, die eigene Mandatsbehandlung mit Blick auf einen möglichen Pflichtverstoß zu überprüfen, hatte der Beklagte zu 2) noch während des laufenden Mandats aufgrund des auch vom Landgericht in Bezug genommenen Schreibens an die Klägerin vom 17.9.2002 und des weiteren Umstands, **dass sich der Architekt in seiner Klageerwidderung auf die Verjährung der gegen ihn gerichteten Ansprüche berufen hat**. Damit würde eine den Sekundäranspruch begründende weitere Pflichtverletzung bestehen.

Dieser Sekundäranspruch ist jedoch entgegen der Ansicht des Landgerichts ebenfalls **verjährt**. Rechtfehlerfrei ist in diesem Zusammenhang der **Ansatz** des Landgerichts, dass der Sekundäranspruch dem alten Recht und damit der dreijährigen Frist des § 51b BRAO a.F. unterliegt, da es sich insoweit um einen unselbstständigen Folgeanspruch handelt (vgl. BGH Urt. v. 23.11.2008 – IX ZR 69/07, Tz. 11). Die hiernach dreijährige Verjährungsfrist des möglichen Sekundäranspruchs begann mit **Eintritt der Primärverjährung am 5.7.2003** zu laufen, da an diesem Tag der Schaden eingetreten ist, der durch den unterlassenen Hinweis des Beklagten zu 2) auf seine Schadenersatzpflicht entstanden ist (vgl. BGH, Urt. v. 1.2.2007 – IX ZR 1809/04, NJW-RR 2007, 1358, 1359 Tz. 17). Damit lief die sekundäre Verjährungsfrist (bei ungehemmtem Lauf) am 5.7.2006, also vor der **Zustellung** der Klage an die Beklagten am 11.12.2006, ab.

Der Senat folgt indessen nicht der Auffassung des Landgerichts, dass der Lauf der Verjährungsfrist durch **Verhandlungen i.S.d. § 203 BGB gehemmt wurde**. § 203 BGB war mit Inkrafttreten des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes am 1.1.2002 auf § 51b BRAO anwendbar (vgl. BGH, Urt. v. 1.2.2007 – IX ZR 180/04, NJW-RR 2007, 1358, 1359 f Tz. 19 ff in Bezug auf die für die Steuerberaterhaftung geltende Vorschrift des § 68 StBerG, wobei die dortigen Überlegungen auf den § 51b BRAO übertragen werden können).

Da zwischen dem Ablauf der (sekundären) Verjährungsfrist am 5.7.2006 und der Zustellung der Klageschrift am 11.12.2006, durch die gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB eine erneute Hemmung eingetreten ist (eine Rückwirkung der Zustellung gemäß § 167 ZPO auf den Zeitpunkt der Anhängigkeit der Klage am 24.4.2006 kann aus den vom Land-

gericht im angefochtenen Urteil zutreffend dargelegten Gründen nicht angenommen werden), ein Zeitraum von 5 Monaten und 6 Tagen lag, müsste die Hemmung nach § 203 BGB mindestens diese Zeitspanne angedauert haben (vgl. § 209 BGB). Nach Überzeugung des Senats wurde der Lauf der Verjährung nicht für einen solchen Zeitraum gehemmt.

a) Nach § 203 Satz 1 BGB n.F. ist die **Verjährung gehemmt**, solange zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger **Verhandlungen über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände** schweben.

Zum **Begriff der „Verhandlungen“** ist in der höchstrichterlichen Rechtsprechung anerkannt, dass dieser weit auszulegen ist und für ein Verhandeln jeder Meinungsaustausch über den Schadenfall zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten genügt, sofern nicht sofort und eindeutig jeder Ersatz abgelehnt wird. Verhandlungen schweben schon dann, wenn der in Anspruch genommene Erklärungen abgibt, die dem Geschädigten die Annahme gestatten, der Verpflichtete lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein. Nicht notwendig ist hingegen, dass dabei eine Vergleichsbereitschaft oder eine Bereitschaft zum Entgegenkommen signalisiert wird (vgl. BGH, Urt. v. 26.10.2006 – VII ZR 194/05, NZBau 2007, 184; Grothe in: MünchKomm-BGB, 5. Aufl. 2006, Rz. 5 zu § 203; Spindler in: Beck'scher Online-Kommentar, Stand 1.8.2008, Rz. 4 zu § 203).

Abzustellen ist immer auf die speziellen Umstände des Einzelfalles. So wird z.B. angenommen, dass allein die **Erklärung des Schuldners, er sei grundsätzlich zu einer einverständlichen Regelung bereit, nicht ausreiche, um eine Hemmung auszulösen** (vgl. BGH, Urt. v. 6.2.1986 – III ZR 109/84, NJW 1986, 2309, 2312; Spindler, a.a.O.; a.A. Grothe, a.a.O.), andererseits ist die Anfrage des Schuldners, ob Ansprüche geltend gemacht werden, als ausreichender Ansatzpunkt für Verhandlungen angesehen worden (vgl. BGH, Urt. v. 26.9.2006 – VI ZR 124/05, NJW 2007, 64 Tz 5).

b) Der Auffassung des Landgerichts, das mit Blick auf den Inhalt näher behandelter Korrespondenz zwischen den Parteien von Verhandlungen in diesem Sinne ausgegangen ist, vermag der Senat nicht zu folgen. Richtig ist, dass die Beklagten in dem vom Landgericht zitierten Schreiben vom 14.4.2005 darauf hingewiesen haben, dass sie bereit seien, **die Angelegenheit ihrer Berufshaftpflichtversicherungsgesellschaft vorzulegen**. Auch hat die Klägerin mit Telefax vom 15.04.2005 die Beklagte aufgefordert, den Vorgang der Versicherung zu übergeben. Dies hat die Beklagte, wie dem Schreiben vom 15.12.2005 entnommen werden kann, (erst) Anfang Dezember 2005 getan. In dieser Korrespondenz können jedoch nach Überzeugung des Senats keine Verhandlungen i.S.d. § 203 BGB n.F. gesehen werden.

Der BGH hat in dem Urteil vom 1.2.2007 – IX 180/04 (NJW-RR 2007, 1358, 1360 Tz 32) ausgeführt, dass Verhandlungen i.S.d. § 203 BGB schon dann schweben, wenn der in Anspruch Genommene Erklärungen abgibt, die dem Geschä-

digten die Annahme gestatten, der Verpflichtete **lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung von Schadenersatzansprüchen ein**. Hierfür könne zunächst genügen, dass der Anspruchsgegner mitteile, er habe die Angelegenheit seiner Haftpflichtversicherung übersandt (so ähnlich bereits BGH, Urt. v. 7.10.1982 – VII ZR 334/80, NJW 1983, 162, 163 zur Regelung des § 639 Abs. 2 BGB a.F.).

Nach Auffassung des Senats kann dem in Rede stehenden Schreiben der Beklagten bei Würdigung dessen konkreten Inhalts kein solcher Erklärungsgehalt beigemessen werden, wie es der BGH in der genannten Entscheidung vom 1.2.2007 getan hat, bei der es – soweit ersichtlich – um die Bewertung einer schlichten Mitteilung des Verpflichteten an den Anspruchsteller, **man habe die Angelegenheit der eigenen Haftpflichtversicherung übersandt**, und dessen mögliche Einordnung als Erklärung der eigenen Verhandlungsbereitschaft ging.

Die Erklärung des Anwalts, er sei bereit, die Sache seiner Haftpflichtversicherung vorzulegen, kann von dem Geschädigten indessen dann nicht als ein Bekunden einer Verhandlungsbereitschaft i.S.d. § 203 BGB aufgefasst werden, wenn der Rechtsanwalt – so wie hier – ausdrücklich darauf verweist, dass er zur Haftungssituation keine Erklärungen abgebe. Wörtlich heißt es in dem besagten Schreiben:

„Wir sind selbstverständlich für etwaige Pflichtverletzungen im Rahmen unserer beruflichen Tätigkeit haftpflichtversichert. Aus versicherungsrechtlichen Gründen können wir – um einen Versicherungsschutz nicht zu gefährden – zur Haftungssituation dem Grunde und der Höhe nach keinerlei Erklärungen abgeben. Wir sind selbstverständlich bereit, den Vorgang unserer Versicherungsgesellschaft vorzulegen, wenn Sie beabsichtigen, gegen uns mögliche Schadenersatzansprüche geltend zu machen. Die weitere Prüfung der Sach- und Rechtslage würde dann durch unsere Versicherung erfolgen.“

Vor dem Hintergrund dieser Erklärungen der Beklagten musste und konnte die Klägerin davon ausgehen, dass die Beklagten mit Rücksicht auf bestimmte Obliegenheitspflichten gegenüber der Haftpflichtversicherung **keinerlei eigene Erklärungen über eine evtl. eigene Haftung mit irgendwie gearteten rechtlichen Wirkungen abgegeben wollten** (und durften). **Verhandlungen** i.S.d. § 203 BGB setzen einen Meinungsaustausch über die Forderung des Geschädigten oder zumindest über den Sachverhalt, aus dem der Gläubiger meint Ansprüche gegen den Schuldner herleiten zu können, voraus. Von einem Meinungsaustausch wiederum kann nur dann gesprochen werden, wenn auf beiden Seiten eine Gesprächsbereitschaft bekundet wird (vgl. Peters/Jacoby in: Staudinger, BGB, Stand 2009, Rz. 7 zu § 203).

Mit der zitierten Formulierung im Schreiben vom 14.4.2005 haben die Beklagten zum Ausdruck gebracht, dass sie aus den angeführten versicherungsrechtlichen Gründen zu Gesprächen über diese Angelegenheit nicht berechtigt und damit auch nicht bereit seien. Ansprechpartner für etwaige Verhandlungen und damit Adressat für die Geltendmachung

von Schadenersatzansprüchen konnte nach dem Sinngehalt dieses Schreibens der Beklagten allenfalls deren Berufshaftpflichtversicherung sein.

Auch aus der Sicht des Erklärungsempfängers, hier der Klägerin, ist von den Beklagten hiermit unzweideutig erklärt worden, dass allein die Haftpflichtversicherung Verhandlungen über eine Haftung der Beklagten aus Verstoß gegen Berufspflichten führen kann. Dementsprechend stellt die erklärte Bereitschaft zur Weitergabe der Angelegenheit an die Versicherung keine Verhandlung i.S.d. § 203 BGB dar.

c) Eine Hemmung des Laufs der Verjährungsfrist ist auch nicht durch ein Verhandeln i.S.d. § 203 Satz 1 BGB zwischen der Klägerin und der (Berufs-)Haftpflichtversicherung des Beklagten, der A. AG, eingetreten. Die von der Klägerin vorgelegte Korrespondenz und auch der diesbezügliche weitergehende Vortrag des Klägers hierzu geben keine hinreichenden Anhaltspunkte für ein Verhandeln. Selbst wenn man hiervon abweichend Verhandlungen bejahen wollte, währten diese nur wenige Tage, so dass die Verjährungsfrist keinesfalls in relevantem Umfang gehemmt wurde.

Die A. AG war zwar als von den Beklagten angegebene Berufshaftpflichtversichererinnen bevollmächtigt, Erklärungen abzugeben oder Handlungen vorzunehmen, die zulasten der Beklagten zu einer Verjährungshemmenden oder sonst wie den Lauf der Verjährungsfrist berührenden Wirkung führen konnten. Dies ergibt sich aus der **Regulierungsvollmacht**, die die A. AG als **Berufshaftpflichtversicherer** auf der Grundlage des § 5 Nr. 7 AHB (Allgemeine Haftpflichtbedingungen) grundsätzlich besaß. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. Urt. v. 11.10.2006 – IV ZR 329/05, NJW 2007, 69 f = MDR 2007, 464 f = zitiert nach juris Tz. 20 ff; Urt. v. 4.12.1990 – VI ZR 300/89, NJW-RR 1991, 472, 473) ist diese Bestimmung als eine **unbeschränkte Verhandlungsvollmacht** zu verstehen. Will der Versicherer von dieser Vollmacht nur eingeschränkt Gebrauch machen, so muss dies dem Verhandlungspartner deutlich erkennbar gemacht werden.

Es entspricht weiter gefestigter höchstrichterlicher Rechtsprechung, dass der Haftpflichtversicherer, der erkennbar auf der Grundlage der Vollmacht des § 5 Nr. 7 AHB **Verhandlungen mit dem Geschädigten führt, regelmäßig nicht in eigenem Namen, sondern als Vertreter des Versicherungsnehmers und Schädigers auftritt**. Aus der maßgeblichen Sicht des Geschädigten liegt im Allgemeinen die Annahme fern, der uneingeschränkt bevollmächtigte Haftpflichtversicherer wolle, wenn er mit dem Geschädigten in Verbindung tritt, etwa nur eigene Pflichten gegenüber seinem Versicherungsnehmer, dem Schädiger erfüllen und nicht zugleich dessen Pflichten gegenüber dem Geschädigten. In Anwendung dieser Grundsätze bestünden **keine Zweifel** daran, dass, falls seitens der A. AG verjährungsberührende Erklärungen aufgrund von Verhandlungen mit der Klägerin abgegeben worden sein sollten, diese auch zulasten des Beklagten wirken würden.



Dem Senat erscheint jedoch zweifelhaft, ob überhaupt Verhandlungen im Sinne der obigen Definition des § 203 BGB zwischen der A. AG und der Klägerin bzw. der von ihr seinerzeit bevollmächtigten Rechtsanwältin B. mit Wirkung auch gegenüber den Beklagten stattgefunden haben.

Die Beklagten haben der Klägerin mit Schreiben vom 21.12.2005 die Stellungnahme der Haftpflichtversicherung vom 16.12.2005 zugeleitet. Der Inhalt dieses Schreibens war eindeutig. Die Beklagten wurden hierin aufgefordert, die Ansprüche unter Hinweis auf Darlegungs- und Beweispflichten der Anspruchstellerin **zurückzuweisen**; eine Klage sei unumgänglich. Auch nachdem die seinerzeitige Bevollmächtigte der Klägerin ihrerseits mit Schreiben vom 27.12.2005 auf diese Stellungnahme der Berufshaftpflichtversicherung erwidert hatte, hat die Versicherung mit Schreiben vom 2.1.2006 erneut erklärt, eine Regulierung komme nicht in Betracht.

Erst nachdem die Bevollmächtigte der Klägerin in ihrem Schreiben vom 11.1.2006 an die Haftpflichtversicherung ihr Vorbringen substantiell ergänzt hatte, hat die Versicherung zunächst mit Schreiben vom 19.1.2006 **um Fristverlängerung gebeten, dann jedoch wiederum mit Schreiben vom 24.1.2006 erneut die Forderungen zurückgewiesen**, da die Verjährungseinrede greife.

Allenfalls für den Zeitraum zwischen der mit Schreiben vom 19.1.2006 geäußerten Bitte um eine Fristverlängerung und der fünf Tage später mit Schreiben vom 24.1.2006 erklärten Zurückweisung von Ansprüchen könnte das Bestehen von Verhandlungen i.S.d. § 203 BGB in Erwägung gezogen werden.

Nach alledem können jedoch keinesfalls Verhandlungen mit der Haftpflichtversicherung i.S.d. § 203 BGB über den erforderlichen Zeitraum von über 5 Monaten festgestellt werden. In rechtlicher Konsequenz folgt hieraus, dass die von den Beklagten erhobene Verjährungseinrede im Ergebnis durchgreift. (...)

Der Senat lässt die Revision nach § 543 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 ZPO die Revision zu. Der Senat vertritt oben unter III. 3. b) in inhaltlicher Abgrenzung zu der Entscheidung des BGH vom 1.2.2007 – IX 180/04 (NJW-RR 2007, 1358, 1360 Tz. 32) die Auffassung, dass die Erklärung des in Anspruch genommenen Rechtsanwalts, er sei bereit, die **Angelegenheit seiner Haftpflichtversicherung vorzulegen**, angesichts der hier gegebenen Besonderheiten des Einzelfalls und speziell mit Blick auf die gemachte Einschränkung, zu Erklärungen hinsichtlich einer Schadenersatzpflicht dem Grund und der Höhe nach aus versicherungsrechtlichen Gründen nicht befugt zu sein, nicht zu Verhandlungen i.S.d. § 293 BGB geführt hat.

Eine Entscheidung des Revisionsgerichts zu dieser Frage erscheint dem Senat zur Fortbildung des Rechts erforderlich. Gleichzeitig diene eine Entscheidung des Revisionsgerichts hierzu der Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung. (...) ■

## Anwaltshaftung

- Beratung
- Vertragsrisiken
- General-/Vorsorgevollmacht
- Grundstückschenkung
- Auftrag an Vollmachtnehmer  
(OLG Stuttgart, Urt. v. 4.5.2010 – 12 U 178/09)

### Leitsätze:

1. Zur dinglichen Wirksamkeit und schuldrechtlichen Beständigkeit einer im Wege des In-sich-Geschäfts in Ausübung einer General-/Vorsorgevollmacht vollzogenen schenkweisen Übereignung eines im Eigentum des Vollmachtgebers stehenden Grundstücks an die Vollmachtnehmer.

2. Zur Haftung des Rechtsanwalts für Fehler bei der Beratung der Vollmachtnehmer über die mit der Durchführung eines solchen Geschäfts verbundenen rechtlichen Risiken. ■

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt die beklagte Rechtsanwältin wegen Schlechterfüllung der ihr übertragenen Mandate auf Schadenersatz in Anspruch. Die Klägerin ließ sich Anfang August 2005 von der Beklagten in einer Familienangelegenheit beraten. Anlass dafür war, dass nach Erkenntnissen der Klägerin ihre damals fast 85 Jahre alte Mutter, Frau H., unter dem Einfluss interessierter Dritter nicht nur ihre ganzen flüssigen Mittel aufgebraucht hatte, sondern auch im Begriff stand, ihr Wohnhaus zu verkaufen. Dies wollte die Klägerin verhindern, um einer existenzgefährdenden Verschleuderung des Vermögens von Frau H. zu deren eigenem Schutz vorzubeugen.

Frau H. befand sich seinerzeit nach einem Schlaganfall in Rehabilitation; nach ärztlicher Aussage bestand der Verdacht einer psychischen Erkrankung, diagnostiziert war zudem eine beginnende Demenz. Das Verhältnis von Frau H. zu ihrer Tochter ist seit langem tief gestört. Immer wieder kam es zu verbalen und tätlichen Ausfällen der Mutter gegenüber ihrer Tochter. Dennoch hatte Frau H. ihrer Tochter und deren Sohn am 13.11.2003 eine notarielle General- und Vorsorgevollmacht erteilt, welche die Klägerin und den Enkelsohn je einzeln und unter Befreiung von § 181 BGB bevollmächtigte, Frau H. in allen Vermögensangelegenheiten zu vertreten, ihr Vermögen zu verwalten und Verfügungen über ihre Vermögensgegenstände zu treffen.

Die Beklagte beriet die Klägerin zunächst dahingehend, beim zuständigen Notariat/Vormundschaftsgericht die Bestellung eines Betreuers für Frau H. anzuregen, was mit Anwaltschreiben vom 9.8.2005 geschah. Der zuständige Notar G. rief daraufhin die Klägerin an und teilte ihr mit, dass eine Betreuungsanordnung nicht erforderlich sei, weil das Hausgrundstück mittels der erteilten Generalvollmacht schenkweise und unter Bestellung eines Nießbrauchsrechts zu-

gunsten der Mutter auf die Klägerin und deren Sohn übertragen werden könne. Im gleichen Sinne äußerte sich der Notar auch in seinem Schreiben an die Beklagte vom 10.8.2005, wobei er darauf hinwies, dass für das von ihm vorgeschlagene Vorgehen im Innenverhältnis ein Auftrag erforderlich sei. Am 11.8.2005 kam es zu einem Telefonat zwischen der Beklagten und Notar G., dessen Inhalt ebenso streitig ist wie der Inhalt eines Telefonats der Streitparteien am Morgen des 12.8.2005. Jedenfalls wurde in beiden Telefongesprächen erörtert, wie angesichts des von Notar G. unterbreiteten Vorschlags weiter vorzugehen sei. Noch am 12.8.2005 kam es vor Notar G. durch In-sich-Geschäft unter Verwendung der General- und Vorsorgevollmacht vom 13.11.2003 zum Abschluss eines Schenkungsvertrages, nach dem die Klägerin zu einem Bruchteil von 3/4 und ihr Sohn zu einem Bruchteil von 1/4 das Eigentum an dem Hausgrundstück von Frau H. erwerben sollten unter Bestellung eines lebenslänglichen, unentgeltlichen Nießbrauchs zu deren Gunsten. In diesem Vertrag wurde sogleich die Auflassung erklärt und durch Eigentumsumschreibung im Grundbuch von Notar G. am 15.8.2005 vollzogen.

Die Übertragung des Grundstücks erfolgte nicht aus eigen-nützigen Motiven, sondern allein in Sorge um die Mutter und um diese vor dem Verlust des Hauses zu bewahren. Nachdem Frau H. später von dem Vorgang erfahren hatte, erhob sie im November 2005 Klage zum Landgericht Stuttgart (26 O 600/05) gegen ihre Tochter und ihren Enkelsohn auf Rückübertragung des Grundeigentums mit der Begründung, sie habe sich das ganze Jahr 2005 über bei bester Gesundheit befunden und sei insbesondere voll geschäftsfähig gewesen, weshalb die Nutzung der Generalvollmacht nicht erforderlich gewesen sei, zudem habe es ohnehin keinen Anlass für die schenkweise Übertragung gegeben. Die Klägerin und ihr Sohn traten – vertreten durch die Beklagte und auf deren Rat hin – der Klage mit der Begründung entgegen, Frau H. sei nach ihrem Schlaganfall seit wenigstens Juli 2005 geschäftsunfähig und müsse vor sich selbst geschützt werden. Ein in diesem Rechtsstreit eingeholtes Sachverständigengutachten vom 28.6.2006 bescheinigte Frau H. Geschäftsfähigkeit im Oktober 2005, als sie den Auftrag zur Erhebung der Klage auf Rückübertragung des Grundstücks erteilt hatte, sowie im Zeitpunkt der Gutachten-erstellung. Das veranlasste die Klägerin und ihren Sohn, den Klaganspruch – gegen den ausdrücklichen Rat der im vorliegenden Rechtsstreit Beklagten – Ende September 2006 anzuerkennen, woraufhin sie durch Anerkenntnisurteil des Landgerichts Stuttgart vom 27.9.2006 zur Rückgängigmachung der Grundstücksübertragung und zur Tragung der Prozesskosten verurteilt wurden.

Die Klägerin hat vorgetragen, die Beklagte habe in dem mit ihr am Morgen des 12.8.2005 geführten Telefonat in Kenntnis des für diesen Tag vorgesehenen Abschlusses des Schenkungsvertrages – von Notar G. offenbar im Telefonat vom 11.8.2005 von dessen Vorschlag überzeugt – keine Bedenken gegen Zweckmäßigkeit und rechtliche Unbedenklichkeit des vom Notar vorgeschlagenen Wegs geäußert, sondern diesen als gangbar und Erfolg versprechend bezeichnet. Auch im späteren Rechtsstreit vor dem Landgericht Stuttgart sei keine

zutreffende Risikobelehrung erfolgt. Hätte die Beklagte sie pflichtgemäß über die Risiken des von Notar G. vorgeschlagenen Weges vor Abschluss des Schenkungsvertrages oder im nachfolgenden Rechtsstreit unterrichtet, hätte sie den Schenkungsvertrag nicht abgeschlossen und erst recht dem Rückgabeverlangen ihrer Mutter ohne Rechtsstreit entsprochen, da sie zwar eine Verschleuderung deren Vermögens habe verhindern wollen, dies aber nicht unter Aufwand eigener Kosten. Die Beklagte habe ihr daher die entstandenen anteiligen Notariatskosten sowie Kosten für den nachfolgenden Rechtsstreit, ferner die Kosten für die vorgerichtliche anwaltliche Tätigkeit in vorliegender Sache zu ersetzen.

(Anträge ...)

Die Beklagte hat vorgetragen, sie habe auf das Schreiben des Notars vom 10.8.2005 hin diesem am folgenden Tag telefonisch erläutert, es sei wesentlich sinnvoller, den von ihr zunächst angeregten Weg über eine Betreuerbestellung zu gehen, weil angesichts der auch dem Notar bekannten angespannten familiären Situation Ärger vorprogrammiert sei, wenn das Haus mittels der Generalvollmacht übertragen werde. Notar G. habe aber an seiner Auffassung festgehalten und die von ihm vorgeschlagene Lösung als unproblematisch bezeichnet. Über mögliche rechtliche Probleme infolge des Gebrauchs der Generalvollmacht habe man nicht gesprochen. Weder der Notar noch die Klägerin im Telefonat am Folgetag hätten erwähnt, dass bereits der Entwurf eines Schenkungsvertrages vorliege und für den 12.8.2005 ein Beurkundungstermin vorgesehen gewesen sei.

Bei diesem Telefonat mit der Klägerin habe sie dieser erläutert, dass eine Betreuerbestellung sehr viel sinnvoller sei als der vom Notar unterbreitete Vorschlag. Die Klägerin sei daraufhin unschlüssig gewesen, wie weiter vorzugehen sei. Sie habe der Klägerin zu dem vom Notar vorgeschlagenen Vorgehen zu keiner Zeit geraten, zudem sei sie nie damit beauftragt gewesen, diese im Hinblick auf die Möglichkeiten einer schenkweisen Übertragung des Hauses zu beraten, was sich schon ihrer Kostennote vom 8.8.2005 entnehmen lasse. Abgesehen davon wäre die Klägerin nach Auffassung der Beklagten ohnehin der Empfehlung von Notar G. gefolgt; nachdem der Klägerin bekannt gewesen sei, dass dieser eine Betreuerbestellung nicht vornehmen werde, sei die von ihm angeratene Schenkung aus Sicht der Klägerin nämlich der einzige Weg gewesen sicherzustellen, dass das Hausgrundstück nicht an fremde Dritte übertragen würde. Im Übrigen komme es für die Rechtmäßigkeit der Schenkung nicht darauf an, ob Frau H. zum Zeitpunkt der Erhebung der Klage auf Rückübertragung des Grundstücks sowie in der Folgezeit geschäftsunfähig gewesen sei, sondern ob die Vollmachtnehmer die Generalvollmacht missbraucht hätten, was jedoch nicht der Fall gewesen sei. Zudem sei Frau H. zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses am 12.8.2005 tatsächlich geschäftsunfähig gewesen.

Die Klage hatte vor dem Landgericht in vollem Umfang Erfolg. Es hat zur Begründung ausgeführt, die Beklagte habe ihrer vertraglich übernommenen Verpflichtung nicht hinreichend genügt, den von Notar G. vorgeschlagenen Weg

einer Schenkung unter Verwendung der Generalvollmacht auf rechtliche Risiken zu überprüfen und die Klägerin darüber zu beraten. Insbesondere sei sie zum Hinweis darauf verpflichtet gewesen, dass die Klägerin von der Generalvollmacht nur habe Gebrauch machen dürfen, falls ihr von Frau H. ein entsprechender Auftrag erteilt war, es sei denn, Frau H. war zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geschäftsunfähig. Auf das darin liegende erhebliche rechtliche Risiko habe die Beklagte hinweisen müssen. Für die Annahme einer Geschäftsunfähigkeit von Frau H. habe es zum damaligen Zeitpunkt zwar durchaus Anhaltspunkte gegeben, Klarheit hierüber habe aber keineswegs bestanden. Da es sich bei der Grundstücksübertragung um ein Rechtsgeschäft im Innenverhältnis gehandelt habe, sei das Vorliegen eines entsprechenden Auftrags der Vollmachtgeberin, sollte diese zum Zeitpunkt der Übertragung geschäftsfähig gewesen sein, essenziell für das Vorliegen einer validen Vollmacht gewesen.

Zudem habe die Beklagte pflichtwidrig die Klägerin nicht darauf hingewiesen, dass Frau H., sollte sie zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses geschäftsunfähig gewesen sein, jederzeit die Rückübertragung des Hausgrundstücks für den Fall habe verlangen können, dass sie – jedenfalls inzwischen wieder – geschäftsfähig war. Das ergebe sich aus dem Charakter der der Klägerin erteilten Generalvollmacht, die allein im Interesse der Vollmachtgeberin erteilt gewesen sei. Das Vorbringen der Beklagten, wonach die Klägerin in der damaligen Situation trotz anwaltlicher Risikobelehrung dem Vorschlag des Notars gefolgt wäre, überzeuge nicht. Denn es habe mit der zunächst angeregten Betreuerbestellung ein risikoloser Weg zur Verfügung gestanden, auf dem das Ziel der Klägerin erreichbar gewesen sei. Dass Notar G. sich einer Betreuerbestellung widersetzt hätte, sei nicht anzunehmen. Zur korrekten Beratung der Klägerin habe es auch nicht der Kenntnis des unmittelbar bevorstehenden Beurkundungstermins bedurft. Dass die schenkweise Grundstücksübertragung erst auf Vorschlag des Notars G. erfolgte, entlaste die Beklagte nicht und unterbreche auch nicht den Zurechnungszusammenhang.

Gegen das ihr am 2.11.2009 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 12.11.2009 Berufung eingelegt und diese am 21.1.2010 begründet, nachdem die Frist zur Begründung auf den am 3.12.2009 eingegangenen Antrag der Beklagten mit richterlicher Verfügung vom 4.12.2009 bis zum 4.2.2010 verlängert worden war.

Die Beklagte vertieft ihr erstinstanzliches Vorbringen und trägt vor, das ihr erteilte Mandat habe sich ausschließlich auf die Veranlassung einer Betreuerbestellung bezogen und sei überdies am 12.8.2005 bereits abgeschlossen gewesen. Sie hafte nicht, weil sie der Klägerin von der schenkweisen Grundstücksübertragung wegen von ihr, der Beklagten, befürchteter erheblicher Auseinandersetzungen mit Frau H. abgeraten habe. Nicht entscheidend sei, dass sie sich nicht damit befasst habe, ob auch aus rechtlichen Gründen von der Schenkung abzuraten gewesen sei. Außerdem habe sie ebenso wie die Klägerin nach den Umständen zum Zeitpunkt der anwaltlichen Beratung von der Geschäftsunfähigkeit von

Frau H. ausgehen dürfen. Schon deshalb sei die Klägerin berechtigt gewesen, die Generalvollmacht zu gebrauchen, ohne dass es hierfür einer Auftragserteilung bedurft habe.

Da die Schenkung nicht aus eigennützigen Motiven erfolgt und Frau H. aus ihr kein Nachteil erwachsen sei, habe ein Vollmachtsmissbrauch nicht vorgelegen, weshalb rechtliche Bedenken gegen die Grundstücksübertragung nicht bestanden hätten. Die Auffassung des Landgerichts, die Beklagte habe erwägen müssen, dass Frau H. eine zum Zeitpunkt des Abschlusses des Schenkungsvertrages nicht vorhandene Geschäftsunfähigkeit später wiedererlangen könne, und sie habe auch im Hinblick darauf von der Schenkung abraten müssen, treffe nicht zu. Außerdem sei nicht feststellbar, dass die Klägerin von der schenkweisen Grundstücksübertragung Abstand genommen hätte, wäre sie auf rechtliche Risiken hingewiesen worden.

(Anträge ...)

Die Klägerin verteidigt das angefochtene Urteil. Die Beklagte habe sie – auch noch am 12.8.2005 – umfassend über den unterbreiteten Lebenssachverhalt beraten, zumal über bestehende rechtliche Risiken aufklären müssen, dazu habe auch der vom Notar vorgeschlagene Weg gehört. Die vorgenommene Grundstücksübertragung habe keinen Bestand gehabt, da das Grundstück aufgrund des ausschließlich fremdnützigen Gebrauchs der Vollmacht im Verfügungsbereich der Vollmachtgeberin verblieben sei. Darüber habe die Beklagte sie nicht belehrt, außerdem ihr aus keinem Gesichtspunkt vom Abschluss des Schenkungsvertrages abgeraten. Es sei offen, ob der Notar die Betreuerbestellung auf keinen Fall vorgenommen hätte. In Kenntnis der rechtlichen Risiken hätte sich die Klägerin nach ihrer Behauptung gegen die Übertragung entschieden und den Dingen ihren Lauf gelassen. (...) ■

#### Aus den Gründen:

I. Die zulässige Berufung hat in der Sache keinen Erfolg. Der Klägerin stehen die geltend gemachten Ansprüche aus §§ 280 Abs. 1, 611, 675 BGB zu.

1. Die Beklagte war vertraglich verpflichtet, die Klägerin über die rechtlichen Risiken zu belehren und aufzuklären, die mit der schenkweisen Übertragung des Grundstücks auf sie und ihren Sohn verbunden waren. Dieser Verpflichtung hat die Beklagte nicht genügt.

a) Solche Risiken lagen darin, dass es der erfolgten schenkweisen Übertragung des Grundstücks gegenüber der Mutter der Klägerin an rechtlicher Beständigkeit fehlte, weil Schenkung und Übereignung möglicherweise von vornherein unwirksam waren, jedenfalls aber, weil die Übertragung schuldrechtliche Rückübertragungsansprüche von Frau H. auslöste und von Anfang an die Gefahr bestand, dass diese später geltend gemacht würden.

aa) Schenkung und dingliche Übereignung des Grundstücks waren unwirksam, sollte in der Grundstücksübertragung ein Handeln der Klägerin und ihres Sohnes wider das Innen-

verhältnis gelegen und dieses Handeln einen Missbrauch der Vertretungsmacht (vgl. *Staudinger/Schilken, BGB 2009, § 167 Rdnr. 91 ff*) dargestellt haben. Das kam zumindest ernsthaft in Betracht.

(1) Ein Verstoß der Bevollmächtigten gegen ihre **Pflichtbindung aus dem Auftragsverhältnis**, das Frau H. gegenüber bestand, lag jedenfalls vor, sollte im Zeitpunkt der Übertragung der Vorsorgefall nicht eingetreten gewesen sein, sollten Betreuungsbedürftigkeit bzw. Geschäftsunfähigkeit der Vollmachtgeberin also nicht vorgelegen haben.

(a) Die **General-/Vorsorgevollmacht** vom 13.11.2003 war zwar **im Außenverhältnis unbeschränkt**. Ihr lag jedoch im **Innenverhältnis** zwischen den Vollmachtnehmern und der Vollmachtgeberin **ein Auftrag** zugrunde. Ausfertigungen der Vollmacht wurden den Bevollmächtigten ausweislich der Vollmachtsurkunde sogleich nach der Beurkundung am 13.11.2003 ausgehändigt. Das darin liegende Angebot von Frau H. zum Abschluss des Auftrags nahmen die Klägerin und ihr Sohn mit Entgegennahme der Urkunden stillschweigend an.

(b) In diesem **Innenverhältnis** war den Bevollmächtigten die Weisung erteilt, von der Vollmacht **erst mit Eintritt des Vorsorgefalles Gebrauch zu machen** (vgl. *zur unbedingten Vollmachtserteilung mit interner Weisung etwa Müller, DNotZ 1997, 100, 111 f; Bühler, FamRZ 2001, 1585, 1592; Keilbach, FamRZ 2003, 969, 981; ferner z.B. Perau, MittRhNotK 1996, 285, 297 ff; Kersten/Bühling, Formularbuch und Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit 22. Aufl., § 96 Rdnr. 33*), **sonst lediglich für den Fall, dass Frau H. dazu einen „besonderen Auftrag“ erteilt hatte**. Allein ein solches Verständnis entspricht einer beiderseits **interessengerechten Auslegung** (vgl. *z.B. BGH, NJW 2010, 146, 147 m.w.N.*) der von der Vollmachtgeberin abgegebenen Erklärungen. Zwar soll nach dem Wortlaut der Vollmachtsurkunde der Gebrauch der Vollmacht im Innenverhältnis stets von einem besonderen Auftrag des Vollmachtgebers abhängig sein. Bei einem wörtlichen Verständnis dieser Maßgabe würde jedoch der Zweck der erteilten Vollmacht weithin verfehlt, weil dann ein Rückgriff auf sie gerade im Vorsorgefall, in dem der Vollmachtgeber einen „besonderen Auftrag“ regelmäßig nicht erteilen kann, ausgeschlossen wäre.

(c) Jedenfalls für den Fall, dass zum Zeitpunkt der Grundstücksübertragung der **Vorsorgefall nicht eingetreten** war, Geschäftsunfähigkeit bzw. Betreuungsbedürftigkeit von Frau H. also nicht vorlagen, bedurften die Bevollmächtigten, um zur Vornahme des Geschäfts befugt zu sein, demnach eines **besonderen Auftrags der Mutter** der Klägerin. Dieser war ihnen jedoch unstreitig nicht erteilt.

(2) Bei interessengerechter Auslegung des ihnen erteilten Auftrags waren die Vollmachtnehmer ferner verpflichtet, von der Vollmacht allein im wohlverstandenen Interesse von Frau H. Gebrauch zu machen. In der Grundstücksübertragung konnte demnach schon deshalb ein Verstoß gegen bindende Vorgaben des Innenverhältnisses liegen, weil von Anfang an zumindest erhebliche Zweifel daran bestanden, **ob die Über-**

**tragung zur „Existenzsicherung“ von Frau H. überhaupt in deren Interesse lag**. Das Ziel, sie vor vermögensschädigendem Verhalten **zu ihrem eigenen Schutz** zu bewahren, rechtfertigte es nicht ohne Weiteres, ihr das Eigentum an dem betroffenen Grundstück zu entziehen, auch wenn ihr daran zugleich ein lebenslängliches unentgeltliches Nießbrauchsrecht eingeräumt wurde. Zum einen kam ein solches Vorgehen mit dem Ziel, Vermögensverschleuderungen zu vermeiden, allenfalls nach Eintritt des Vorsorgefalles in Betracht; dann aber war eine Übertragung des Grundstücks durch Frau H., zumindest falls sie zugleich geschäftsunfähig war, schon aus rechtlichen Gründen nicht mehr möglich. Zum anderen bestand, sollte der Vorsorgefall eingetreten gewesen sein, jedenfalls die Möglichkeit, zum Schutz der Mutter eine Betreuung, ggf. mit Einwilligungsvorbehalt nach § 1903 BGB, anzuordnen, was einen Entzug von Vermögensgegenständen entbehrlich gemacht hätte. Dass die erfolgte Grundstücksübertragung für Frau H. nicht nachteilig gewesen sei, trifft entgegen der Auffassung der Berufung schon deshalb nicht zu, weil ihr dadurch die **Möglichkeit genommen war, über das Grundstück von Todes wegen zu verfügen**.

(3) Ein in der schenkweisen Übertragung liegender Verstoß gegen das Innenverhältnis hätte sich auch auf den Bestand der Vollmacht ausgewirkt, weil darin ein **Missbrauch der Vertretungsmacht** gelegen hätte. Hierfür ist aufseiten des Vertreters lediglich eine objektive Zuwiderhandlung gegen die Pflichtbindung im Innenverhältnis erforderlich, **auf subjektive Voraussetzungen, insbesondere auf Vorsatz, Kenntnis, fahrlässige Unkenntnis des Vertreters, oder Evidenz des Verstoßes gegen das Innenverhältnis kommt es nicht an** (vgl. *BGH, NJW 2006, 2776; OLG Stuttgart, NZG 1999, 1009, 1010 m. Anm. Michalski/Arends, NZG 1999, 1011; Staudinger/Schilken, a.a.O., § 167 Rdnr. 95*). Entsprechendes gilt für die Vornahme eines In-sich-Geschäfts (§ 181 BGB), an dem allein der oder die Vertreter, nicht aber außenstehende Partner des Rechtsgeschäfts beteiligt sind und für das folglich ein Verkehrsschutz ausscheidet (vgl. *auch BGH, NJW 2002, 1488; Staudinger/Schilken, a.a.O., § 167 Rdnr. 93*). Ob für die Klägerin oder ihren Sohn erkennbar war, dass sie wider das bestehende Auftragsverhältnis handelten, ob sie insbesondere davon ausgehen durften, der Vorsorgefall sei zum Zeitpunkt der Grundstücksübertragung eingetreten gewesen, war hier demnach unerheblich.

bb) Die erfolgte Grundstücksübertragung war rechtlich jedoch selbst für den Fall nicht auf Dauer beständig, dass Schenkung und Übereignung des Grundstücks wirksam gewesen sein sollten. Die Übertragung löste vielmehr jedenfalls **schuldrechtliche Rückübertragungsansprüche** von Frau H. gegen die Klägerin und deren Sohn aus. Da die Vollmachtnehmer aufgrund ihrer Pflichtbindung aus dem Auftragsverhältnis zum Gebrauch der Vollmacht lediglich im wohlverstandenen Interesse der Vollmachtgeberin befugt waren, durften sie das Grundstück nicht endgültig wirtschaftlich in ihr Vermögen überführen, sondern waren **zur Übertragung allenfalls unter Wahrung einer treuhänderischen Bindung gegenüber Frau H. befugt, die dieser auf Dauer die Befugnis erhielt, über das Grundstück uneingeschränkt wirtschaftlich zu disponieren**. Dass die Bevollmächtigten hier diesen Maß-



gaben entsprachen, trägt die Klägerin unwidersprochen vor, wenn sie geltend macht, Schenkung und Übereignung seien nicht aus eigennützigen Motiven erfolgt, sondern allein um die Mutter vor dem Verlust ihres Hauses, vor vermögensschädigenden eigenen Handlungen zu bewahren. Demnach stand die Transaktion unter einem zusätzlichen Rechtsgrund in Form eines Fürsorgeverhältnisses, aufgrund dessen Frau H., auch wenn das Grundstück nicht mehr in ihrem Eigentum gestanden haben sollte, auf Dauer die wirtschaftliche Verfügungsmöglichkeit darüber eingeräumt war.

Aus diesem Rechtsverhältnis waren die Klägerin und ihr Sohn insbesondere schuldrechtlichen Rückübertragungsansprüchen der Vollmachtgeberin ausgesetzt, sollte diese vor Eintritt des Vorsorgefalls den Rückerhalt des Eigentums verlangen; nach Eintritt des Vorsorgefalles konnte solche Ansprüche u.U. ein etwa trotz § 1896 Abs. 2 Satz 2 BGB bestellter Betreuer verfolgen. Falls im Übrigen entgegen dem von der Beklagten nicht in Zweifel gezogenen Vorbringen der Klägerin die Grundstücksübertragung ohne die genannte Beschränkung erfolgt sein sollte, läge schon darin eine Verletzung der Pflichten aus dem Auftragsverhältnis und wäre – sollte diese Verletzung nicht schon zur Unwirksamkeit von Schenkung und Übereignung geführt haben – zumindest ein schuldrechtlicher Rückübertragungsanspruch aus Schadensersatz begründet gewesen.

b) Die Beklagte war vertraglich verpflichtet, die Klägerin über die dargelegten Risiken aufzuklären und zu beraten.

aa) **Ein Rechtsanwalt ist grundsätzlich zur allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung des Auftraggebers verpflichtet. Unkundige muss er über die Folgen ihrer Erklärungen belehren und vor Irrtümern bewahren.** In den Grenzen des Mandats hat er dem Mandanten diejenigen Schritte anzuraten, die zu dem **erstrebten Ziel** zu führen geeignet sind, und Nachteile für den Auftraggeber zu verhindern, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind. Dazu hat er dem Auftraggeber den sichersten und gefahrlosesten Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant zu einer sachgerechten Entscheidung in der Lage ist (vgl. BGH, NJW-RR 2008, 1235, 1236; NJW 2008, 2041, jeweils m.w.N.).

bb) Über die geschilderten rechtlichen Risiken der Grundstücksübertragung hatte die Beklagte aufgrund des ihr im August 2005 erteilten Mandats aufzuklären.

(1) Unstreitig trat die Klägerin an die Beklagte heran, um sich – allgemein – im Hinblick darauf beraten zu lassen, dass Frau H. – möglicherweise im Zustand der Geschäftsunfähigkeit – im Begriff sei, ihr Vermögen zu verschleudern. Demnach war die Klägerin **nach dem Inhalt des Mandats umfassend über Möglichkeiten zu beraten, wie vermögensschädigende Handlungen ihrer möglicherweise betreuungsbedürftigen bzw. geschäftsunfähigen Mutter verhindert werden konnten**. Nachdem auf den Vorschlag des Notars hin in diesem Zusammenhang auch die schenkweise Übereignung des Grundstücks erwogen worden war, musste die Beklagte die Klägerin auch insoweit rechtlich beraten.

Dieser weiten Fassung des Auftrags entsprach die Durchführung des Mandats. Die Beklagte erlangte am 11.8.2005 Kenntnis vom Vorschlag des Notars, das Grundstück schenkweise unter Gebrauch der Vollmacht zu übertragen, woraufhin sie am 12.8.2005 ein Telefongespräch mit der Klägerin führte, in dem die Parteien diesen Vorschlag besprachen. Dass die Beklagte bereits mit Kostennote vom 8.8.2005 die Betreuungsanregung abgerechnet hatte, führte weder zur Beendigung der Mandatsbeziehung noch rechtfertigt es die Annahme, der Beklagten sei nur ein auf die Betreuungsanregung beschränktes Mandat erteilt gewesen.

(2) Die hier entscheidenden vertraglichen **Pflichten bestanden für die Beklagte unabhängig davon, ob ihr ein Entwurf des geplanten Schenkungsvertrages ausgehändigt wurde oder ob sie zumindest vorab von der geplanten Beurkundung informiert war bzw. von dieser sogleich erfuhr, nachdem sie erfolgt war**. Für die ihr obliegende Risikoaufklärung bedurfte es nicht der Kenntnis der genauen Vertragsinhalte, hatte sie doch lediglich auf Bedenken hinzuweisen, die in rechtlicher Hinsicht gegen die Übertragung des Grundstücks sprachen. Diese sind im hier entscheidenden wesentlichen Kern unabhängig von dem genauen Inhalt des letztlich beurkundeten Vertrages.

cc) Erst recht war die Beklagte zur Aufklärung und Beratung über die bestehenden rechtlichen Risiken aufgrund der ihr übertragenen Vertretung der Klägerin in dem von Frau H. angestregten Rechtsstreit um die Rückübertragung des Grundstücks verpflichtet. Dies galt umso mehr, als sich zu diesem Zeitpunkt herausgestellt hatte, dass Frau H. gewillt war, die ihr gegenüber der Klägerin und ihrem Enkel zustehenden Rechte tatsächlich gerichtlich durchzusetzen.

c) Die Beklagte ist diesen vertraglichen Pflichten nicht ausreichend nachgekommen.

aa) Sie hat unstreitig die Klägerin im August 2005 auf die dargelegten rechtlichen **Risiken der Grundstücksübertragung nicht hingewiesen**. Zudem hat sie schon nach ihrem eigenen Vortrag die Klägerin auch bei deren Vertretung im Prozess um die Rückübertragung des Grundstücks nicht vollständig und zutreffend über die rechtliche Lage aufgeklärt; im Gegenteil riet sie nach eigenem Bekunden stets davon ab, den Anspruch anzuerkennen, und sie vertrat auch im vorliegenden Rechtsstreit die Auffassung, die von Frau H. erhobene Klage sei unbegründet gewesen.

bb) Insbesondere hat sie ihre Vertragspflichten im August 2005 nicht dadurch erfüllt, dass sie nach ihrer – bestrittenen – Behauptung eine schenkweise Übertragung des Grundstücks **für höchst problematisch gehalten** und der Klägerin von dieser abgeraten hat, weil es mit Sicherheit zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen der Klägerin und ihrer Mutter kommen werde, sobald diese von der Grundstücksschenkung erfahren würde.

(1) Der konkrete Umfang der anwaltlichen Pflichten richtet sich nach den Umständen des einzelnen Falles. **Ziel der anwaltlichen Rechtsberatung ist es, dem Mandanten eigenver-**

**antwortliche, sachgerechte Grundentscheidungen („Weichenstellungen“) in seiner Rechtsangelegenheit zu ermöglichen.**

Dazu muss sich der Anwalt über die Sach- und Rechtslage klar werden und diese dem Auftraggeber verständlich darstellen. Der Mandant benötigt, insbesondere wenn er juristischer Laie ist, nicht unbedingt eine vollständige rechtliche Analyse, sondern allein die Hinweise, die ihm im Hinblick auf die aktuelle Situation und sein konkretes Anliegen die notwendige Entscheidungsgrundlage liefern. Die Erklärungen des rechtlichen Beraters müssen dem Mandanten, der verlässlich über bestimmte Rechtsfolgen unterrichtet werden will, um darauf seine Entscheidung gründen zu können, eine **annähernd zutreffende Vorstellung von den Handlungsmöglichkeiten und deren Vor- und Nachteilen vermitteln**. Allerdings kann nach Art und Umfang des Mandats eine eingeschränkte Belehrung ausreichend sein.

Eine in jeder Hinsicht lückenlose Aufklärung über alle rechtlichen Zusammenhänge und Folgen trägt vor allem **bei schwieriger Sach- und Rechtslage die Gefahr in sich, den Mandanten zu überfordern** und ihm so den Blick auf die für die Entscheidung wichtigen Gesichtspunkte zu verstellen. Dies würde dem Sinn und Zweck der geschuldeten Beratung zuwiderlaufen. Der Rechtsanwalt hat dem Auftraggeber daher nur die Hinweise zu erteilen, die ihm die für seine Entscheidung notwendigen Informationen liefern (s. zum Ganzen BGH, NJW 2007, 2485, 2486). **Zudem ist es nicht Aufgabe des Beraters, dem Mandanten grundlegende Entschlüsse in dessen Angelegenheiten abzunehmen** (vgl. BGH, NJW 2008, 2041 m.w.N.).

(2) Die Beklagte musste der Klägerin demnach – zumindest in groben Zügen und für sie verständlich – gerade die rechtlichen Risiken der Grundstückstransaktion vor Augen führen. Es genügte jedenfalls nicht, die Klägerin lediglich auf das – ihr ohnehin bekannte – Risiko etwa bevorstehender Streitigkeiten mit ihrer Mutter hinzuweisen. Um zu entscheiden, ob und inwieweit sie drohende Auseinandersetzungen in Kauf zu nehmen bereit war, **waren die damit verbundenen persönlichen Belastungen gegen das Risiko abzuwägen, die Mutter könne das Grundstück verschleudern**. Hierzu war allein die Klägerin selbst in der Lage und hierzu bedurfte sie auch keines Rechtsrats. Zu unterrichten war sie vielmehr über etwaige zusätzliche mit dem erwogenen Geschäft **verbundene rechtliche Risiken**, um sie in die Lage zu versetzen, auch diese in ihre Abwägung einbeziehen zu können. Diese Unterrichtung hat die Beklagte versäumt.

2. Umstände, aufgrund derer die Beklagte die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hätte, sind weder ersichtlich noch von ihr dargelegt (vgl. § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB). Dass der **Zurechnungszusammenhang** nicht durch das Verhalten des Notars unterbrochen wurde, ist im angefochtenen Urteil zutreffend ausgeführt. Die Berufung wendet sich dagegen nicht.

3. Aus der Pflichtverletzung ist der Klägerin der geltend gemachte, der Höhe nach unstrittige **Schaden in Form nutzloser Aufwendungen für die schenkweise Übertragung des Grundstücks sowie der Kosten für den Rückforderungsprozess,**

**zudem der Aufwendungen entstanden, die sie aufgrund ihrer Verpflichtung zur Rückübertragung zu tragen hatte.**

a) Die Risiken, über die die Beklagte aufzuklären und zu beraten hatte, haben sich in dem Schaden verwirklicht.

aa) Die Grundstücksübertragung dürfte – abgesehen davon, dass sie möglicherweise von vornherein nicht im wohlverstandenen Interesse von Frau H. lag – schon deshalb unwirksam gewesen sein, weil im Zeitpunkt ihrer Vornahme der Vorsorgefall nicht eingetreten war, die Vollmachtgeberin einen folglich erforderlichen „besonderen Auftrag“ zur Durchführung des Geschäfts jedoch unstreitig nicht erteilt hatte. Die Beklagte stellt zwar in Abrede, dass Frau H. am 12.8.2005 noch geschäftsfähig gewesen sei. Dem im Rechtsstreit über die Rückgewähr des Grundstücks vom Landgericht Stuttgart (26 O 600/05) eingeholten Sachverständigengutachten ist jedoch zu entnehmen, dass Geschäftsfähigkeit zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung im Juni 2006 sowie am 25.10.2005 vorlag. Zudem seien die geistigen Ausfallerscheinungen von Frau H. im Oktober 2005 noch deutlich geringer gewesen als im Juni 2006; der leichte Schlaganfall, den sie im Juni 2005 erlitt, sei bis Ende Juli 2005 weitgehend überwunden gewesen. Das legt den Schluss nahe, die Vollmachtgeberin sei auch im August 2005 geschäftsfähig gewesen, jedenfalls sind gegenteilige Anhaltspunkte nicht ersichtlich.

bb) Zumindest war die **Grundstücksübertragung schuldrechtlich nicht beständig**. Frau H. war wenigstens ab dem Zeitpunkt der Erhebung ihrer Klage auf Rückübertragung des Grundstücks geschäftsfähig, was sich aus dem Sachverständigengutachten ergibt, dessen Inhalt die Beklagte hier insoweit nicht bestreitet. Die Klage auf Rückübertragung hätte schon deshalb Erfolg gehabt.

b) Die von der Klägerin nach § 287 Abs. 1 ZPO nachzuweisende **haftungsausfüllende Kausalität** liegt auch im Übrigen vor. Die Klägerin hätte bei pflichtgemäßer Beratung durch die Beklagte von der schenkweisen Grundstücksübertragung abgesehen.

aa) Für das dahin gehende Vorbringen der Klägerin streitet der **Anscheinsbeweis**.

(1) Dieser gilt, sofern für den Mandanten bei vernünftiger Betrachtungsweise aus damaliger Sicht **nur eine Entscheidung nahegelegen hätte**. Die Regeln des Anscheinsbeweises sind hingegen unanwendbar, wenn unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterschiedliche Schritte in Betracht kommen und der Anwalt dem Mandanten lediglich die erforderliche Information für eine sachgerechte Entscheidung zu geben hat; dem Mandanten, der einen richtigen Vorschlag des Anwalts ablehnt, kommt die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens nicht zugute (vgl. BGH, NJW 2008, 2041, 2042).

(2) Für die Klägerin hätte bei pflichtgemäßer Beratung vernünftigerweise nur nahegelegen, **den ursprünglich beschrittenen Weg einer Betreuungsanregung zu gehen**.

Dies hätte die im Gebrauch der Vollmacht liegenden Risiken vermieden. Im Betreuungsverfahren wäre ein Gutachten zu den Betreuungsvoraussetzungen einzuholen gewesen, das das Vormundschaftsgericht bzw. Notariat kritisch hätte würdigen müssen (vgl. § 68b FGG a.F. sowie Palandt/Diederichsen, BGB 69. Aufl., Einf. v. § 1896 Rdnr. 24, § 1896 Rdnr. 5). Für die Klägerin und ihren Sohn hätte **kein Kostenrisiko** bestanden, ihre Ziele wären insbesondere durch die Anordnung eines **Einwilligungsvorbehalts** nach § 1903 BGB zu erreichen gewesen.

(3) Die Klägerin hat auch nicht einen richtigen Vorschlag der Beklagten abgelehnt. Ein solcher lag schon deshalb nicht vor, weil unstreitig keine rechtliche Beratung über die Risiken der Schenkungslösung erfolgt ist. Außerdem ist die bestrittene und in diesem Zusammenhang von ihr zu beweisende (vgl. Fischer in: Zuehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft 2. Aufl., Rdnr. 1006 f) Behauptung der Beklagten offengeblieben, sie habe wenigstens aus tatsächlichen Gründen, weil sie nämlich Auseinandersetzungen zwischen der Klägerin und ihrer Mutter befürchtete, von der schenkweisen Übertragung abgeraten.

bb) Der Anscheinsbeweis ist nicht durch festgestellte Umstände erschüttert.

(1) Dass die Klägerin bereit war, sich etwaigen Auseinandersetzungen mit ihrer Mutter zu stellen, lässt – selbst wenn sie, was sie bestreitet, einem allein im Hinblick darauf erfolgten Abraten der Beklagten nicht gefolgt sein sollte – keinen Rückschluss darauf zu, dass sie ebenso entschieden hätte, wäre ihr die bestehende rechtliche Problematik der schenkweisen Übereignung des Grundstücks aufgezeigt worden. **Es liegt vielmehr nahe, dass sie rechtlich auf der sicheren Seite sein, insbesondere nicht unnütz Kosten aufwenden wollte.**

(2) Die erfolgte Grundstücksübertragung war entgegen der Ansicht der Berufung nicht der für die Klägerin praktisch allein gangbare Weg. Die von der Beklagten zunächst angeregte Anordnung einer Betreuung kam nach den konkreten Umständen trotz erteilter Vorsorgevollmacht in Betracht, schon aufgrund der seit Langem bestehenden heftigen innerfamiliären Streitigkeiten (vgl. BayObLG, NJOZ 2004, 2169, 2171). Sie schied auch nicht deshalb aus, weil etwa der zuständige Notar das Betreuungsverfahren unter keinen Umständen hätte einleiten wollen. Bereits aus seinem Schreiben vom 10.8.2005 ergibt sich, **dass ihm die etwaige Notwendigkeit einer Auftragserteilung im Innenverhältnis bewusst war.** Schon deshalb liegt die Annahme fern, dass er an der Schenkungslösung festgehalten hätte, hätten die Beklagte und die von ihr informierte Klägerin Bedenken geäußert, zumal ggf. Rechtsmittel hätten ergriffen werden können.

(3) Abgesehen davon erfolgte die schenkweise Übereignung unstreitig **nicht aus eigennützigen Motiven** der Klägerin oder ihres Sohnes. Es ist schon deshalb nicht anzunehmen, dass die Klägerin, wäre sie über die rechtliche Lage informiert gewesen, auf der schenkweisen Übereignung beharrt hätte, etwa um ihrer Mutter das Hausgrundstück möglichst schnell

zu entziehen. Dagegen spricht auch das Einverständnis der Klägerin damit, dass die Beklagte zunächst die Anordnung einer Betreuung anregte.

(4) Im Hinblick auf die für den Rechtsstreit um die Rückübertragung des Grundstücks entstandenen Kosten ergibt sich keine andere Bewertung daraus, dass die Parteien gemeinsam beschlossen, sich gegen die Klage zu verteidigen, weil sie trotz Kenntnis gewisser Risiken weiterhin davon ausgingen, Frau H. sei geschäftsunfähig. Zum einen liegt ein haftungsbegründendes Verhalten der Beklagten auch insofern schon in der fehlerhaften Beratung vor Abschluss des Schenkungsvertrages, die auch für die im späteren Rechtsstreit entstandenen Kosten ursächlich war. Zudem beruhte der Entschluss der Klägerin, **sich im Rückforderungsprozess zu verteidigen**, auf der zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht vollständig und zutreffend erfolgten Aufklärung über die Rechtslage; dass sie vollständig informiert ebenso entschieden hätte, ist nicht ersichtlich. (...) ■

## Honorarvereinbarung des Anwalts

- Stundensatz
  - Unangemessenheit
  - Prüfungsmaßstäbe
  - Stundenzahl
  - Besprechungen
  - Überprüfbarkeit
- (OLG Koblenz, Beschl. v. 26.4.2010 – 5 U 1409/09)

### Leitsätze:

1. Ein Stundensatz bis zu 250 EUR in der Vergütungsvereinbarung mit einem Strafverteidiger begegnet keinen Bedenken.

2. Ergibt ein Abgleich des anwaltlichen Tätigkeitsnachweises mit den in den Strafakten durch Schriftsätze oder in sonstiger Weise belegten Aktivitäten des Verteidigers, dass der jeweils behauptete Zeitaufwand plausibel erscheint, kann das ausreichen. Gleiches gilt, soweit eine Vergütung für Besprechungen mit dem Gericht, einem zuvor tätig gewordenen anderen Verteidiger oder gar mit dem Mandanten selbst verlangt wird. Pauschales Bestreiten ist insoweit unzureichend (Modifizierung zu BGH vom 4.2.2010 – IX ZR 18/09).

3. Offen bleibt, ob der Auffassung des Bundesgerichtshofs zu folgen ist, dass allgemeine Hinweise über Aktenbearbeitung, Literaturrecherche und Telefongespräche „jedenfalls bei wiederholter Verwendung“ unzureichend sind. ■

### Aus den Gründen:

Die Berufung ist aus den Gründen des Senatsbeschlusses vom 10.3.2010 unbegründet. Was die Beklagte dagegen mit Schriftsatz vom 21.4.2010 vorbringt, ist nicht stichhaltig.

Die Berufung wiederholt, die vereinbarten Stundensätze von **400 EUR** (anwaltliche Tätigkeit eines Partners der Klägerin) und **250 EUR** (anwaltliche Tätigkeit eines Mitarbeiters der Klägerin) seien in rechtlich zu beanstandender Weise überhöht. Dem kann nicht gefolgt werden. Die Frage, ob der Partner-Stundensatz von 400 EUR Bedenken begegnet, kann offenbleiben. Keiner der Partner ist tätig geworden; dementsprechend hat das Landgericht der Klägerin auch nur den Höchstsatz von 250 EUR für Tätigkeiten anwaltlicher Mitarbeiter zuerkannt.

Soweit die Beklagte den hierfür berechneten Stundensatz unter Hinweis auf ein u.a. in AGS 2010, 109 ff, abgedrucktes Urteil des OLG Düsseldorf vom 18.2.2010 (I-24 U 183/05) bekämpft, ist das ohne Erfolg.

Gegenstand jener Entscheidung war u.a. die Frage, ob eine 15-Minuten-Zeittaktklausel in einer Honorarvereinbarung mit einem Rechtsanwalt wirksam ist. Eine derartige Klausel enthält die hier getroffene Honorarvereinbarung nicht. Ausführungen zu § 307 BGB waren daher nicht veranlasst.

Soweit die Berufung die Angemessenheit der vereinbarten Höhe des Stundensatzes (250 EUR) bezweifelt, entnimmt der Senat dem Urteil des OLG Düsseldorf, dass die dort konsultierte Rechtsanwaltskammer Hamm dem Gericht mitgeteilt hatte, eine im August 2008 durchgeführte Erhebung habe ergeben, dass ein Stundensatz von mindestens 250 EUR üblich sei. Gleichwohl hat das Oberlandesgericht Düsseldorf sich veranlasst gesehen, jene anwaltliche Honorarforderung erheblich zu kürzen.

Das hat Schons in einer Anmerkung zu der Entscheidung des OLG Düsseldorf kritisiert (AGS 2010, 118). Diese Kritik teilt der erkennende Senat nicht in der Diktion, jedoch in den tragenden juristischen und wirtschaftlichen Überlegungen. **Stundensätze von bis zu 500 EUR sind je nach den Umständen des Einzelfalles nicht per se unangemessen** (vgl. OLG Celle, AGS 2010, 5 ff unter Hinweis auf Mayer in Gerold u.a., RVG 18. Aufl., § 3a Rdnr. 26). Soweit der Entscheidung des OLG Düsseldorf eine andere Auffassung zugrunde liegt, kann dem nicht gefolgt werden (vgl. BverfG, NJW-RR 2010, 259–263).

Das Urteil des OLG Düsseldorf zwingt auch nicht dazu, von einer Entscheidung nach § 522 ZPO abzusehen. Der Senat hält die juristischen und wirtschaftlichen Überlegungen des OLG Düsseldorf für unzutreffend. Ob sie in jenem Fall gleichwohl Bestand haben, wird in dem beim BGH anhängigen Revisionsverfahren IX ZR 37/10 geklärt werden. Die Berufung geht daran vorbei, dass der Gegenstand des Strafverfahrens, das zu der Honorarklage bei dem OLG Düsseldorf geführt hat, in keiner Weise mit dem hier maßgeblichen Sachverhalt vergleichbar ist. Dort war der Angeklagte zu einer Freiheitsstrafe von 9 Monaten mit Bewährung verurteilt worden, eine zwar erhebliche, jedoch nicht die berufliche und wirtschaftliche Existenz dauerhaft gefährdende Sanktion.

Dagegen hatte das **Wirtschaftsschöffengericht** bei dem Amtsgericht Koblenz die dort Angeklagte (jetzige Beklagte)

in erster Instanz zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten verurteilt, die weitgehend hätte verbüßt werden müssen. Die These, ein Stundenhonorar von 250 EUR für die anwaltliche Vertretung im Berufungsverfahren gegen eine derartige Verurteilung sei unangemessen hoch, erscheint dem Senat nicht vertretbar, zumal **den Tatvorwürfen sehr umfangreiche und tatsächlich und rechtlich schwer zu durchdringende Sachverhalte zugrunde lagen**.

Soweit die Berufung die berechnete **Stundenzahl** bestreitet und hervorhebt, es komme nicht auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, sondern nur auf die erforderlichen Arbeitsstunden an, verhilft das dem Rechtsmittel ebenfalls nicht zum Erfolg.

Richtig ist zwar, dass übertriebener, sachlich **nicht erforderlicher Aufwand** nicht zu vergüten ist. Die Berufung geht jedoch daran vorbei, dass unter diesem Aspekt keinerlei Bedenken gegen die Honorarforderung der Klägerin bestehen. Der Senat hat die **Auflistung im „Tätigkeitsnachweis“** mit den in den Strafakten durch Schriftsätze oder in sonstiger Weise dokumentierten Aktivitäten verglichen und hat hiernach keine Zweifel daran, dass die insoweit berechneten Stunden auch erforderlich waren.

Soweit daneben eine Vergütung für **Telefongespräche, Besprechungen und sonstige anwaltliche Tätigkeiten** berechnet worden ist, kann der Auflistung der Klägerin entnommen werden, um was es sich im Einzelnen handelt. Dazu hätte die Beklagte substantiiert Stellung beziehen können und müssen. Wenn beispielsweise für bestimmte Tage Telefon- oder sonstige Gespräche mit dem Vorsitzenden Richter der Berufungskammer des Landgerichts Koblenz, dem Verteidiger erster Instanz oder gar mit der Beklagten selbst behauptet sind, kann nicht ernsthaft erwogen werden, dabei handle es sich um überflüssigen oder auch nur übertriebenen Aufwand. Dass anwaltliche Besprechungen mit der Beklagten selbst in der **Absicht der Gebührenaufblähung** inhaltsleer ausgeübt seien, behauptet die Rechtsmittelführerin nicht. Für die sonstigen Gespräche erscheint das fernliegend, wenn nicht gar ausgeschlossen.

Auch der **Vorwurf mangelnder Überprüfbarkeit** geht fehl. Jene Personen, mit denen Rechtsanwalt Dr. M. in Erfüllung des der Klägerin erteilten Auftrags sprach, hätten von der Beklagten als Zeugen befragt und benannt werden können, wenn es übertriebenen oder sonst zu beanstandenden Aufwand gegeben hätte. Anscheinend hat die Beklagte sich aber nicht die Mühe gemacht, beispielsweise den heute bei der Staatsanwaltschaft Aachen als Staatsanwalt tätigen Zeugen P. zu befragen, ob er in geringerem als dem von der Klägerin behaupteten Zeitumfang zur Erfüllung des Auftrags tätig war.

Daher ist auch nicht nachvollziehbar, aufgrund welcher tatsächlichen Umstände die Rechtsanwaltskammer Koblenz zu anderen Erkenntnissen hinsichtlich der berechneten Stundenzahl kommen sollte als der erkennende Senat aufgrund der von ihm selbst vorgenommenen Auswertung der umfangreichen Strafakten.



Der Hinweis auf die Entscheidung des OLG Düsseldorf ver­fängt auch insoweit nicht, als die Beklagte aus ihr ableiten möchte, ihre Sache habe grundsätzliche Bedeutung und außerdem erfordere die Sicherung einer einheitlichen Rechtssprechung eine Entscheidung des Berufungsgerichts. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entgegen der dort eingeholten Stellungnahme der zuständigen Rechtsanwaltskammer den vertraglich vereinbarten Stundensatz gekürzt. Der Senat hält diese Entscheidung nicht für vertretbar. Eine die Vertragslage missachtende falsche gerichtliche Entscheidung zwingt nicht dazu, die richtige Entscheidung durch Urteil zu treffen. Zu den maßgeblichen Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung hat das **Bundesverfassungsgericht** bereits alles Erforderliche gesagt (*NJW-RR 2010, 259–263*). Weiterer Klärungsbedarf besteht nicht. (...) ■

## Haftpflichtversicherung

- Schadenbearbeitung
  - Bearbeitungsdauer
  - Massengeschäft?
  - Schadenkonkretisierung
- (*OLG Stuttgart, Beschl. v. 26.4.2010 – 3 W 15/10*)

### Leitsätze:

1. Solange und soweit ein Haftpflichtversicherer trotz ordnungsgemäßer Behandlung das Regulierungsbegehren des Anspruchstellers nicht abschließend beurteilen kann, beruht das Nichtzahlen der Regulierungsleistung auf einem vom Schuldner nicht zu vertretenden Umstand mit der Wirkung, dass kein Verzug eintritt und auch keine Veranlassung zur Klageerhebung besteht.

2. Dem Haftpflichtversicherer des Ersatzpflichtigen ist regelmäßig – d.h. selbst bei einfachen Sachverhalten – eine Bearbeitungszeit von einigen Wochen einzu­räumen. ■

### Aus den Gründen:

Der Kläger wendet sich gegen die im Schlussurteil des Landgerichts Rottweil vom 9.2.2010 gemäß § 91a ZPO ergangene Kostenentscheidung, wonach ihm hinsichtlich des übereinstimmend für erledigt erklärten Teils des Rechtsstreits die Kosten auferlegt wurden.

I. Mit seiner Klage, die er am 4.12.2009 beim Landgericht eingereicht hat, hat der Kläger Schadenersatzansprüche aus einem Verkehrsunfall vom 3.11.2009 geltend gemacht. Dass die Beklagten dem Kläger vollen Schadenersatz wegen des insoweit erlittenen Schadens schulden, ist zwischen den Parteien unstrittig. Nach dem Unfall am 3.11.2009 schrieb die Beklagte zu 2) den Kläger am 4.11.2009 an, bat um Kontaktaufnahme wegen des weiteren Vorgehens, teilte die Schadennummer mit und bot zur Erledigung des Schadens das „...-Reparatur-Service-Paket“ an. Mit Schreiben vom 5.11.2009 legitimierte sich der Klägervertreter gegenüber

der Beklagten zu 2), teilte den Unfallhergang mit und bat zunächst um Bestätigung, dass der Unfall in der üblichen Weise über das Büro des Klägervertreters reguliert wird. Letzteres bestätigte die Beklagte zu 2) mit Schreiben vom 10.11.2009. Mit Schreiben vom 9.11.2009 übersandte der Klägervertreter der Beklagten zu 2) ein vom Kläger in Auftrag gegebenes Sachverständigengutachten und bat auf Vorschussbasis um Schadenregulierung in Höhe von vorläufig 4.149,38 EUR. Mit Schreiben vom 16.11.2009 teilte der Klägervertreter der Beklagten zu 2) mit, dass das klägerische Fahrzeug zwischenzeitlich repariert wurde und bezifferte den Gesamtschaden auf 4.801,23 EUR. Zur Begleichung des Schadens setzte er eine Frist bis zum 24.11.2009. Mit weiterem Schreiben vom 19.11.2009 übersandte der Klägervertreter der Beklagten zu 2) eine Mietwagenrechnung der Firma K. und stellte den Schaden mit einer Summe in Höhe von 5.555,76 EUR zusammen. Auch in diesem Schreiben setzte er eine Zahlungsfrist bis zum 24.11.2009.

Nach Einreichung der Klageschrift vom 3.12.2009, die der Beklagten zu 2) am 10.12.2009 zugestellt wurde, hat die Beklagte zu 2) am 15.12.2009 eine Zahlung von 5.673,12 EUR geleistet, wobei ein Betrag von 546,69 EUR auf die geltend gemachten Rechtsanwaltskosten (Klageantrag Ziff. 2) entfiel. Mit Schriftsatz vom 21.12.2009 erklärte der Kläger den Rechtsstreit in Höhe von 5.126,43 EUR in der Hauptsache für erledigt. Weiter erklärte er den Klageantrag Ziff. 2 für erledigt. Die Beklagten schlossen sich der Erledigungserklärung mit Schriftsatz vom 29.12.2009 an und erklärten hinsichtlich des restlichen Hauptsachebetrags ihr Anerkenntnis. (...)

II. Die zulässige sofortige Beschwerde des Klägers hat in der Sache keinen Erfolg.

1. Die sofortige Beschwerde ist zulässig. Zwar hat das Landgericht die angegriffene Kostenentscheidung durch Schlussurteil getroffen. Es handelt sich jedoch um eine sog. Kostenmischentscheidung, die nur insoweit auf § 91a ZPO beruht, als der Rechtsstreit von den Parteien übereinstimmend für erledigt erklärt wurde. Die restliche Kostenentscheidung des Landgerichts beruht auf § 93 ZPO. Die in erster Instanz ergangene gemischte Kostenentscheidung kann isoliert mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden (*BGHZ 40, 265; BGH, NJW-RR 2003, 1504; 2007, 1586*). Die Überprüfungs­kompetenz des Beschwerdegerichts beschränkt sich jedoch auf den Teil der Kostenentscheidung, der den für erledigt erklärten Teil der Hauptsache betrifft, also auf § 91a ZPO beruht. Auf Hinweis des Senats hat der Klägervertreter klar­gestellt, dass sich seine sofortige Beschwerde auf diesen Teil beschränkt.

2. In der Sache hat das Rechtsmittel des Klägers jedoch keinen Erfolg.

Nachdem beide Parteien den Rechtsstreit in der Hauptsache teilweise für erledigt erklärt hatten, war über die Kosten des Rechtsstreits insoweit gemäß § 91a ZPO unter Berücksichtigung des bis zur Erledigungserklärung bestehenden Sach- und Streitstands nach billigem Ermessen zu entscheiden.



Zu Recht hat das Landgericht in seiner Kostenentscheidung hinsichtlich des erledigten Teils der Klageforderung den Rechtsgedanken des § 93 ZPO angewandt und dem Kläger die Kosten des Verfahrens auferlegt. Bei Zustellung der Klage am 10.12.2009 hatte sie den Schaden bereits mit Schreiben vom gleichen Tage abgerechnet und in der Folge die Auszahlung veranlasst. Noch vor Ablauf der vom Landgericht mit Verfügung vom 8.12.2009 gesetzten Klageerwiderungsfrist hat der Kläger den Rechtsstreit für erledigt erklärt, sodass ein sofortiges Anerkenntnis für die Beklagte zu 2) nicht mehr in Betracht kam.

Bei der Entscheidung nach § 91a ZPO ist der Grundsatz des § 93 ZPO anzuwenden, wenn die Beklagten während des Rechtsstreits erfüllen, sodass der Kläger wegen der folgenden Erledigungserklärung zu keinem Anerkenntnisurteil mehr gelangt. Maßgeblich ist insoweit, **ob die Beklagten dem Kläger Veranlassung zur Klage gegeben haben oder der Kläger mutwillig Klage erhoben hat** (vgl. Zöller/Vollkommer, ZPO, 28. Aufl. 2010, § 91a Rz. 25 mit zahlreichen Rechtsprechungsnachweisen). Veranlassung zur Klagerhebung hat der Beklagte gegeben, wenn sein Verhalten vor Prozessbeginn ohne Rücksicht auf Verschulden und materielle Rechtslage gegenüber dem Kläger so war, dass dieser annehmen musste, er werde ohne Klage nicht zu seinem Recht kommen (vgl. Zöller/Vollkommer, a.a.O., § 91a Rz. 25 sowie Zöller/Herget, a.a.O., § 93 Rz. 2). Hieran fehlt es vorliegend.

Zwar war der Schadenersatzanspruch des Klägers sofort nach Schadenentstehung fällig (§ 271 BGB). Solange und soweit ein Haftpflichtversicherer jedoch trotz ordnungsgemäßer Behandlung das Regulierungsbegehren eines Anspruchstellers nicht abschließend beurteilen kann, beruht das Nichtzahlen der Regulierungsleistung auf einem vom Schuldner nicht zu vertretenden Umstand mit der Wirkung, dass kein Verzug eintritt und auch keine Veranlassung zur Klagerhebung besteht.

Insoweit ist es in der Rechtsprechung anerkannt, **dass bei durchschnittlichen Verkehrsunfallsachen ein Prüfungszeitraum des Haftpflichtversicherers von 4 bis 6 Wochen abgewartet werden muss** (KG, VersR 2009, 1262; LG Karlsruhe, VersR 1969, 865; OLG Hamm, VersR 1971, 187; LG München, VersR 1973, 87; VersR 1974, 69; OLG Köln, VersR 1974, 268; OLG Schleswig, VersR 1974, 271; OLG Nürnberg, VersR 1976, 1052; OLG München, VersR 1979, 479; OLG Karlsruhe, LG Hannover, ZfS 1986, 176, Schaden-Praxis 2003, 391; OLG Düsseldorf, DAR 2007, 611; vgl. auch Müller in: Himmelreich/Halm, Handbuch des Fachanwalts – Verkehrsrecht, Kap. 6 Rdnr. 60 f m.w.N.; Himmelreich/Halm-Kuhn, Handbuch der Kfz-Schadenregulierung 2009, A 173).

Zuzugeben ist dem Kläger, dass die Praxis der Schadenregulierung im Allgemeinen **nicht von starren Bearbeitungsfristen** ausgeht. Es hängt vielmehr von der individuellen Gestaltung des Einzelfalls ab, welche Regulierungsfrist angemessen ist. **Dem Haftpflichtversicherer des Ersatzpflichtigen ist jedoch regelmäßig – d.h. selbst bei einfachen Sachverhalten – eine Bearbeitungszeit von einigen Wochen einzuräumen** (Himmelreich/Halm-Kuhn, a.a.O., A 179 m.w.N.).

Im vorliegenden Fall waren zwar keine umfangreichen Recherchen hinsichtlich der Verantwortlichkeiten erforderlich. Allerdings hat der Klägervertreter den geltend gemachten Schadenbetrag erstmals mit Schreiben vom 16.11.2009 konkret beziffert und mit Schreiben vom 19.11.2009 um die Mietwagenkosten erweitert. Nach Eingang des Schreibens vom 16.11.2009 am 17.11.2009 hat die Beklagte zu 2) **3 Wochen und 2 Tage** gebraucht, um den Schaden abzurechnen. Eine Verzögerung der Schadenregulierung kann hierin nicht gesehen werden. Auch hinsichtlich der Höhe des geltend gemachten Schadenersatzes ist der Kfz-Haftpflichtversicherung eine **Prüfungsfrist von mindestens 4 Wochen ab konkreter Schadenbezifferung** einzuräumen.

Bei der Bearbeitung von Schadenersatzforderungen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen handelt es sich um ein **Massengeschäft der Haftpflichtversicherer**. In ihrer betriebsinternen Organisation müssen sie personelle Schwankungen sowie die Schwankungen der Anzahl der an sie herangetragenen Schadenregulierungen berücksichtigen. Es ist einem Versicherungsunternehmen daher nicht zuzumuten, jeweils sicherzustellen, innerhalb einer kürzeren Frist die Schadenregulierung abzuwickeln. Umgekehrt ist es dem Anspruchsteller schon deshalb zuzumuten, mit seiner Klagerhebung eine Mindestfrist von 4 Wochen ab konkreter Schadenbezifferung abzuwarten, da in der Regel die Reparaturwerkstätten nicht auf sofortiger Bezahlung bestehen, wenn die Reparatur über eine Versicherung abgerechnet wird.

Die der Versicherung zuzugestehende Prüfungs- und Bearbeitungsfrist kann auch nicht dadurch abgekürzt werden, dass die verschiedenen Schadenpositionen sukzessive geltend gemacht werden oder möglichst frühzeitig **Vorschusszahlungen** eingefordert werden. Letztlich wird durch ein solches Vorgehen der Anspruchsteller nur unnötiger Aufwand verursacht, der letztlich nur zu einer weiteren Verzögerung der eigentlichen Schadenbearbeitung führt. (...) ■

## Anwaltschaftung

- Kündigungsschutzverfahren
  - Betriebsbedingte Kündigung
  - Innerbetriebliche Umstände
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 15.4.2010 – I-24 U 98/09)

### Leitsätze (d. Red.):

1. Wird dem Anwalt unsubstanziierter Vortrag zu den Kündigungsgründen und eine fehlende Beratung über Risiken der Rechtsverfolgung vorgeworfen, muss untersucht werden, wie die Dinge abgelaufen wären, wenn er die versäumten Handlungen pflichtgemäß vorgenommen hätte. ■

2. Im Regressprozess muss ein Sachverhalt vorgetragen werden, der eine betriebsbedingte Kündigung gerechtfertigt hätte. ■

### Aus den Gründen:

Das Rechtsmittel bleibt ohne Erfolg (§ 522 Abs. 2 Nr. 1 ZPO). Das Landgericht hat die Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen. Die gegen die Entscheidung vorgebrachten Berufungsgründe rechtfertigen keine dem Kläger günstigere Entscheidung.

I. Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen nimmt der Senat Bezug auf seinen Hinweisbeschluss vom 9.3.2010. Dort hat er im Wesentlichen ausgeführt: Der Beklagten steht gegen die Klägerin ein Anspruch auf Ersatz des geltend gemachten Schadens, mit dem sie gegenüber der nicht angegriffenen Honorarforderung aufrechnen könnte, nicht zu.

Die Beklagte trägt vor, die Klägerin habe schuldhaft ihre Pflichten aus dem Anwaltsdienstvertrag gemäß §§ 611 ff, 675, 280 f BGB verletzt, indem sie in dem Kündigungsschutzverfahren 9 Ca 1559/05 ArbG Düsseldorf nicht genügend zu den Gründen der Kündigung vorgetragen und auch nicht darauf hingewiesen habe, dass weiterer Vortrag bzw. die Vorlage weiterer Unterlagen erforderlich sei. Außerdem sei die Klägerin ihrer Verpflichtung, sie über die Risiken der Rechtsverteidigung und der Durchführung des Berufungsverfahrens aufzuklären, nicht nachgekommen. Ihr sei dadurch ein Schaden in Höhe der Monatsgehälter entstanden, die sie an den gekündigten Mitarbeiter S. habe zahlen müssen, weil das Arbeitsverhältnis statt zum 30.9.2005 erst zum 30.6.2006 beendet worden sei.

Dieser Vortrag der Beklagten ist nicht geeignet, eine Schadenersatzverpflichtung der Klägerin zu begründen.

1. a) Grundsätzlich ist der Rechtsanwalt allerdings aufgrund des Anwaltsvertrages in den Grenzen des ihm erteilten Mandats (BGH, MDR 1998, 1378; MDR 1996, 2648 f; Zuehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltshaftung 2. Aufl., Rdnr. 482 m.w.N.) verpflichtet, die Interessen seines Mandanten nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen und Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, zu vermeiden. **Soweit der Mandant nicht eindeutig zu erkennen gibt, dass er des Rates nur in einer bestimmten Richtung bedarf, ist der Rechtsanwalt zur allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung des Auftraggebers verpflichtet.**

In den Grenzen des Mandats hat er dem Mandanten diejenigen Schritte anzuraten, die zu dem erstrebten Ziel zu führen geeignet sind, und Nachteile für den Auftraggeber zu verhindern, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind. Dazu hat er dem Auftraggeber den sichersten und gefahrlosesten Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant zu einer sachgerechten Entscheidung in der Lage ist (BGH, WM 1993, 1376; WM 2007, 419; NJW 2007, 2485; WM 2008, 1560).

**Der konkrete Umfang der anwaltlichen Pflichten richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des einzelnen Falles** (BGH, WM 1996, 1824; 2008, 1560). Ziel der anwaltlichen Rechtsberatung ist es, dem Mandanten eigenverant-

wortliche, sachgerechte (Grund-)Entscheidungen („Weichenstellungen“) in seiner Rechtsangelegenheit zu ermöglichen (BGH, NJW 2007, 2485; WM 2008, 1560; Zuehör/Fischer/Sieg/Schlee, a.a.O., Rdnr. 558).

Ob die Klägerin bei der Beratung der Beklagten und deren Vertretung in dem genannten Kündigungsschutzverfahren den so skizzierten anwaltlichen Verpflichtungen gerecht geworden ist, kann der Senat offenlassen. Denn die Beklagte hat nicht schlüssig dargetan, dass eine Pflichtverletzung der Klägerin für den geltend gemachten Schaden kausal geworden ist.

b) Wird dem Anwalt eine Unterlassung – hier: fehlender substantiierter Vortrag zu Kündigungsgründen, fehlende Beratung über Risiken der Rechtsverfolgung – vorgeworfen, muss untersucht werden, **wie die Dinge abgelaufen wären, wenn er die versäumte Handlung pflichtgemäß vorgenommen hätte**. Es kommt also darauf an, wie das dem Regress zugrunde liegende Verfahren bei pflichtgemäßem Verhalten des Anwalts ausgefallen wäre (BGH, NJW 1990, 2128, 2129; vgl. auch BGH, WM 1988, 1454, 1455; NJW-RR 1990, 462, 463; NJW 2002, 593; Zuehör/Fischer/Sieg/Schlee, a.a.O., Rdnr. 991).

Die Feststellung, ob infolge der Pflichtverletzung ein Schaden entstanden ist, gehört zur haftungsausfüllenden Kausalität. Der Beweis, dass die Vertragsverletzung zum Schaden geführt hat, ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGHZ 4, 192, 196; 84, 244, 253; BGH, NJW 2000, 1572, 1573; 2004, 1521, 1522; vgl. auch Zuehör/Fischer/Sieg/Schlee, a.a.O., Rdnr. 992 m.w.N.; Zöller/Greger, ZPO 27. Aufl., § 287 Rdnr. 3), der der Senat folgt (vgl. nur OLGR Düsseldorf 2005, 734 ff; 2006, 741 f; 2007, 195 f), unter Heranziehung des § 287 Abs. 1 ZPO zu beurteilen. **Es ist somit zu ermitteln, ob eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder den besonderen Umständen des Streitfalls mit für den Anspruchsteller günstigeren Feststellungen zu rechnen gewesen wäre** (vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 68. Aufl., § 252 Rdnr. 5 m.w.N.).

Daraus folgt im Gegenschluss, dass ein Schadenersatzanspruch entfällt, wenn die schadenbegründende Handlung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit für den konkret geltend gemachten Schaden nicht ursächlich geworden ist (vgl. Senat, OLGR Düsseldorf 2002, 376 = VersR 2003, 326; MDR 2007, 988 = VersR 2008; Beschl. v. 6.5.2009 – 24 U 214/08, bei juris).

2. So liegt der Fall hier. Denn die Beklagte hat **weder in dem arbeitsgerichtlichen Kündigungsschutzverfahren noch in dem hier anhängigen Rechtsstreit einen Sachverhalt vorgetragen, der die betriebsbedingte Kündigung des Mitarbeiters S. gerechtfertigt hätte**. Es ist daher auch nicht feststellbar, dass bei pflichtgemäßer Beratung der Beklagten durch die Klägerin eine frühere Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit dem Mitarbeiter hätte erreicht werden können und der von der Beklagten geltend gemachte Schaden somit nicht eingetreten wäre.

a) **Innerbetriebliche Umstände** begründen ein dringendes betriebliches Erfordernis für eine Kündigung i.S.d. § 1 Abs. 2 KSchG, wenn sie sich konkret auf die Einsatzmöglichkeit des gekündigten Arbeitnehmers auswirken. Regelmäßig entsteht ein betriebliches Erfordernis nicht unmittelbar und allein durch bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen (Produktionsrückgang usw.), sondern aufgrund einer durch wirtschaftliche Entwicklungen veranlassten Organisationsentscheidung des Arbeitgebers (unternehmerische Entscheidung). Eine solche unternehmerische Organisationsentscheidung ist von den Arbeitsgerichten nur begrenzt überprüfbar, nämlich darauf, ob sie offenbar unsachlich, unvernünftig oder willkürlich ist (*ständige Rechtsprechung, etwa BAG, DB 2007, 810; BAGE 92, 7; vgl. auch Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch 12. Aufl., § 134 Rdnr. 28*).

Dagegen obliegt es den Arbeitsgerichten nachzuprüfen, ob eine unternehmerische Entscheidung überhaupt getroffen wurde und ob sie sich betrieblich dahingehend auswirkt, dass der Beschäftigungsbedarf für den gekündigten Arbeitnehmer entfallen ist. Dabei muss durch die unternehmerische Organisationsentscheidung zwar nicht ein bestimmter Arbeitsplatz entfallen sein (*ständige Rechtsprechung; BAGE 28, 131; BAG 24.6.2004 – 2 AZR 326/03, EzA § 1 KSchG Betriebsbedingte Kündigung Nr. 132*). Die Organisationsentscheidung muss aber ursächlich für den vom Arbeitgeber behaupteten Wegfall des Beschäftigungsbedürfnisses sein.

Ausreichend ist demnach, dass durch den innerbetrieblichen Grund ein Überhang an Arbeitskräften entstanden ist, durch den unmittelbar oder mittelbar das Bedürfnis zur Weiterbeschäftigung eines oder mehrerer Arbeitnehmer entfällt. Die betrieblich umgesetzte unternehmerische Organisationsentscheidung muss sich auf die konkreten Beschäftigungsmöglichkeiten des gekündigten Arbeitnehmers auswirken (*vgl. BAG, NZA 2005, 761 ff*).

Als eine die Arbeitsgerichte grundsätzlich bindende **unternehmerische Organisationsentscheidung**, die zum Wegfall von Arbeitsplätzen führen und ein dringendes betriebliches Erfordernis für eine betriebsbedingte Kündigung darstellen kann, sind auch die Stilllegung des gesamten Betriebs, einer Betriebsabteilung oder eines Betriebsteils durch den Arbeitgeber (*BAG 24.8.2006, AP 152 zu § 1 KSchG Betriebsbedingte Kündigung*) und/oder die Vergabe von bisher im Betrieb durchgeführten Arbeiten an ein anderes Unternehmen anerkannt (*BAGE 55, 22; 84, 209*). Allerdings müssen im letzteren Fall diese Arbeiten dem anderen Unternehmen zur selbstständigen Durchführung übertragen werden.

Werden die bislang von den Arbeitnehmern des Betriebs ausgeführten Tätigkeiten hingegen nicht zur selbstständigen Erledigung auf den Dritten übertragen, sind die fraglichen Personen etwa nach wie vor in den Betrieb integriert, führt eine solche organisatorische Gestaltung noch nicht zum Wegfall der bisherigen betrieblichen Arbeitsplätze; es liegt vielmehr eine unzulässige sog. Austausch Kündigung vor (*vgl. BAG, NZA 2005, 761 ff; vgl. auch BAGE 84, 209*).

**Der Kündigungsgrund** – Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit des gekündigten Arbeitnehmers – **muss schließlich grundsätzlich zum Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungs-erklärung vorliegen**. Die Kündigung kann aber auch schon vorher ausgesprochen werden, wenn die für den zukünftigen Wegfall des Beschäftigungsbedürfnisses maßgeblichen Entscheidungen bereits getroffen worden sind und aufgrund einer Prognose zu erwarten ist, dass die Beschäftigungsmöglichkeit aufgrund betrieblicher Gründe zum Zeitpunkt des Kündigungstermins mit einiger Sicherheit entfallen sein wird; die betreffenden betrieblichen Umstände müssen greifbare Formen angenommen haben.

Im Streitfall muss der Arbeitgeber plausibel darlegen, in welchem Umfang die bisher vom Arbeitnehmer zu erledigenden Aufgaben künftig entfallen. Er muss aufgrund seiner unternehmerischen Vorgaben die zukünftige Entwicklung der Arbeitsmenge anhand einer näher konkretisierten vernünftigen betriebswirtschaftlichen Prognose darlegen (*BAG, EzA § 1 KSchG Betriebsbedingte Kündigung Nr. 128; AP 123 zu § 1 KSchG Betriebsbedingte Kündigung; Schaub, a.a.O., § 134 Rdnr. 25, 31*).

b) Wenn im Haftpflichtprozess die Frage, ob dem Mandanten durch eine schuldhaftige Pflichtverletzung des Rechtsanwalts ein Schaden entstanden ist, **vom Ausgang eines anderen Verfahrens abhängt, muss das Regressgericht selbst prüfen, wie jenes Verfahren richtigerweise zu entscheiden gewesen wäre** (*BGHZ 133, 110, 111; BGH, WM 1996, 35, 36; WM 2000, 189, 192; NJW 2005, 3071*). Denn es lässt sich nicht feststellen, wie das ehemals zuständige Gericht tatsächlich entschieden hätte.

Sowohl das Arbeitsgericht als auch das Landesarbeitsgericht haben in dem von dem Mitarbeiter S. angestregten ersten Kündigungsschutzverfahren festgestellt, dass die vorstehend skizzierten Voraussetzungen für eine betriebsbedingte Kündigung nicht gegeben waren. Dieser Bewertung folgt der Senat. Denn die Beklagte hat weder in den Vorprozessen noch im vorliegenden Regressverfahren substantiiert dargelegt und unter Beweis gestellt, dass die Voraussetzungen für eine betriebsbedingte Kündigung des Mitarbeiters S. zu einem Zeitpunkt vorlagen, der eine frühere Beendigung des Arbeitsverhältnisses als zum 30.6.2006 ermöglicht hätte.

aa) Die dem Mitarbeiter S. zunächst mit Schreiben vom 25.1.2005 ausgesprochene Kündigung wäre nur wirksam gewesen, wenn bereits dem Gesellschafterbeschluss vom 28.1.2005, der die Schließung der Konstruktionsabteilung vorsah, **spätestens aber der Kündigung selbst eine hinreichend konkrete betriebswirtschaftliche Prognose zugrunde gelegen hätte, nach der zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung (Ende September 2005) eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit für den Mitarbeiter nicht mehr bestand**.

Hierzu hat die Beklagte weder im Vorprozess noch im hier anhängigen Verfahren genügend vorgetragen. Zwar behauptet die Beklagte nunmehr (was die Klägerin entgegen dem Vortrag der Beklagten bestritten hat), die der im Vorprozess vorgelegten Ablaufskizze zu entnehmende Prognose sei

**bereits Gegenstand des Gesellschafterbeschlusses gewesen. Die Ablaufskizze selbst ist aber, worauf bereits das Arbeitsgericht zutreffend hingewiesen hatte, für sich gesehen nicht verständlich und als Beweismittel nicht geeignet**, zumal nach wie vor nicht dargetan ist, wann sie erstellt wurde und in welcher Form eine auf konkreter Grundlage beruhende Prognose über die weitere Entwicklung der von der Konstruktionsabteilung zu erledigenden Arbeiten Eingang in den Gesellschafterbeschluss und die Kündigungsentscheidung gefunden hat.

Mit der Klageerwiderung in dem zweiten Kündigungsschutzverfahren, auf die sich die Beklagte nunmehr ergänzend beruft, trägt sie hierzu ebenfalls nichts vor; dort hat die Beklagte lediglich ihre Darlegungen zum Wegfall der Beschäftigungsmöglichkeit für den Mitarbeiter S. ergänzt, ohne dass erkennbar würde, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form eine tragfähige Grundlage für die Kündigungsentscheidung gegeben war.

bb) Dem Vortrag der Beklagten lässt sich nach wie vor **auch nicht entnehmen, dass die Voraussetzungen für eine betriebsbedingte Kündigung zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegen haben**. Deshalb wäre es der Beklagten bei sachgerechter Beratung durch die Klägerin nicht möglich gewesen, dem Mitarbeiter S. früher als im November 2005 zu Ende Juni 2006 zu kündigen. Denn es ist auch nach dem derzeitigen Sach- und Streitstand nicht davon auszugehen, dass ab September 2005 keine Beschäftigungsmöglichkeit für den Mitarbeiter mehr bestand.

Zwar hat die Beklagte in dem zweiten Kündigungsschutzverfahren (8 Ca 8537/05 ArbG Düsseldorf) den Arbeitsanfall des Mitarbeiters im Jahr 2005 konkretisierend beschrieben und unter Beweisantritt vorgetragen, dieser habe seine letzte Projektstätigkeit im Juli 2005 ausgeübt. Dieser Vortrag ist indes schon deshalb nicht genügend, weil seit August 2005 wegen Erkrankung, Urlaubs und Freistellung des Mitarbeiters keine Projektstunden mehr verzeichnet werden konnten (vgl. 8 Ca 8537/05) und die Beklagte zudem, worauf bereits das Arbeitsgericht in dem ersten Verfahren zutreffend hingewiesen hatte, substantiiert zu dem Beschäftigungsbedarf der gesamten Abteilung hätte vortragen müssen, um die fehlende Weiterbeschäftigungsmöglichkeit für den Mitarbeiter S. begründen zu können.

Der weitere Vortrag der Beklagten, der u.a. von dem Mitarbeiter S. zuvor abgedeckte Tätigkeitsbereich werde seit September 2005 ausschließlich fremdvergeben (8 Ca 8537/05 ArbG Düsseldorf), ist zudem ebenfalls nicht geeignet, die betriebsbedingte Kündigung zu rechtfertigen. Denn der Kläger des Kündigungsschutzverfahrens hatte demgegenüber substantiiert dargelegt, der benötigte Arbeitskräftebedarf sei auch nach Auflösung der Abteilung Ausführungsplanung gleich geblieben und werde u.a. von ehemaligen Beschäftigten der Beklagten erledigt, die als freie Mitarbeiter beschäftigt seien; einer dieser Mitarbeiter verfüge sogar über ein Zimmer im Büro der Beklagten (8 Ca 8537/05 ArbG Düsseldorf).

Nach diesem Vortrag, zu dem sich die Beklagte weder in dem Kündigungsschutzverfahren noch in dem hier anhängigen Verfahren geäußert hat, ist aber davon auszugehen, dass die bislang von den Mitarbeitern der Konstruktionsabteilung ausgeführten Tätigkeiten nicht zur selbstständigen Erledigung auf Dritte übertragen worden sind, so dass die organisatorische Gestaltung nicht zum Wegfall der bisherigen betrieblichen Beschäftigungsmöglichkeiten geführt hat.

Eine Vernehmung des im Kündigungsschutzverfahren von der Beklagten benannten Zeugen B. zu diesem Komplex würde sich vor dem Hintergrund, dass die Beklagte zu Vergabe und Ausführung der anfallenden Konstruktionstätigkeiten im Einzelnen nicht vorgetragen hat, als Ausforschung darstellen, so dass offenbleiben kann, ob die allgemeine Bezugnahme auf den im Kündigungsschutzprozess vorgelegten Klageerwiderungsschriftsatz überhaupt genügend wäre.

II. An dieser Beurteilung hält der Senat fest. Die dagegen vorgebrachten Einwände der Beklagten im Schriftsatz ihrer Prozessbevollmächtigten vom 1.4.2010 geben keinen Anlass zu einer abweichenden Beurteilung.

Bezüglich der weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten für den Mitarbeiter S. genüge der Hinweis auf die Aufgabe des Geschäftsbereichs Ausführungsplanung nicht; entscheidend ist, wie welche Arbeiten bis zu welchem Zeitpunkt noch durch wen haben abgewickelt werden müssen.

Vor dem Hintergrund des in dem zweiten Kündigungsschutzverfahren erfolgten substantiierten Vortrags des Mitarbeiters S. zu der weiteren Ausführung von zu seinem ehemaligen Tätigkeitsbereich gehörenden Arbeiten durch in den Betrieb der Beklagten integrierte „freie Mitarbeiter“ hält der Senat daran fest, dass demgegenüber die allgemeine Behauptung, „der u.a. vom Kläger zuvor abgedeckte Tätigkeitsbereich“ werde an verschiedene genannte Büros „seit September 2005 ausschließlich fremdvergeben“, nicht genüge, um eine Vernehmung des hierzu benannten Zeugen zu rechtfertigen. Die Beklagte hätte im Einzelnen darlegen müssen, um welche Arbeiten es sich handelte und durch wen und in welcher Form diese jeweils ausgeführt worden sind.

Im Übrigen hat die Beklagte noch erstinstanzlich vorgetragen, der Vergleich vor dem Arbeitsgericht sei zur Vermeidung einer ansonsten erforderlichen Beweisaufnahme geschlossen worden; hiermit ist ihr jetziger Vortrag, das Arbeitsgericht habe „unmissverständlich deutlich gemacht“, die Kündigung werde nunmehr Erfolg haben, nicht vereinbar.

Soweit die Beklagte als Schaden nunmehr erstmals die Kosten des Berufungsverfahrens (9 Ca 1559/05 LAG Düsseldorf) mit der Begründung geltend macht, die Klägerin habe sie in das Berufungsverfahren gedrängt, kann sie damit wegen Verspätung (§ 531 ZPO) nicht mehr gehört werden. Denn die Beklagte hat es fahrlässig versäumt, dieses Verteidigungsmittel bereits erstinstanzlich geltend zu machen. (...)



## GI Literaturhinweise

### Wirtschaftsstrafrecht

Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in ihren vielfältigen und immer wieder neuen Erscheinungsformen steht seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung des deutschen Gesetzgebers. Daneben sind zunehmend die Normsetzung der EU und internationale Kriminalitätsbekämpfungsmaßnahmen getreten. So hat das Wirtschaftsstrafrecht fortgesetzt an Aktualität, aber auch an Komplexität gewonnen.

Struktur in diese vielschichtige, unübersichtliche und über zahlreiche Normenkomplexe verstreute Rechtsmaterie bringt das von Müller-Gugenberger und Bieneck herausgegebene Standardwerk zum Wirtschaftsstrafrecht. Chronologisch aufgebaut nach den Lebensabschnitten eines Unternehmens werden alle Bereiche auf Strafbarkeitsrisiken durchleuchtet, angefangen bei der Gründung des Unternehmens über die diversen Formen des Betriebs bis zur Unternehmenskrise und Beendigung, z.B. zu den Bereichen Geschäftsleitung und Personalwesen, Rechnungs- und Finanzwesen, Abgaben, Beschaffung, Erzeugung oder Absatz.

Besondere Geschäftszweige wie Kreditinstitute und Finanzdienstleistungen, Kreditgeschäfte, Börsengeschäfte, Transportwesen, Lebensmittel- und Gesundheitswesen oder Kriegs- und Chemiewaffen kommen nicht zu kurz. Ein eigener Abschnitt ist der Strafbarkeit von Beratern gewidmet. Abgerundet wird die Darstellung durch einen Einführungsteil, u.a. mit europäischem Wirtschaftsstrafrecht, grenzüberschreitender Bekämpfung und Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen.

**Müller-Gugenberger/Bieneck (Hrsg.): Wirtschaftsstrafrecht – Handbuch des Wirtschaftsstraft- und -ordnungswidrigkeitenrechts,** Verlag Dr. Otto Schmidt, 5. Auflage 2011, 2.945 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 159,- €, ISBN 978-3-504-40049-1

### Musteranträge für Pfändung und Überweisung

Die Forderungsvollstreckung ist meist die effizienteste Möglichkeit, einen titulierten Anspruch zu realisieren. Die 9. Auflage bietet überschaubare und schnelle Hilfestellung für eine sichere Forderungs-, aber auch Rechtspfändung. Die Einleitung im ersten Teil gibt Orientierung über das Vollstreckungsverfahren und einen Überblick über die Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen. Das Kernstück mit über 200 Musteranträgen in alphabetischer Reihenfolge zur Pfändung sämtlicher Forderungen und Rechte enthält zahlreiche Erläuterungen und Hinweise zu allen Besonderheiten. So finden Sie stets den richtigen Antrag. Sämtliche Muster können problemlos und zeitsparend von der beiliegenden CD in die eigene Textverarbeitung übernommen werden.

Die Neuauflage ist auf dem aktuellen Stand der Gesetzgebung und der Rechtsprechung.

Alle wichtigen Änderungen sind sorgfältig eingearbeitet. Gesetzliche Neuerungen, z.B.: Neuregelung der Pfändung von Bankguthaben und Kontopfändungsschutz; Auswirkungen der Gesetze zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge; Änderung der Vollstreckung durch das neue MoMiG; Vollstreckungsänderungen durch das neue Unterhaltsrecht; Pfändungsschutz für Sozialleistungen. Grundlegend neu bearbeitet sind die pfändbaren Ansprüche aus dem Sozialrecht.

Das Werk bietet Rechtsanwälten und deren Mitarbeitern wertvolle Hilfestellung und Rechtssicherheit in der täglichen Praxis.

**Diepold/Hintzen: Musteranträge für Pfändung und Überweisung,** Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, 9. völlig überarbeitete Auflage 2011, 569 Seiten, gebunden, inkl. CD, 79,80 €, ISBN 978-3-504-47130-9

### Die Amtshaftung des Notars

Das Werk ist eine umfassende systematische Darstellung aller Haftungsgrundlagen notarieller Tätigkeit unter besonderer Berücksichtigung des Bundesgerichtshofs in Notarhaftpflichtfragen. Wesentliches Kennzeichen der Neuauflage ist die inhaltliche Erweiterung um die Komplexe Risikomanagement sowie Verhalten des Notars im Versicherungsfall.

In den vier Hauptteilen – Allgemeine Haftungsgrundlagen, Pflichten und Risiken in den Haupttätigkeitsbereichen, Versicherungs- und Schadenvorsorgesystem, Haftpflichtprozess – behandeln die beiden Autoren alle praxisrelevanten Fragen.

Der Band wendet sich an Notare, Notarassessoren und an mit Notarhaftpflichtprozessen befasste Rechtsanwälte und Richter.

**Haug/Zimmermann: Die Amtshaftung des Notars,** Verlag C.H. Beck, 3., völlig neu bearbeitete Auflage 2011, XXIII, 406 Seiten, in Leinen, 98,- €, ISBN 978-3-406-56780-3

### Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers

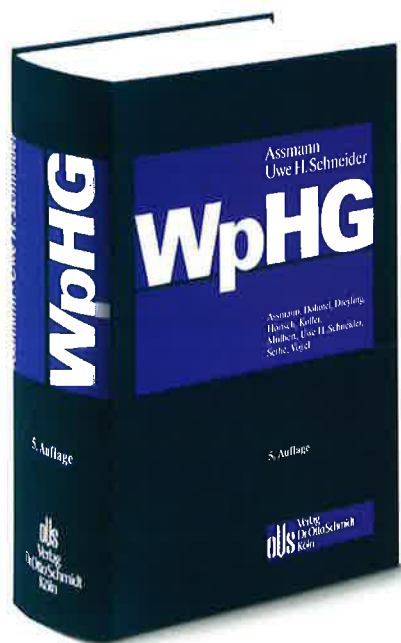
Diese Neuerscheinung zeigt die verschiedenen Haftungstatbestände der Innen- und Außenhaftung auf, beleuchtet aber auch die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Geschäftsführers sowie Haftungsvermeidungsstrategien. Erläutert wird neben anderen Themen die Haftung unter dem Gesichtspunkt der Rückgewähr kapitaleretzender Gesellschafterdarlehen, bei Zahlungsunfähigkeit, Insolvenzverschleppung und bei Nichtabführung von Lohn- und Sozialversicherungsanteilen.

Der Band wendet sich an im Gesellschafts- oder Insolvenzrecht tätige Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer.

**Dr. Ralf Ek, LL.M.: Die Haftung des GmbH-Geschäftsführers,** Verlag C.H. Beck, 2011, XX, 102 Seiten, kartoniert, 32,- €, ISBN 978-3-406-61181-0



# Pionier- arbeit.



Dieser meinungsbildende Kommentar leistet auch in der 5. Auflage wieder die entscheidende Pionierarbeit für alle, die mit dem Wertpapiergeschäft zu tun haben. Er setzt seit vielen Jahren den Standard rund um das WpHG und macht der immer wiederkehrenden Verunsicherung ein Ende mit konkreten praxisgerechten Lösungen.

Die Autoren Assmann und Uwe H. Schneider liefern Ihnen brillante, meinungsbildende Kommentierungen auf hohem wissenschaftlichen Niveau – natürlich alles auf aktuellem Stand.

Assmann/Uwe H. Schneider (Hrsg.), **WpHG**. 5. Auflage 2009, 2.047 Seiten, gbd. 169,- €. ISBN 978-3-504-40087-3. Bestellen Sie jetzt in Ihrer Buchhandlung oder bei [www.otto-schmidt.de](http://www.otto-schmidt.de)

„In summa verdient das Werk großes Lob. Es ist von wegweisender Bedeutung für die wissenschaftliche Durchdringung der Rechtsmaterie und in der Hand des Praktikers ein überaus wertvoller, wenn nicht unverzichtbarer Ratgeber.“

*Dr. Hans-Christoph Ihrig zur 5. Auflage in AG 15/2009*

„... ist festzuhalten, dass sich Herausgeber und Autoren mit der fünften Auflage wieder einmal selbst übertroffen haben. Ihre umfassenden, sorgfältig aufbereiteten und begründeten, meinungsfreudigen Kommentierungen liefern zuverlässige Informationen für Wissenschaft und Praxis. Fundierte kapitalmarktrechtliche Beratung ist ohne den Assmann/Uwe H. Schneider nicht möglich.“

*Dipl.-Kfm. Dr. Hartmut Krause zur 5. Auflage in WM 35/2009*

## GI Beilage

Diese GI aktuell enthält eine weitere Ausgabe von GI service – eine Beilage mit Magazincharakter, die dreimal im Jahr unsere Zeitschrift um wertvolle Themen ergänzt. Der zentrale Beitrag dieser Ausgabe behandelt die Thematik „Haftungsbegrenzung“.

Seit Jahren werden Steuerberater in ihrer Fachpresse mit diesem Thema konfrontiert. Es könnte also der Eindruck entstehen, die Möglichkeiten der Haftungsbeschränkung seien inzwischen hinlänglich bekannt. Herr Michael Brügge, langjähriger Fachreferent zu Haftungsthemen für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte, stellt fest: Das Gegenteil ist der Fall. Er möchte mit seinem Beitrag insbesondere die Steuerberater unter unseren Lesern für die Haftungsthematik weiter sensibilisieren. Zusätzlich finden Sie weitere aktuelle Themen und Kurzmeldungen für Ihren Berufsstand.

Nutzen Sie gerne die ergänzenden Informationen im HDI-Gerling Internet. Eine Urteilsammlung sämtlicher in der GI veröffentlichter Urteile finden Sie unter [www.hdi-gerling.de/giurteilsuche](http://www.hdi-gerling.de/giurteilsuche).



### Service-Fax

(0511) 645 111 3909

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

### HDI-Gerling – der Name ändert sich, die Qualität bleibt gleich

Unter dem Dach der Talanx haben sich die traditionsreichen Marken HDI und Gerling zusammengeschlossen, um langjährige Erfahrung und versicherungstechnisches Know-how in einem starken Unternehmen zu bündeln. HDI-Gerling steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus den Privathaushalten, Freien Berufen, mittelständischen Unternehmen und der Industrie. Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service.

Wir bieten ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung sowie Lebensversicherung abdeckt: Es reicht von unseren führenden Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe, über unseren innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für Privatpersonen.

## Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe - ISSN 1430-550 X

### Herausgeber

HDI-Gerling Firmen und Privat Versicherung AG  
Marion Mahlstedt, Riethorst 2, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3909

### Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht  
Fachanwalt für Versicherungsrecht (verantwortlich für den Inhalt)  
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling

### Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

### Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

### Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3909

### Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

### Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln  
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt